

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Zwei Lager

Der Krieg des NATO- und EU-Westens gegen Rußland hat die Welt erneut in zwei politische Lager gespalten. Sie sind nicht so klar umrissen wie in den Jahren zwischen 1945 und 1991, als die beiden Supermächte USA und UdSSR an der Spitze militärischer Bündnisse standen und jeweils weitere Länder an sich banden: Auf der einen Seite stehen heute jene, die vor allem Verhandlungen verlangen, um den offenen NATO-Krieg

eigenen Programm für Waffenlieferungen an Kiew, also Kriegsverlängerung, ein. Einige Scharfmacher erklären offen, daß Rußland geschwächt oder aufgelöst, d. h. kolonialisiert, werden soll.

Die Herausbildung des Friedenslagers, das in sich viele Widersprüche aufweist, wird zu Recht als Niederlage des Westens betrachtet – auch in den Hauptstädten von Kiew bis Washington. Das war so nicht vorgesehen, als die NATO-Osterweiterung Mitte der 90er Jahre begann, die Ukraine systematisch als antirussischer Vorposten ausgebaut und der Putsch von 2014 sowie der folgende Krieg in der Ostukraine angezettelt wurde. Diese Fehlkalkulation ist mit der des deutschen Imperialismus in beiden Weltkriegen vergleichbar. Ihr Ursprung liegt wie 1914 oder 1939/1941 in einer unrealistischen Weltsicht. Alle Warnungen auch eigener Experten oder Militärs vor den Konsequenzen des aggressiven Expansionskurses wurden in den Wind geschlagen, die Rußlands ohnehin. Wladimir Putin forderte 2001 im Bundestag, sein Land als gleichberechtigten Staat zu behandeln. Die historische Blindheit des Westens erreichte in der Weigerung, Sicherheitsgarantien für Rußland zu geben, im Herbst 2021 einen neuen Höhepunkt.

Die beiden Lager haben mit denen des Kalten Krieges zu tun – auch wenn das heutige Rußland kapitalistisch ist. Die USA und ihre westeuropäischen Verbündeten mußten nach dem Zweiten Weltkrieg zwar die politische Entkolonialisierung in Asien, Afrika und Lateinamerika hinnehmen, installierten aber in den meisten befreiten Staaten eine korrupte Herrschaftsschicht, die für wirtschaftliche Abhängigkeit sorgte. Erfüllte die Kompradorenbourgeoisie ihre Aufgaben im Umgang mit Kommunisten und Aufstandsbewegungen nicht durch Unterdrückung oder Massenmord wie in Indonesien 1965, sorgte die „freie Welt“ für andere Regierungsmethoden: in Lateinamerika faschistische Militärs, in Südafrika das rassistische Apartheidregime, im Nahen Osten zionistischer Siedlerkolonialismus, in Europa die Diktaturen von Franco und Salazar. Über alles spannte sich ein Netz von Militärbasen der USA und der alten Kolonialmächte, gegen das die national befreiten Staaten machtlos waren. Ihnen und den Befreiungsbewegungen halfen die Sowjetunion und die sozialistischen Länder, wo sie konnten. Militärstützpunkte überall

gehörten nicht dazu. Die US-Basen gibt es immer noch, ihre Zahl ist sogar auf 1000 gestiegen. Die US-geführten Schlächtereien des Westens im Irak, in Jugoslawien, Afghanistan, Libyen und Westafrika wurden u. a. über Ramstein in der Bundesrepublik, Thule auf Grönland, Guantanamo Bay auf Kuba, Palanquero in Kolumbien, Guam im Pazifischen Ozean, Diego Garcia im Indischen Ozean, Camp Bondsteel im Kosovo, Incirlik in der Türkei, Manama auf Bahrain, Aviano Air Base in Italien oder Souda Naval Base beim griechischen Chania auf Kreta gelenkt. Die Stützpunkte sind eine Bedrohung für alle, denn die „regelbasierte Ordnung“ basiert auf Regellosigkeit: Die Basen ermöglichen, jederzeit irgendwo auf der Welt Unbotmäßigkeit militärisch niederzuschlagen. Die Herausbildung des Friedens- und Verhandlungslagers aber macht deutlich: Die Bedrohung funktioniert nicht mehr. Beispiel: Am 12. Mai zeigte sich Annalena Baerbock „sehr besorgt“, nachdem der US-Botschafter in Südafrika, Reuben Brigety, dem Land vorgeworfen hatte, Waffen an Rußland zu liefern. Was Baerbock noch nicht wußte: Am selben Tag entschuldigte sich Brigety öffentlich bei Außenministerin Naledi Pandor. Private Waffenverkäufe stritt sie gar nicht ab. Aber was ging ihn das an?

Arnold Schölzel



Ostermarsch Berlin 2023

gegen Rußland zu beenden. Dazu gehört die Mehrheit der UN-Vollversammlung, gehören die BRICS-Staaten, mehr als 30 Länder der 55 Staaten umfassenden Afrikanischen Union, Papst Franziskus und große Teile der Bevölkerung in den westlichen Staaten. Deren Meinung kommt nur in Umfragen zum Ausdruck oder manifestiert sich auf Kundgebungen: 50 000 in Berlin, die dem Aufruf von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer am 25. Februar folgten, Zehntausende bei den Ostermärschen.

Das andere Lager bilden die mehr als 30 Mitgliedstaaten von EU und NATO plus etwa 15 Länder, sämtliche Konzern- und Staatsmedien, hierzulande fast alle Bundestagsabgeordneten und Vertreter der Linkspartei wie Bodo Ramelow oder Katina Schubert. Sie treten entgegen dem

Aus dem Inhalt



Gegen die Mär vom russischen Angriffskrieg	2
Lawrow-Rede im UN-Sicherheitsrat	3
Rede Putins zum 9. Mai	5
BRICS, der IWF und die Weltbank	6
Kriege (2)	8
Ukraine-Frühjahrsoffensive unter Druck	10
Faschismus in der Ukraine	12
Arzach – Die Doppelmoral der EU	16
China und Indien – künftige Machtzentren Asiens	18
Taiwan als Brechstange	20
Konflikt im Sudan	21
Frankreich – reif für Veränderungen?	22
Aufrüstung und Militarisierung in Deutschland	24
Brief an ehemalige Freunde	26
Auf Kollisionskurs zur Realität	27
Scheitern oder Niederlage (2)	29
Die Ufa	33
Sozialistengesetz (WWA)	34
Artur Becker	36
Leserbriefe	38

Gegen die Mär vom russischen Angriffskrieg

Am 6. Mai fanden sich verschiedene Gruppen innerhalb der Partei Die Linke in Hannover unter dem Motto „Was tun?! Die Linke in Zeiten des Krieges“ zu einem Kongreß zusammen. Zu den einladenden Gruppen gehörte auch die „Sozialistische Linke“. Sie hat am 23. April auf ihrer Mitgliederversammlung fast einstimmig einen Leitantrag zum Zustand der Partei beschlossen. Die „junge Welt“ hat den Antrag in voller Länge dokumentiert (jW, 5. Mai 2023). Der Antrag ist lesens- und beachtenswert. Er hat aber einen „Schönheitsfehler“, weil auch dieser Text über das Mantrastöckchen springt, das da lautet: „Der Angriffskrieg Rußlands gegen die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen.“ Wenn das unstrittig wäre, wozu soll dann noch über den Krieg in der Ukraine gestritten werden? Dann können wir uns doch mit allen Baerbockianern, Strack-Zimmermanns und Hofreiters zusammenschließen und „die Waffe in die Hand nehmen“ (J. Gauck). Würde man sagen, daß ein Angriffskrieg generell „durch nichts zu rechtfertigen“ wäre, würden wir zumindest als erstes die Motive ergründen wollen. Hier aber stellt sich die Frage, ob es überhaupt ein russischer Angriffskrieg ist, der derzeit stattfindet. Der Antragstext erwähnt im nächsten Absatz nur kurz die Vorgeschichte des Ukraine-Kriegs, um dann – völlig richtig – zu sagen, daß es darum gehen müsse, „daß Kriege im Vorfeld verhindert werden“. Diesem Satz stimmen wir wiederum vorbehaltlos zu. Er würde dann aber so lauten: Der im Vorfeld geplante Krieg durch den Wertewesten ist durch nichts zu rechtfertigen. Aber auch dieser Satz ist nicht korrekt. Was heißt denn „ist durch nichts zu rechtfertigen“? Gewiß wird jeder Täter vor dem Gericht versuchen, seine Tat zu rechtfertigen. Er wirbt als Subjekt um Verständnis für seine Tat. Aber eine Tat „als durch nichts zu rechtfertigen“ zu werten, ihr somit das Siegel der Allgemeingültigkeit aufzukleben, lehnen wir kategorisch ab. Auf der o.g. Konferenz erklärte Sevim Dagdelen, daß zu beobachten sei, daß „man sich in der Tradition der Konvertiten“ an die Spitze zu setzen versuche. Die Partei vollziehe „im Zeitraffer“ die Entwicklung der SPD und der Grünen „hin zu einer Akzeptanz und Einforderung einer militarisierten deutschen Außenpolitik“. Diese Linke suche das „Bündnis mit dem Hauptfeind, der im eigenen Land steht“. Gemeinsam mit ihm wäre es dann auch ein Leichtes zu sagen, daß dieser Krieg durch nichts zu rechtfertigen wäre. Deshalb wollen wir uns noch einmal mit den Begriffen „Vorfeld“, „Vorgeschichte“ und „Ursachen“ befassen. Andreas Wehr (siehe seine Beitragsfolge im „RotFuchs“) hat in seinem jüngsten Artikel unter dem Titel „Scheitern oder Niederlage?“ den Kern des Problems erfaßt. Er zitiert dabei den italienischen Philosophen und Marxisten Domenico Losurdo. Nach ihm kann bereits die Form, die der reale Sozialismus konkret angenommen hat, nicht verstanden werden, wenn man von der Rolle, die die großen kapitalistischen Mächte spielten, und von den von ihnen unternommenen Initiativen absieht, die mit dem

Aggressionskrieg und mit der konterrevolutionären Intervention begonnen hatten, mit dem diese Mächte auf den Sieg der Bolschewiken reagierten. In seiner Schrift „Flucht aus der Geschichte? Die kommunistische Bewegung zwischen Selbstkritik und Selbsthaß“ aus dem Jahr 2001 heißt es daher: „Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers muß deshalb im Kontext einer erbarungslosen Machtprobe gesehen werden. Das ist der sogenannte kalte Krieg. Er erstreckt sich



Domenico Losurdo (1941–2018)

über den ganzen Erdball und dauerte Jahrzehnte“, wobei Losurdo dem französischen Historiker und Journalisten André Fontaine folgt, der ihn in seiner Geschichte des kalten Krieges mit der Oktoberrevolution beginnen läßt: „In der Periode zwischen dem Oktober 1917 und 1953 (dem Todesjahr Stalins) sehen wir Deutschland und die angelsächsischen Mächte sich dabei abwechselnd in einer Art Stafette engagieren: Der Aggression des wilhelminischen Deutschlands (bis zum Frieden von Brest-Litowsk) folgte erst die der Entente, dann jene Hitler-Deutschlands und schließlich der ‚kalte Krieg‘ im engeren Sinne, dessen Anfänge sich jedoch schon Jahrzehnte zuvor gezeigt hatten und sogar mit den beiden Weltkriegen verbunden waren.“ In den gängigen Darstellungen des kalten Krieges wird sein Beginn hingegen mit dem Ende der Zusammenarbeit der Alliierten nach dem zweiten Weltkrieg gleichgesetzt, d. h. seine ideologische Ausrichtung, die auf die Rückgängigmachung der Ergebnisse der Revolution in Rußland zielte, wird verkannt.

Es gibt diesen sehr einprägsamen Satz Niccolò Machiavellis „Nicht wer zuerst die Waffen ergreift, ist Anstifter des Unheils, sondern wer dazu nötig.“ Alles drehte sich in der Sowjetunion in den dreißiger Jahren darum, sich die „Anstifter des Unheils“ vom Hals zu halten. Der im noch jungen Staat herrschende revolutionäre Elan und Enthusiasmus der ersten Jahre wich dem Kampf ums Überleben, zeigte mit seinen Einschränkungen erste Zeichen einer Desillusionierung und verlor sich – nicht zuletzt auch wegen mangelnder Bildung und fehlendem politischem Bewußtsein – in zunehmender Enttäuschung der Menschen, die schließlich auch für Botschaften des Klassengegners empfänglich wurden. Eine der größten Leistungen Leo Trotzki als Volkskommissar für das Militärwesen, zu dem ihn die Bolschewiki im März 1918 ernannten,

war die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. „Er öffnete auf diese Weise die Armee für Millionen Soldaten bäuerlicher Herkunft. Lenin selbst war vom Anblick der zerlumpte und wie Sandsäcke wirkenden Rekruten entsetzt, die anläßlich des ersten Jahrestags der Revolution über den Roten Platz marschierten (Jochen Hellbeck in: „Die Stalingrad-Protokolle“). Trotzki sorgte dafür. Er sorgte dafür, daß diese Bauernarmee nach den Vorstellungen der kommunistischen Partei geformt wurde. Es wurde der Pflichtunterricht im Lesen, Schreiben und Rechnen eingeführt. Fortwährend wurde an das Bewußtsein der Rekruten appelliert, damit „diese sich aus persönlicher Einsicht und Überzeugung für den neuen Staat einsetzen. Als Marxisten trugen die Bolschewiki ein sehr breites Verständnis des Politischen an die Menschen heran. Deshalb stand ganz im Zentrum die politische Bildungsarbeit, mit dem Ziel, daß die Menschen die Botschaft verstanden und aus eigenem Antrieb für die Sache kämpften.“ (Hellbeck) Wer verstehen will, warum die Rote Armee Europa vom Faschismus befreien konnte, muß die Bedingungen der Geburt und des Wachstums der Roten Armee kennen. Zu ihr gehört auch die enge Verzahnung politischer Bildungsarbeit mit notwendigen Kontrollen. Überwachung hatte im sowjetischen Verständnis immer einen erzieherischen Charakter. Auch nach dem Sieg über den Faschismus hat die KPdSU ihre Kontrollinstanzen beibehalten. Im „demokratischen Zentralismus“ begann das erste Wort zu verkümmern. Aber auch dafür gibt es eine Erklärung. Für die Jahrzehnte nach 1945 gibt es die Bezeichnung Kalter Krieg. Oft wird dabei die Betonung auf das Adjektiv gelegt. Aber entscheidend ist: Es herrschte Krieg, dessen Betriebstemperatur bis zum Jahr 1990 freilich noch relativ moderat war. Diese nahm aber nach 1990 bis in die Gegenwart immer mehr zu. Mit dem NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien wurden die letzten Reste eines staatlichen Sozialismus in Europa getilgt etc. Der „RotFuchs“ hat in jeder Ausgabe die Ereignisse verfolgt und analysiert. Sie müssen hier nicht erneut genannt werden. Ausgangspunkt unserer Überlegungen war die Frage nach Rechtfertigung. Die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright (1937–2022) hat ja den Tod einer halben Million Kinder, die infolge der Sanktionen gegen Irak starben, gerechtfertigt. Wenn Die Linke sich nicht vom allgemein moralisierenden Begriff „Rechtfertigung“ lösen kann und nicht Partei (also unzweideutige antiimperialistische Positionen) ergreift, ist sie reif für eine unbewohnte Insel.

Roderich Kiesewetter, ein in letzter Zeit häufig zitierter CDU-Politiker, forderte allein deshalb einen Sieg der Ukraine/USA/NATO, weil Rußland verlieren lernen müsse, „wie Deutschland 1945“ (!) – so in einem Gespräch mit ntv Ende November vergangenen Jahres. Der sowjetische Marschall Shukow (1896–1974) soll einmal gesagt haben: „Wir haben Europa vom Faschismus befreit, das werden sie uns nie verzeihen.“ Eine Aussage von erschreckender Aktualität.

Hans Schoenefeldt

„Effizienter Multilateralismus zum Schutz der Prinzipien der UN-Charta“

RF dokumentiert Auszüge aus der Rede des Außenministers Rußlands, Sergej Lawrow, die er auf der Sitzung des UN-Sicherheitsrats am 24. April hielt.

Zeit ihrer Existenz erfüllte die UNO ihre von den Gründungsvätern bestimmte wichtige Mission. (...) Jetzt erlebt sie eine tiefe Krise. Der Grund ist das Streben einzelner Mitglieder unserer Organisation, das Völkerrecht und die UN-Charta mit einer „auf Regeln beruhenden Ordnung“ auszutauschen. Diese „Regeln“ waren niemals Gegenstand internationaler Verhandlungen. Sie werden nun zur Bekämpfung der sich bildenden neuen selbständigen Zentren, die sich dem Multilateralismus verpflichten, genutzt. Man versucht, sie mit illegitimen Maßnahmen zurückzudrängen, darunter Sperrung des Zugangs zu modernen Technologien und Finanzdienstleistungen, Verdrängen aus Lieferketten, Beschlagnahmung des Eigentums, Vernichtung der kritischen Infrastruktur der Konkurrenten, Manipulationen mit allgemein abgestimmten Normen und Verfahren. Das Ergebnis: Fragmentierung des Welthandels, Zerstörung der Marktmechanismen, Lahmlegung der WTO und endgültige Verwandelung des IWF in ein Instrument zum Erreichen der Ziele der USA und ihrer Verbündeten, darunter militärische Ziele.

(...) Washington und der sich ihm unterordnende restliche Westen setzt seine „Regeln“ jedes Mal ein, wenn man eigene illegitime Schritte gegen jene rechtfertigen will, die ihre Politik gemäß dem Völkerrecht gestalten (...). Um die Entwicklung des Multilateralismus zu behindern, wurde die Einheit der „Demokratien“ als Gegengewicht für „Autokratien“ thematisiert. Neben „Gipfeln für Demokratie“, deren Zusammensetzung vom selbst ausgerufenen Hegemon diktiert wird, werden andere „Klubs der Auserwählten“ gebildet, die unter Umgehung der UNO vorgehen. „Gipfel für Demokratie“, „Allianz für Multilateralismus“, „Globale Partnerschaft zur Künstlichen Intelligenz“, „Globale Koalition für Medienfreiheit“, „Pariser Aufruf für Vertrauen und Sicherheit im Cyberspace“ – alle diese und andere nicht-inklusiven Projekte sind mit dem Ziel konzipiert, die Verhandlungen zu entsprechenden Themen unter Schutzherrschaft der UNO zu untergraben und für den Westen vorteilhafte Konzepte und Lösungen aufzudrängen. Zunächst wird etwas in einem engen Kreis vereinbart, dann werden diese Vereinbarungen als „Position der internationalen Gemeinschaft“ präsentiert. Nennen wir die Dinge bei ihrem Namen: Niemand hat der westlichen Minderheit erlaubt, im Namen der ganzen Menschheit zu sprechen. (...)

Mit dem Aufdrängen der „auf Regeln beruhenden Ordnung“ lehnen ihre Autoren das wichtigste Prinzip der UN-Charta ab – die souveräne Gleichheit der Staaten. Der Höhepunkt der „Ausschließlichkeit“ war eine „stolze“ Erklärung des EU-Chefdiplomaten Josep

Borrell darüber, daß Europa ein Garten im Paradies und die restliche Welt ein Dschungel sei. Ich möchte auch aus einer gemeinsamen Erklärung der NATO und EU vom 10. Januar dieses Jahres zitieren: „Der vereinigte Westen wird alle bei der NATO und der EU vorhandenen wirtschaftlichen, finanziellen, politischen“ und – ich möchte darauf besonders aufmerksam machen – „militärischen Inst-



Sergej Lawrow

rumente zur Gewährleistung der Interessen ‚unserer Milliarde‘ nutzen“.

Der kollektive Westen will auch die Prinzipien des Multilateralismus auf regionaler Ebene für sich umbauen. Vor kurzem riefen die USA zur Wiederbelebung der Monroe-Doktrin* auf und forderten von den Ländern Lateinamerikas, die Verbindungen mit der Russischen Föderation und der Volksrepublik China einzuschränken. Dieser Kurs stieß aber auf die Entschlossenheit der Länder der Region, eigene multilaterale Strukturen wie die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) zu festigen. (...) Jetzt sind bedeutende Kräfte der USA und ihrer Verbündeten auf die Untergrabung des Multilateralismus in der Asien-Pazifik-Region gerichtet, wo sich ein erfolgreiches offenes System der Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaft und Sicherheit seit Jahrzehnten um ASEAN bildete. Dieses beruht auf einem gemeinsamen Konsens, der von den ASEAN-Mitgliedern und ihren Dialogpartnern, darunter Rußland, China, Indien, Japan, Australien, Republik Korea, geteilt und getragen wird und einen funktionierenden inklusiven Multilateralismus gewährleistet. Mit der Erklärung seiner Indopazifischen Strategien nahm Washington Kurs auf die Zerschlagung dieser Architektur.

Auf dem vorjährigen NATO-Gipfel in Madrid sprach die Allianz, die stets eigene Friedensliebe und den ausschließlich verteidigenden Charakter ihrer Militärprogramme hervorhob, über die „Unenteilbarkeit der Sicherheit“ im Euro-Atlantik und in der sogenannten

Indo-Pazifischen Region. Diese „Verteidigungslinie“ der NATO verschiebt sich nun an die westliche Küste des Pazifischen Ozeans. Entsprechende Schritte, die den ASEAN-zentrischen Multilateralismus untergraben, zeigen sich bei der Schaffung der neuen Militäralianz AUKUS, wohin Tokio, Seoul und mehrere ASEAN-Länder gedrängt werden. Unter der Schutzherrschaft der USA werden Mechanismen der Einmischung in Fragen der Marinesicherheit zur Gewährleistung einseitiger Interessen des Westens im Südchinesischen Meer geschaffen. (...) Es wird nicht verheimlicht, daß das Ziel der indopazifischen Strategien die Abschreckung Chinas und die Isolierung Rußlands ist. (...)

Rußland versuchte geduldig, gegenseitig vorteilhafte multilaterale Vereinbarungen unter Beachtung des Prinzips der Unteilbarkeit der Sicherheit zu erreichen, das auf der höchsten Ebene in den Dokumenten der OSZE-Gipfel 1999 und 2010 feierlich erklärt wurde. Dort steht eindeutig geschrieben, daß niemand seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit der anderen festigen soll, und kein Staat, keine Gruppe von Staaten bzw. Organisationen eine vorteilhafte Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Region der Organisation tragen bzw. einen Teil der OSZE-Region als eigenen Einflußbereich betrachten darf.

Die NATO piff auf diese Verpflichtungen der Präsidenten und Regierungschefs ihrer Mitgliedstaaten und ging umgekehrt vor, wobei eigenes Recht auf jede Willkür ausgerufen wurde. Ein eklatantes Beispiel sind die rechtswidrigen Bombenangriffe auf Jugoslawien 1999, darunter der Einsatz von Geschossen mit abgereichertem Uran, die anschließend einen Ausbruch von onkologischen Erkrankungen sowohl bei serbischen Staatsbürgern als auch bei NATO-Militärs auslösten. (...) Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es Dutzende verbrecherische Militärabenteuer Washingtons – ohne Versuche, die multilaterale Legitimität zu sichern. (...) Eine beschämende Invasion der von den USA geführten Koalition im Irak 2003 erfolgte als Verstoß gegen die UN-Charta ebenso wie die Aggression gegen Libyen 2011. Das Ergebnis – die Vernichtung der Staatlichkeit, Hunderttausende Todesopfer, Willkür des Terrorismus. Eine grobe Verletzung der UN-Charta war die Einmischung der USA in die Angelegenheiten der Postsowjetstaaten. Es wurden bunte Revolutionen in Georgien und Kirgisistan, ein blutiger Staatsstreich in Kiew im Februar 2014 organisiert. Dazu gehören auch die Versuche einer gewaltsamen Machtergreifung in Belarus 2020.

Die Angelsachsen, die den ganzen Westen anführen, rechtfertigen nicht nur all diese kriminellen Affären, sondern prahlen quasi auch mit ihren Aktivitäten zur „Förderung der Demokratie“. Aber das tun sie wiederum nach ihren „Regeln“: In Kosovo wurde die Unabhängigkeit ohne ein Referendum anerkannt, und die Unabhängigkeit der Krim wurde auch

trotz des Referendums nicht anerkannt; die Falklandinseln bzw. Malwinen sollten in Ruhe gelassen werden, weil dort ein entsprechendes Referendum stattgefunden hat, wie der britische Außenminister James Cleverly unlängst gesagt hat. Das ist doch lächerlich!

Zwecks Verzicht auf Doppelstandards rufen wir alle auf, sich an die Konsensvereinbarungen zu halten, die im Rahmen der nach wie vor in Kraft bleibenden UN-Erklärung über die Prinzipien des Völkerrechts von 1970 vereinbart wurden. Dort ist die Notwendigkeit klar und deutlich verankert, die Souveränität und territoriale Integrität der Staaten zu respektieren, die „das Prinzip der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker einhalten und Regierungen haben, die das ganze Volk, das auf diesem Territorium lebt, vertreten“. Für jeden unvoreingenommenen Beobachter ist es offensichtlich, daß das Kiewer Nazi-Regime keineswegs als Vertreter der Einwohner der Territorien gelten darf, die sich geweigert haben, die Ergebnisse des blutigen Staatsstreiches im Februar 2014 zu akzeptieren, und gegen die die Putschisten den Krieg entfesselt haben. Genauso kann Pristina nicht das Recht beanspruchen, die Interessen der Kosovo-Serben zu vertreten, denen die EU eine Autonomie versprochen hatte – genauso wie Berlin und Paris dem Donbass einen Sonderstatus versprochen hatten. Die Ergebnisse dieser Zusicherungen sind allgemein bekannt. (...)

Um den wegen des Staatsstreichs entfesselten Krieg im Osten der Ukraine zu stoppen, wurden multilaterale Bemühungen im Interesse der friedlichen Regelung unternommen, die in der Resolution des UN-Sicherheitsrats umgesetzt wurden, in der die Minsker Vereinbarungen einstimmig befürwortet wurden. Diese Vereinbarungen wurden aber von Kiew und seinen westlichen Schutzherrn zertreten, die vor kurzem selbst zynisch und sogar mit Stolz zugegeben haben, daß sie sie nie umsetzen, sondern nur Zeit gewinnen wollten, um die Ukraine mit Waffen zu versorgen, die gegen Rußland eingesetzt werden sollten. (...) Unser konsequentes Vorgehen zur Verhinderung der Konfrontation, darunter die Vorschläge Präsident Putins zur Absprache von multilateralen gegenseitigen Sicherheitsgarantien vom Dezember 2021, wurde hochmütig abgelehnt. Man sagte uns damals, daß niemand die NATO dabei behindern könnte, die Ukraine aufzunehmen.

In all den Jahren, die seit dem Staatsstreich vergangen sind, hat niemand von den westlichen Schutzherrn des Kiewer Regimes trotz unserer Aufrufe versucht, Pjotr Poroschenko oder Wladimir Selenskij oder die Oberste Rada der Ukraine in die Schranken zu weisen, als diese sich konsequent um die Vernichtung der russischen Sprache, der Ausbildung in russischer Sprache, der Medien und auch der russischen kulturellen und religiösen Traditionen im Allgemeinen bemühten, womit sie die Verfassung der Ukraine und universale Konventionen über die Rechte von nationalen Minderheiten direkt verletzen. Parallel setzte das Kiewer Regime auf gesetzgebender Ebene und einfach im Alltagsleben die Theorie und Praxis des Nazismus um. Es organisierte im Zentrum von Kiew und in anderen

Städten große Fackelzüge unter den Fahnen von SS-Divisionen – und im Westen schwieg man nur und rieb sich zufrieden die Hände. Das paßte voll und ganz ins Konzept der USA, die in der Hoffnung, Rußland alleseitig zu schwächen, dieses rassistische Regime „hochgezogen“ hatten und den strategischen Weg zur Beseitigung der Konkurrenz und zur Zerstörung von jeglichen Szenarien gehen wollten, die eine gerechte Multilateralität in den internationalen Angelegenheiten vorsehen. Heute ist allen klar (obwohl nicht alle das laut sagen): Es geht gar nicht um die Ukraine, sondern darum, wie sich die internationalen Beziehungen künftig entwickeln werden – durch einen stabilen Konsens auf der Basis der Interessenbalance oder durch aggressive und explosive Förderung der Hegemonie. Die „Ukraine-Frage“ darf nicht separat vom geopolitischen Kontext betrachtet werden. Multilateralität sieht Respekt für die UN-Charta und für den ganzen Komplex der darin verankerten Prinzipien vor (...).

Rußland hat die Aufgaben, die es im Rahmen seiner militärischen Sonderoperation verfolgt, klar und deutlich erläutert: Es geht um die Beseitigung der durch die NATO in den letzten Jahren verursachten Gefahr für unsere Sicherheit und um den Schutz der Menschen, die ihre in multilateralen Konventionen verankerten Rechte verloren haben. Sie müssen vor den vom Kiewer Regime öffentlich zum Ausdruck gebrachten Drohungen geschützt werden, sie zu vernichten oder von den Territorien zu verdrängen, wo ihre Vorfahren jahrhundertlang gelebt haben. (...) Vor dem Hintergrund der Hysterie, die die USA und die EU gerade vorantreiben, stellt sich die Frage: Was haben Washington und die NATO in Jugoslawien, im Irak, in Libyen getan? Gab es dort Gefahren für ihre Sicherheit, Kultur, Religion, für ihre Sprachen? Nach welchen multilateralen Normen richteten sie sich, als sie wider die OSZE-Prinzipien die Unabhängigkeit Kosovos ausriefen und die wirtschaftlich eigenständigen Staaten wie Irak und Libyen zerstörten, die Zehntausende Meilen weit weg von der US-Küste liegen? (...)

Was die Multilateralität angeht, so sollte man sich nicht nur am internationalen Kontext orientieren, genauso darf man diesen internationalen Kontext nicht ignorieren, wenn man von Demokratie redet. Es darf keine Doppelstandards geben. Multilateralität und Demokratie müssen sowohl innerhalb der Staaten als auch in den Beziehungen zwischen Staaten respektiert werden. Alle wissen, daß der Westen anderen seine Vorstellung von der Demokratie aufdrängt, dabei aber keine Demokratisierung der internationalen Beziehungen auf Basis des Respekts für die souveräne Gleichheit der Staaten will. Doch jetzt treibt er nicht nur seine „Regeln“ in der internationalen Arena voran, sondern „würgt“ auch die Multilateralität und Demokratie bei sich zu Hause, indem gegen jegliches Andersdenken immer repressivere Instrumente eingesetzt werden. Und dasselbe tut auch das kriminelle Kiewer Regime, das dabei die Unterstützung seiner „Lehrer“ genießt – der USA und ihrer Verbündeten. (...) Wir haben eine sehr gefährliche

Linie erreicht, genauso wie in den Jahren des Kalten Kriegs – oder sogar eine noch gefährlichere Linie. Die Situation wird um so schwerer, weil der Glaube an die Multilateralität verloren gegangen ist, wobei die finanzielle und wirtschaftliche Aggression des Westens die Vorteile der Globalisierung zerstört, wenn Washington und seine Verbündeten auf Diplomatie verzichten und auf Auseinandersetzungen „auf dem Schlachtfeld“ bestehen. Und das alles passiert in den Räumlichkeiten der UNO, die einst gegründet wurde, um den Schrecken eines neuen Kriegs zu verhindern. Die Stimmen der verantwortungsvollen und vernünftigen Kräfte, ihre Aufrufe zu politischer Weisheit und zur Wiederbelebung der Dialogkultur werden von denen eingedämmt, die sich um die Zerstörung der grundlegenden Prinzipien der zwischenstaatlichen Kommunikation bemühen. Wir alle sollten zu den Wurzeln zurückkehren und die Ziele und Prinzipien der UN-Charta, ihre ganze Vielfalt und gegenseitige Verbindung, einhalten.

Die wahre Multilateralität verlangt jetzt eine Anpassung der UNO an die objektive Entwicklung einer multipolaren Architektur der internationalen Beziehungen. Es muß die Reformierung des UN-Sicherheitsrats intensiviert werden – durch eine Erweiterung der Präsenz asiatischer, afrikanischer und lateinamerikanischer Länder. Die aktuelle übertriebene Präsenz des Westens in diesem wichtigsten UN-Gremium zerstört das Prinzip der Multilateralität.

Auf Initiative Venezuelas wurde eine Gruppe der Freunde für die Verteidigung der UN-Charta gebildet. Wir rufen alle Staaten, die die UN-Charta respektieren, auf, sich daran zu beteiligen. Es ist auch wichtig, das konstruktive Potential der BRICS und der SOZ einzusetzen. Auch die EAWU, die GUS und die OVKS wären bereit, ihren Beitrag zu leisten. Wir sind dafür, daß die Initiative der Positionen regionaler Vereinigungen der Länder des Globalen Südens genutzt wird. Eine positive Rolle bei der Aufrechterhaltung der Multilateralität könnten auch die G20 spielen, wenn ihre westlichen Mitglieder aufhören, ihre Kollegen von der Verständigung dringender Fragen abzulenken, um ihre eigene Verantwortung für die aktuellen Krisen in der Weltwirtschaft in den Hintergrund zu verdrängen. Es ist unsere gemeinsame Verpflichtung, die Vereinten Nationen als Muster der Multilateralität und Koordinierung der Weltpolitik aufrechtzuerhalten. Der Schlüssel zum Erfolg besteht in gemeinsamer Arbeit, im Verzicht auf Ansprüche auf die eigene Außerordentlichkeit und im Respekt für die souveräne Gleichheit der Staaten. Darunter haben alle ihre Unterschriften gesetzt, als die UN-Charta ratifiziert wurde. (...)

**Seit fast 200 Jahren bildet die vom damaligen US-Präsidenten James Monroe formulierten und später mehr als 30 Mal ergänzten Doktrin einen Eckpfeiler US-amerikanischer Außenpolitik. Es handelt sich um Prinzipien, die von den USA einseitig definiert und umgesetzt werden und somit kein Völkerrecht sind.*

Quelle: Russischer Pressedienst, 24. April 2023

Deutliche Worte an den Westen

Auszug aus der Rede Putins auf der Parade zum Gedenken an den Sieg über den Faschismus am 9. Mai in Moskau

Heute steht die Zivilisation erneut an einem entscheidenden Wendepunkt. Gegen unser Vaterland wurde erneut ein echter Krieg entfacht, aber wir haben den internationalen Terrorismus zurückgeschlagen, schützen die Bewohner des Donbass und gewährleisten unsere Sicherheit.

Für uns, für Russland, gibt es keine unfreundlichen, feindlichen Völker, weder im Westen noch im Osten. Wie die große Mehrheit der Menschen auf der Welt wollen wir eine friedliche, freie und stabile Zukunft sehen.

Wir glauben, daß jede Ideologie der Überlegenheit in ihrer Natur kriminell und tödlich ist. Die westlichen Eliten sprechen jedoch nach wie vor von ihrer Exklusivität, hetzen die Menschen gegeneinander auf und spalten die Gesellschaften, provozieren blutige Konflikte und Putsche, säen Haß, Russophobie und aggressiven Nationalismus. Und das alles nur, um den Völkern weiterhin ihren Willen, ihre Rechte, ihre Regeln, ja ein System von Raub, Gewalt und Unterdrückung aufzudrängen.

Sie scheinen vergessen zu haben, wozu der wahnsinnige Anspruch der Nazis auf die Welt Herrschaft geführt hat. Sie haben vergessen, wer dieses monströse, totale Übel besiegt hat, wer für sein Vaterland aufgestanden ist

und seine Leben für die Befreiung der Völker Europas nicht geschont hat.

Wir sehen, wie in einer Reihe von Ländern rücksichtslos und kaltblütig Gedenkstätten für sowjetische Soldaten zerstört werden, Denkmäler für große Feldherren abgerissen werden, ein regelrechter Kult um die Nazis und ihre Kollaborateure entsteht und das Andenken an die echten Helden ausgelöscht und verfälscht wird. Diese Schändung der Leistungen und Opfer der Generation der Sieger ist auch ein Verbrechen, es ist der offene Revanchismus derer, die zynisch und offen einen neuen Feldzug gegen Rußland vorbereitet und dazu Neonazi-Abschaum aus aller Welt um sich geschart haben.

Ihr Ziel – und das ist nichts Neues – ist es, den Zerfall und die Zerstörung unseres Landes zu erreichen, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs auszulöschen, das System der globalen Sicherheit und des Völkerrechts endgültig zu zerschlagen, alle souveränen Entwicklungszentren zu ersticken.

Übertriebene Ambitionen, Arroganz und das Gefühl, alles zu dürfen, führen unweigerlich zu Tragödien. Genau das ist der Grund für die Katastrophe, die das ukrainische Volk derzeit erlebt. Es ist zu einer Geisel des Staatsstreichs und des verbrecherischen Regimes seiner westlichen Herren geworden, zum Instrument bei der Umsetzung ihrer grausamen, eigennützigen Pläne. Für uns in Rußland ist die Erinnerung an die Verteidiger

des Vaterlandes heilig, wir bewahren sie in unseren Herzen. Wir ehren die Teilnehmer des Widerstands, die tapfer gegen den Nazismus gekämpft haben, die Soldaten der alliierten Armeen der USA, Großbritanniens und anderer Staaten. Wir erinnern und gedenken der Heldentaten der chinesischen Kämpfer im Kampf gegen den japanischen Militarismus.

Ich bin überzeugt, daß die Erfahrung von Solidarität und Partnerschaft in den Jahren des Kampfes gegen die gemeinsame Bedrohung unser unschätzbare Erbe ist. Sie ist ein solider Pfeiler in einer Zeit, in der die unumkehrbare Bewegung hin zu einer gerechteren multipolaren Welt, die auf den Grundsätzen des Vertrauens und der unteilbaren Sicherheit sowie der Chancengleichheit für die selbständige und freie Entwicklung aller Länder und Völker beruht, an Kraft gewinnt.

Es ist sehr wichtig, daß die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten heute hier in Moskau zusammengekommen sind. Ich sehe darin die Dankbarkeit gegenüber der Heldentat unserer Vorfahren: Sie haben gemeinsam gekämpft und gemeinsam gesiegt, alle Völker der UdSSR haben zum gemeinsamen Sieg beigetragen.

Übersetzung: Thomas Röper

<https://www.anti-spiegel.ru/2023/putins-rede-zum-tag-des-sieges-ueber-den-faschismus-im-o-ton/>

Wer bestimmt die Regeln der „regelbasierten Weltordnung“?

Der globale Westen redet viel darüber. Das zeigt, daß er die Regeln immer weniger bestimmt. Doch die Mehrheit der Weltbevölkerung hat keinen Grund, sich auf eine Seite zu stellen. [...]

Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, das Vereinigte Königreich und die USA – sowie die Europäische Union mit G7-Beobachterstatus – das ist der globale Westen, der sich zu lange einbildete, er wäre die Welt.

Dabei waren vor allem kolonialistische Ausbeutung und Zwangsarbeit das Fundament seiner Macht. Doch die Welt hat sich verändert. Längst sind andere Staaten wie China und Indien ökonomisch potenter.

Wenn die ökonomische Macht schwindet, besinnt man sich auf „Werte“

Als die heutigen G7-Staaten die Regeln der Weltordnung bestimmten, redeten sie kaum darüber. Die Phrase von der regelbasierten Weltordnung hat erst Konjunktur, seit immer deutlicher wird, dass sie ihre Macht verlieren werden und die Regeln zumindest nicht mehr allein bestimmen können. [...] Durch die Betonung ideeller Werte wollen Staaten ihre ökonomische Schwäche ausgleichen: Sie

bilden sich ein, die ganze Welt zu sein, weil sie angeblich universelle Werte vertreten. Nur wissen auch die Politiker und Funktionäre des Wertewestens, daß damit die ökonomische Schwäche nicht kompensiert werden kann.

Daher versucht der Wertewesten seinen schrumpfenden Einfluß als guter Materialist nicht mit dem Beschwören von Werten, sondern durch Embargos und Wirtschaftskriege gegen die aufstrebenden Kontrahenten aufzuhalten. [...]

Die Stichworte lauten ursprüngliche Akkumulation, Kolonialismus und Ausbeutung von Arbeitskraft in aller Welt. Nur braucht man den Menschen der aufstrebenden Mächte China und Indien über Kolonialismus und westliche Ausbeutung nicht aus den Büchern zu erzählen. Diese Länder waren schließlich Opfer des Kolonialismus in einer Zeit, als die heutigen G7-Staaten, natürlich auch in Konkurrenz zueinander, die Regeln der Welt bestimmten.

Die ehemaligen Kolonialmächte und regelbasierte Weltordnung

Daher braucht sich der Wertewesten auch nicht zu wundern, wenn ihn Staaten des

globalen Südens immer wieder an die Geschichte des Kolonialismus erinnern, also ihm die blutigen Grundlagen seiner Herrschaft immer wieder vor Augen führen. Dann bekommt die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) in Afrika schon mal zu hören, daß China Afrika nicht kolonisiert hat.

Rußland dagegen genießt in verschiedenen afrikanischen Staaten nach wie vor Vertrauen, weil dort noch Erinnerung an eine Zeit lebendig ist, in der die Sowjetunion und Kuba einen wichtigen Beitrag zur Zerschlagung des südafrikanischen Apartheidsystems leisteten.

Dieses System war mit dem heutigen Wertewesten eng verbandelt – und es war nicht die Beschwörung westlicher Werte, welche die Apartheid besiegte, sondern die militärische Hilfe von Kuba für die Frontstaaten gegen Südafrika, die sich in den 70er Jahren vom Kolonialismus Portugals und Großbritanniens befreit hatten. [...]

Peter Nowak

Redaktionell gekürzt

Quelle: Telepolis (20.4.2023)

Kann BRICS den IWF und die Weltbank übertrumpfen?

Die Möglichkeit, das politische Gleichgewicht der Weltpolitik zu verändern, schien einst weit entfernt zu sein. Sie hat jetzt mit der BRICS-Gruppe reale Chancen. BRICS ist ein Akronym für Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika. Angeblich wurde es 2001 vom Chefvolkswirt von Goldman Sachs als Anspielung auf die Schwellenländer der Welt geprägt. Sie waren damals als BRIC bekannt, wobei das „S“ später hinzugefügt wurde, als 2010 Südafrika der Gruppe offiziell beitrug. Der erste offizielle BRIC-Gipfel fand 2009 statt. Damals schien die Diskussion weitgehend abstrakt zu sein. Erst 2014 begann die BRICS-Gruppe ernsthafte Schritte in Richtung einer weiteren Integration zu unternehmen. Die Allianz gründete die Neue Entwicklungsbank mit einem Startkapital von 50 Milliarden US-Dollar. Die Gruppe war nun fähig, ihre ersten praktischen Schritte zu unternehmen, um die Dominanz des Westens über die internationalen Währungsinstitutionen Weltbank und IWF herauszufordern.

Kürzlich wurde in Shanghai die ehemalige brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff Chefin dieser Bank. Am 30. März kündigten Brasilien und China ein Handelsabkommen an, das es ihnen ermöglichen wird, die Landeswährungen der beiden Länder, den Yuan bzw. den Real, einzusetzen. Dieser Schritt wird andere südamerikanische Länder ermutigen, dem Beispiel zu folgen. Er wird nicht der letzte sein.

Gleichzeitig bekundeten die Präsidenten Chinas, Xi Jinping, und Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva, ihr gemeinsames Interesse an einer Einflußnahme auf die Lösung des Konflikts in der Ukraine.

Wirtschaftlich aufstrebende Länder beginnen, Interesse an der Initiative zu zeigen. Dazu gehören unter anderem Argentinien, Mexiko, Algerien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien. Jüngste Finanzberichte deuten darauf hin, daß die BRICS-Gruppe bereits der weltweit größte Block bezüglich des gemeinsamen Bruttoinlandsprodukts (BIP) ist. Es beträgt derzeit 31,5 Prozent des globalen BIP, vor den G7, die zusammen 30,7 Prozent beitragen.

Eine der größten Chancen und Herausforderungen, vor denen die BRICS-Gruppe jetzt steht, ist ihre Fähigkeit, die Mitgliederbasis (Format BRICS+) zu erweitern und gleichzeitig ihr aktuelles Wachstum aufrechtzuerhalten. Besonders wichtig ist die Frage der Unterstützung neuer Mitglieder bei der Wahrung ihrer wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit. Der IWF und die Weltbank sind dafür bekannt, ihre monetäre Unterstützung für Länder, insbesondere im globalen

Süden, an politische Bedingungen zu knüpfen. Diese Position wird oft mit dem Vorwand der Menschenrechte und der Demokratie begründet, obwohl sie ausschließlich mit der Privatisierung und der Öffnung der Märkte für ausländische Investoren, das heißt für westliche Konzerne, zusammenhängt.



Wenn die BRICS-Gruppe stärker wird, hat sie das Potential, ärmeren Ländern zu helfen, ohne eine eigennützige politische Agenda voranzutreiben oder die lokalen Volkswirtschaften zu manipulieren und zu kontrollieren. Zur Zeit trifft die Inflation viele westliche Länder. Das führt zu einem langsameren Wirtschaftswachstum und sozialen Unruhen. Die Nationen des globalen Südens nutzen diese Gelegenheit, um ihre eigene wirtschaftliche Alternative zu entwickeln. Das bedeutet, daß die BRICS-Gruppe aufhören wird, ausschließlich Wirtschaftsinstitution zu sein. Der Kampf ist sehr politisch geworden.

Jahrzehntelang war die größte Waffe der USA der Dollar, der im Laufe der Zeit von einer normalen Währung per se zu einer echten Ware wurde. Es wurden Kriege geführt, um sicherzustellen, daß Länder wie der Irak und Libyen dem Dollar verpflichtet bleiben. Nach der US-Invasion im Irak im März 2003 verkaufte Bagdad sein Öl wieder in US-Dollar. Der Kampf um die Vorherrschaft des Dollars war auch in Venezuela, das über die größten Ölreserven verfügt, schmerzhaft zu spüren. Das Land wurde zur Armut verurteilt, weil es versuchte, Washingtons Vormachtstellung über seine Währung herauszufordern. Obwohl es einige Zeit dauern wird, ist der Prozeß der Verringerung der Abhängigkeit vom US-Dollar jetzt in vollem Gange.

Eine der wichtigsten Entscheidungen der Finanzminister und Zentralbankgouverneure des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) auf ihrem Treffen am 28. März in Indonesien bestand darin, ihre Abhängigkeit vom US-Dollar zu verringern. Sie stimmten zu, „die finanzielle Widerstandsfähigkeit ... durch die Verwendung der Landeswährung zur Unterstützung des grenzüberschreitenden

Handels und der Investitionen in der ASEAN-Region zu stärken“.

Die BRICS-Staaten sind bereit, als Vermittler bei der Neuordnung der Weltwirtschafts- und Finanzlandkarte zu dienen. Während die USA und die EU damit beschäftigt sind, die eigenen Volkswirtschaften am Laufen zu halten, zei-

gen sie sich sehr besorgt gegenüber den Veränderungen, die im globalen Süden stattfinden.

Nach einem Treffen zwischen US-Präsident Joe Biden und 40 afrikanischen Führungspersonlichkeiten im Weißen Haus im vergangenen Dezember wurde deutlich, daß afrikanische Länder nicht daran interessiert waren, für den anhaltenden Krieg in der Ukraine Partei zu ergreifen. Danach flog US-Vizepräsidentin Kamala Harris am 26. März nach Afrika, um sich mit afrikanischen Führungspersonlichkeiten zu treffen. Ihr einziges Ziel: sie von China und Rußland zu fernzuhalten. Dieser Versuch dürfte scheitern.

Ein perfektes Beispiel für die Weigerung Afrikas, seine Neutralität aufzugeben, war die Pressekonferenz zwischen Harris und dem ghanaischen Präsidenten Nana Akufo-Addo am 28. März. „Es mag in den Vereinigten Staaten eine große Besorgnis wegen der chinesischen Aktivitäten auf dem Festland geben. Aber hier gibt es diese große Besorgnis nicht“, sagte Akufo-Addo gegenüber Reportern. Das Argument, daß die BRICS ein rein wirtschaftlicher Verbund seien, geht an der Geschichte und der Realität vorbei. Das Timing der BRICS-Expansion, der scharfe politische Diskurs ihrer Mitglieder und Verbündeten, die wiederholten Besuche führender russischer und chinesischer Diplomaten in Afrika und anderen Regionen des globalen Südens weisen darauf hin, daß BRICS für die Länder des Südens zu einer neuen Plattform der Geopolitik, Wirtschaft und Diplomatie geworden ist.

Je erfolgreicher BRICS wird, desto schwächer wird die westliche Hegemonie über den Süden. Obwohl westliche Politiker und Medien die Rolle der BRICS-Gruppe bei der Gestaltung der neuen Weltordnung herunterspielen, scheint die Entwicklung real und unumkehrbar zu sein.

Übersetzung:
Wolfgang Herrmann
Dreesch

Quelle: Ramzy Baroud für teleSur. Ramzy Baroud ist Journalist, Autor und Herausgeber von „The Palestine Chronicle“. Er schrieb sechs Bücher. Sein neuestes Buch „Our Vision for Liberation: Committed Hebrew Leaders and Intellectuals Speak“ gab er zusammen mit Ilan Pappé heraus.

Frieden mit Rußland und China!

Ich schreibe dieses Jahr aus der Ferne, aus Rußland. Und auch, wenn ich es bedauere, nicht bei euch sein zu können, ist es gut, daß ich manche Dinge von außen betrachten kann. Denn sehr vieles sieht für die 85 Prozent der Menschheit, die nicht Teil des Westens sind, anders aus.

Als sich damals, 1945, die sowjetischen und amerikanischen Soldaten begegneten, einte sie die Sehnsucht nach einer Welt des Friedens, in der für den niedergerungenen Faschismus kein Platz mehr ist.

Wir alle wissen, daß diese Sehnsucht schon sehr bald von der US-Administration verraten wurde. Ein Verrat, der es ermöglichte, daß die besiegten Nazis in der amerikanischen Zone Sicherheit finden konnten; darunter auch die baltischen und ukrainischen Kollaborateure.

Es wird mit allen Kräften daran gearbeitet, die Erinnerung an den Beitrag, den die Sowjetunion zur Niederringung des Faschismus leistete, aus dem Gedächtnis der Menschen zu löschen. Warum? Weil die politische Vorgabe lautet, mit der Ukraine solidarisch zu sein; einer Ukraine, die Nazi-Kollaborateure verherrlicht und selbst Ostereier mit Nazisymbolen dekoriert.

Und die BRD liefert Waffen an das ukrainische Regime. In der Nacht des orthodoxen Osterfests, wurde einer der Himars-Raketenwerfer, die aus Deutschland kamen, auf die Kathedrale von Donezk gerichtet. Weit und breit kein militärisches Ziel. Eine Schwangere kam durch diesen Beschuß ums Leben, mehrere Menschen wurden schwer verletzt, mitten in der Osterandacht.

Auch deutsche Minen wurden bereits in der Stadt gefunden. Alles, was in die Ukraine geschickt wird, dient dem Terror gegen die Zivilbevölkerung im Donbass. Ich war im September letzten Jahres dort und ich bin jetzt wieder vor Ort, ich kann das bezeugen.

Dieser Terror, dieser in Deutschland verschwiegene neunjährige Krieg ist den ukrainischen Truppen so wichtig, daß der Ort, von dem aus Donezk beschossen wird, einer der am schwersten befestigten Territorien in der ganzen Ukraine ist. Das wird in Deutschland natürlich nicht erzählt. Aber die Menschen im Donbass wissen seit 2014, daß mit all dem Gerede über die territoriale Integrität der Ukraine niemals sie gemeint waren, sondern immer nur der Grund und Boden, auf dem sie leben. Ich möchte noch einmal an die Minsker Abkommen erinnern. Das waren nicht einfach unterschriebene Stücke Papier; diese Abkommen wurden vom UN-Sicherheitsrat beschlossen, das heißt, die beiden westlichen Garantiemächte Deutschland und Frankreich

hatten die völkerrechtliche Verpflichtung, diese Abkommen umzusetzen. Wir wissen heute, daß weder Deutschland noch Frankreich auch nur einen Handschlag unternahmen, um diesen möglichen Weg zum Frieden in der Ukraine zu nutzen. Es ist alles einge-



Foto: Edmund Pelzer, Leipzig

standen, und dennoch wird in Deutschland immer noch so getan, als sei im Februar vergangenen Jahres plötzlich aus dem Nichts ein Konflikt ausgebrochen.

Aber der Blick von außen ermöglicht es nicht nur, besser zu erkennen, wer wen angreift und wer was verteidigt. Er läßt auch erkennen, was in der Welt geschieht, und das ist groß. Auch darüber wird gern geschwiegen. Oder es werden Geschichten gestrickt, wie heldenhaft die deutsche Außenministerin überall für Werte eintritt, wenn sie in Wirklichkeit nur von einem Land nach dem anderen fordert, die Seite der Vereinigten Staaten gegen Rußland zu wählen. Sie hat wenig Erfolg damit.

Immer mehr Länder erkennen, daß es der US-NATO und der EU vor allem darum geht, die koloniale Ordnung zu erhalten, einen Zustand ständigen Unfriedens, in dem der Westen nach Belieben Regierungen stürzt und Kriege entfacht, um seine Interessen durchzusetzen.

Doch dieser scheinbar unaufhaltsame Marsch gerät gerade ins Stocken.

Im Jemen ist plötzlich Frieden möglich, nachdem der Iran und Saudi-Arabien wieder miteinander reden. Syrien und die Türkei verhandeln. Der chinesische Präsident

Xi und Brasiliens Präsident Lula da Silva und andere setzen sich für eine diplomatische Lösung des Ukraine-Konflikts ein – man könnte viele weitere Initiativen nennen, die helfen, ein neues Kräfteverhältnis in der Welt zu schaffen.

Die Männer, die sich 1945 an der Elbe begegneten, die miteinander den nahen Sieg feierten, wußten, daß der Nazismus besiegt werden mußte, damit Frieden möglich wird, und sie hofften, daß dieser Frieden der große, wahre, umfassende Frieden zwischen den Völkern würde. Damals wurde die Hoffnung nicht erfüllt. Einer der Gründe dafür ist, daß der Nazismus der Zwilling des Kolonialismus ist, und er immer wieder auferstehen kann, solange einige Länder über alle anderen herrschen.

Aber heute kann man, muß man die Hoffnung hegen, denn die Brandstifter, die in den letzten Jahrzehnten so viele Kriege anzettelten, die USA und die NATO, sie verlieren gerade. Nicht nur in der Ukraine; sie verlieren in Lateinamerika, in Afrika und in Asien. Sie verlieren, weil ganze Kontinente sich aus der Umklammerung lösen, sich vom Dollar abwenden und neue Verbindungen untereinander pflegen, zwischen Gleichen.

Wenn erzählt wird, der Westen müsse seine Werte verteidigen, gegen Rußland, gegen China,

dann sind jene Werte gemeint, die an Börsen notiert werden, in Immobilienfonds stecken, in Investmentfirmen und Versicherungen. Werte, die wir mit geschaffen haben, die uns aber nicht gehören, für deren Wachstum unsere Mieten steigen und unsere Löhne sinken. Dieser Westen, er steht auch gegen uns. Nicht wir gewinnen, wenn er sich durchsetzt.

Wir müssen, wie damals in jenem April 1945, unsere eigenen Wünsche und Interessen formulieren, die nach wie vor lauten: Raus aus der NATO! Frieden mit Rußland und China!

Liane Kilinc

Auszüge aus ihrer Rede, die sie anlässlich des „Elbe-Tages 2023“ am 22.4.23 verfaßte

Liane Kilinc organisiert mit dem Verein „Friedensbrücke – Kriegsoferhilfe“, den sie vor acht Jahren zusammen mit Gleichgesinnten in Wandlitz gründete, humanitäre Hilfe für die Menschen im Donbass.

Fünf globale Probleme der Menschheit

Kriege (Teil 2)

Wissenschaftler mit Gewissen zeichnen sich in aller Regel durch eine kritische Sicht auf das Bestehende aus.

Die Autoren der Club of Rome-Studie „Die Grenzen des Wachstums“ waren Experten, die schon lange von dem Gedanken umgetrieben wurden, daß die Menschheit Raubbau an den natürlichen Ressourcen betreibt und daraus negative Folgen für die eigene Existenz erwachsen. Die Studie untermauerte diese These mit vielen Fakten und Beweisen, die wissenschaftlich geführt wurden. Viele von ihnen erkannten schon in den 60er Jahren, daß der enorme Aufschwung der industriellen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in den Ländern, die sich als die erste Welt sahen, auch riesige Probleme im Verhältnis von Mensch und Umwelt mit sich bringen würde. Ein weiteres, damit zusammenhängendes Problem war seit Beginn des Eintritts der kapitalistischen Produktionsweise in die imperialistische Phase, daß die immer größer werdenden Konzerne nun über die nationalen Grenzen hinaus agierten und damit der Globalisierung den Weg bahnten. Diese hatte ihre Wurzeln schon am Ausgang des 19. Jahrhunderts. Der Erste Weltkrieg war bereits ein Ergebnis jenes beginnenden internationalisierten Verteilungskampfes. Hinzu kommt im imperialistischen Stadium des Kapitalismus die Macht des internationalen Finanzkapitals, unter der die kapitalistische Produktionsweise irrational wird. Denken wir an Geld heckendes Kapital, wie Marx es nannte, oder Geld mit Geldspekulation verdienen, ohne irgendeinen Mehrwert, geschweige denn Wert geschaffen zu haben. All das läßt die dieser Produktionsweise innewohnende Krisenhaftigkeit in immer kürzeren Zyklen auftreten. Und die Kriege dieser Epoche nehmen einen neuen Charakter an.

Die Club of Rome-Studie schlug Anfang der 70er Jahre auch deshalb hohe Wellen, weil sie auf dem Höhepunkt des warenverschwendenden „Aufschwungs“ in der ersten Welt erschien und den Fokus auf das Entstehen globaler Menschheitsprobleme legte, zu denen, wenn auch nur im Ansatz betrachtet, die Gefahr für ständige Kriege weltweit gehörte. Aber gab es Kriege nicht immer schon? Waren sie nicht Teil der menschlichen Natur, geradezu ein Gesetz menschlicher Entwicklung? Heraklit, ein griechischer Denker, der vor mehr als 2500 Jahren lebte, sprach vom Krieg als „Vater aller Dinge“. Der englische Philosoph Thomas Hobbes, der vom „Krieg aller gegen alle“ (*Bellum omnium contra omnes*) als einem Naturzustand schreibt, Schopenhauer, Nietzsche oder jener Käfersammler Ernst Jünger, der den Krieg als blutiges Stahlgewitter bezeichnete, der zur Stärkung der Menschen beiträgt, weil er die Schwachen aussondert – sie alle vertreten die Ansicht, daß man nichts dagegen tun könne. Wenigstens Heraklit kann man zugutehalten, daß er mit dem Wort Krieg nicht den Krieg im heutigen Sinne gemeint hat, sondern die ständige Auseinandersetzung der

Menschen mit den Göttern und sich selbst als Triebkraft für Weiterentwicklung.

Aber ist es denn so, daß Krieg immerwährender Teil menschlichen Lebens war? Die Bundeszentrale für politische Aufklärung schreibt in ihrem Onlinelexikon: „Krieg bezeichnet einen organisierten, mit Waffen gewaltsam ausgetragenen Konflikt zwischen Staaten bzw. zwischen sozialen Gruppen der Bevölkerung eines Staates (Bürgerkrieg) ... Nach den Ursachen werden religions- und



ideologisch begründete K., Kolonial-, Wirtschafts- und Unabhängigkeits-K. etc. unterschieden. Nach den Zielen wird zwischen Angriffs-, Interventions-, Sanktions-, Verteidigungs- und Befreiungs-K. etc. unterschieden. Nach den Formen werden z. B. regulärer, Partisanen-, Volks-, Miliz- und Guerilla-K. unterschieden. Entsprechend den eingesetzten Waffen(gattungen) wird z. B. zwischen konventionellem, Atom-, bakteriologischem, chemischem K., ferner zwischen Land-, See- und Luft-K. unterschieden ... Räumlich wird z. B. zwischen lokal begrenztem, regionalem oder Weltkrieg unterschieden.“ (siehe: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17756/krieg/>) Auf Wikipedia kann man lesen: „Als Krieg wird ein organisierter und unter Einsatz erheblicher Mittel mit Waffen und Gewalt ausgetragener Konflikt bezeichnet, an dem planmäßig vorgehende Kollektive beteiligt sind. Ziel der beteiligten Kollektive ist es, ihre Interessen durchzusetzen. Der Konflikt soll durch Kampf und Erreichen einer Überlegenheit gelöst werden. Die dazu stattfindenden Gewalthandlungen greifen gezielt die körperliche Unversehrtheit gegnerischer Individuen an und führen so zu Tod und Verletzung. Neben Schäden an am Krieg aktiv Beteiligten entstehen auch immer Schäden,

die entweder nicht direkt beabsichtigt sind oder Kriegstaktik („Verbrannte Erde“) sein können. Erstere werden heute euphemistisch als Kollateralschäden bzw. Begleitschäden bezeichnet. Krieg beschädigt oder zerstört sogar Infrastruktur und die Lebensgrundlagen der Kollektive. Eine einheitlich akzeptierte Definition des Krieges und seiner Abgrenzung zu anderen Formen bewaffneter Konflikte existiert nicht.“ (siehe: <https://de.wikipedia.org/wiki/Krieg>).

Daß es keine einheitlich akzeptierte Definition gibt, ist im „Lexikon der Politikwissenschaft, Bd. 1 A–M, 4. Auflage, C.H.Beck, München 2010, S. 526, nachzulesen. Ich dachte, daß der Clausewitzsche Satz, nach dem der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen, gewaltsamen Mitteln ist, schon allgemeiner Konsens wäre. Viel weniger schwammig in der Aussage dagegen die Definition im „Militärlexikon“, welches 1973 im Militärverlag der DDR erschienen ist: „Krieg: Fortsetzung der Politik von Klassen, Völkern, Nationen, Staaten oder Koalitionen mittels organisierter, bewaffneter Gewalt zur Durchsetzung ökonomischer Interessen und politischer Ziele ...“ (*Militärlexikon, Berlin 1973, S. 183*) Damit kann man doch arbeiten. Denn egal, ob die Gründe ideologischer (Nationalismus), religiöser (vom Katholizismus bis zu den Islamisten) oder z. B. historischer (Bezug auf „historische Besitztümer“, die teilweise 1000 Jahre zurückliegen) und ähnlicher Art sind – es geht immer nur um ökonomische und daraus resultierenden Macht!

Grundsätzlich muß konstatiert werden, daß Kriege erst mit dem Entstehen von Klassengesellschaften als Mittel zur Durchsetzung von Interessen in der Geschichte der menschlichen Entwicklung auftraten. Jedoch waren Kriege, auch wenn sie hier und da recht große Ausmaße annahmen, immer lokal begrenzt. Das änderte sich dramatisch mit dem Entstehen der kapitalistischen Produktionsweise. Spätestens als der Kapitalismus am Ende des 19. Jahrhunderts in seine imperialistische Phase trat, wurden Kriege immer gewaltiger. Schon Engels prophezeite einen Weltkrieg, der dann auch 1914 kommen sollte. Mit all seinen Vorgeplänckeln und lokalen Kriegen gehen die Ursachen bis ins Ende des 19. Jahrhunderts zurück (russisch-japanischer Krieg, Unterdrückung des Boxeraufstandes in China, Balkankriege usw.). Das 20. Jahrhundert muß als Jahrhundert fortwährender kleiner und großer Kriege (davon zwei Weltkriege) von globaler Bedeutung gesehen werden. Von 1900 bis 2000 wurden mehr als 150 große und kleine Kriege geführt. Seit 2000 zählen wir schon wieder mehr als 40. (siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Kriegen)

Allein die Kriege in diesem Zeitraum haben zwischen 1,5 und 2 Millionen direkte Opfer gekostet. Rechnen wir die indirekten Opfer hinzu, die an den Folgen von Verletzungen, Verwundungen, Erkrankungen und Elend durch Strafsanktionen gestorben sind, kann man noch einmal fünf bis zehn Millionen Tote

dazu rechnen. Denn die Kriege des imperialistischen Zeitalters haben eine Besonderheit. Sie werden zwar häufig lokal geführt, dienen aber letztendlich der Durchsetzung globaler politischer und ökonomischer Interessen. Selbst in Ländern, in denen nicht sofort Rohstoffinteressen vermutet werden können, geht es doch immer darum, welche globale Macht der ersten Welt dort das Sagen hat und wenn es nur darum geht, die Konkurrenten zu verdrängen oder ihnen logistische Hindernisse in den Weg zu legen. Der „Militärstiefel“ ist dabei nur eine Möglichkeit der unmittelbaren Gewaltausübung. Finanzdikate ehemaliger Kolonialländer (Beispiel ist das CFA-System in Afrika, das dazu beiträgt, die ehemaligen Kolonien an der langen Geldleine zu halten), aber auch der Weltbank sorgen für politisches Wohlverhalten, selbst eine sogenannte Entwicklungshilfe, die davon ausgeht, daß für jeden gegebenen Dollar 1,5 wieder in die Geberländer zurückfließen soll, dient niemals jenen, denen angeblich geholfen werden soll. Solch eine „Hilfe“, die zudem noch aus den Steuergroschen der reichen Länder bezahlt wird, dient nur einem, der Maximierung der Profite der großen Konzerne. Auch wenn in vielen Konflikten von Milizen oder Terrorgruppen, welche die Kriege führen, die Rede ist, muß doch die Frage gestellt werden, wer finanziert das? In den letzten 120 Jahren

haben z. B. die USA immer wieder einige der größten „Schweinebacken“ finanziert und anderweitig unterstützt, den Somoza-Clan in Nicaragua, Armas in Guatemala, Pinochet in Chile, die Mujaheddin in Afghanistan und selbst der IS, gegen den man ja eigentlich zu kämpfen vorgab, wurde gegen die syrische Regierung in Stellung gebracht. In Libyen und im Libanon pampert man die reaktionärsten Kräfte und in Zentral- und Südafrika bekommen die Milizen Dollars im Gegenzug für den Zugang zu Gold, Diamanten, Uran und seltenen Erden. Auch die BRD ist als Bündnispartner immer dabei, seit der Beteiligung am Jugoslawienkrieg auch mit Militär rund um den Globus. Die sogenannten humanitären Einsätze der Bundeswehr haben keinem Menschen auf der Welt ein besseres Leben gebracht, sie dienen nur dazu, „unseren Anteil“ am Gewinn einzufordern! Aber Kriege vernichten nicht nur Menschenleben direkt und indirekt. Sie sind auch gewaltigen Ressourcenvernichter und Dreckschleudern. So schreibt Jaqueline Andres von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in der jungen Welt vom 12. April: „Krieg zerstört in verheerender Weise die Umwelt und verursacht durch das eingesetzte militärische Großgerät Unmengen an Emissionen. Ein Leopard 2-Panzer verbraucht im Gelände bis zu 530 Liter Treibstoff auf 100 km und

ein F-35-Kampffjet setzt mit einer Tankladung 28 Tonnen Treibhausgas frei. Im Vergleich dazu liegt der CO₂-Fußabdruck pro Kopf in Deutschland laut dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz bei jährlichen 10,8 Tonnen. Laut einer von den Scientists for Global Responsibility und dem Conflict and Environment Observatory im November 2022 veröffentlichten Studie verursachen die weltweiten Streitkräfte ganze 5,5 Prozent der globalen Emissionen. Wären die Streitkräfte der Welt ein Staat, so die Autoren Lindsey Cottrell und Stuart Parkinson, stünde ihr CO₂-Fußabdruck an vierter Stelle direkt hinter den USA, China und Indien.“ (siehe jw, 12.4.23 Beilage)

Zu solchen Erkenntnissen waren auch die Forscher des CoR gekommen, weswegen sie Krieg als eines der fünf großen globalen Probleme bezeichnet haben. In den letzten 50 Jahren ist die politische Welt nicht schlauer geworden. Vielleicht sogar dümmere. Denn ausgerechnet jene, die sich für die größten Umweltschützer halten, „Die Grünen“, gelten seit mehr als 20 Jahren, wir erinnern uns an Joseph Fischers Engagement im Jugoslawienkrieg, als die größten Bellizisten – werden aber vorwiegend von jungen Leuten aus Umweltschutzgründen gewählt. Aufklärung tut not!

Uli Jeschke

In die Sanktionsspirale

Die nächsten Strafmaßnahmen

Die EU plant neue Sanktionen gegen China, die sie erstmals mit angeblicher chinesischer Unterstützung für Rußlands Krieg gegen die Ukraine begründet. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach sich dafür aus, Strafmaßnahmen gegen sieben Unternehmen aus der Volksrepublik einschließlich Hongkongs zu verhängen. Ihre Vermögenswerte in der EU sollen eingefroren werden. Mindestens vier der sieben Unternehmen sind bereits in den Vereinigten Staaten mit Sanktionen belegt worden.

Die Sanktionspläne sind lediglich Teil eines umfassenderen Maßnahmenpakets, das die Bundesrepublik bzw. die EU zur Zeit in Planung haben und das der chinesischen Wirtschaft Schaden zufügen soll. So kündigte von der Leyen schon Ende März an, sie wolle Beschränkungen bei Investitionen europäischer Unternehmen in der Volksrepublik einführen. Ziel sei, die Anwendung europäischen Know-hows durch chinesische Firmen einzuschränken. Offiziell war von der Sorge die Rede, es könne genutzt werden, um „die militärischen und nachrichtendienstlichen Fähigkeiten“ Chinas zu stärken. Faktisch geht es einerseits um einen Beitrag der EU zum Versuch des Westens, den technologischen Aufstieg der Volksrepublik zu bremsen. Andererseits sollen damit Unternehmen aus der EU von weiteren Aktivitäten in China abgehalten

werden. Von der Leyen trug ihren Vorstoß kurze Zeit nach ihrem Besuch in den USA vor, bei dem sie unter anderem von US-Präsident Joe Biden im Weißen Haus empfangen worden war. Washington bereitet gegenwärtig die Einführung identischer Maßnahmen für Investitionen in China, vor.

„Gespräche mit ausländischen Partnern“

Darüber hinaus steht die Bundesregierung offenkundig unter Druck, die Lieferung von Chemikalien nach China zu untersagen, die für die Halbleiterproduktion unverzichtbar sind. Dabei geht es um Grundstoffe, die vor allem BASF und Merck in die Volksrepublik exportieren; BASF sei bei den Chemikalien Marktführer in Europa sowie in Asien, während sich die Merck-Produkte „in beinahe jedem Chip weltweit“ befänden, hieß es in Berichten. Dabei gehe um US-Versuche, die Halbleiterproduktion der Volksrepublik zu schädigen. Die USA setzen seit einiger Zeit alles daran, China von Erwerb und Produktion von Hochleistungschips abzuschneiden. So zwingen sie Konzerne aus den Niederlanden und aus Japan, keinerlei höherwertige Maschinen zur Halbleiterherstellung mehr in die Volksrepublik zu liefern. Ein Embargo von Chemikalien freilich, die für so gut wie alle Halbleiter benötigt werden, näherte sich dem Versuch, die chinesische High-Tech-Branche flächendeckend zu ruinieren. Zwar bekräftigte das Kanzleramt, es treibe „derzeit keine Pläne“ für ein solches

Embargo voran; es fügte jedoch hinzu, man äußere sich nicht zu „vertraulichen Gesprächen mit ausländischen Partnern“.

Chinas Gegenmaßnahmen

Für den Fall, daß die EU tatsächlich Sanktionen verhängt, kündigt Beijing Reaktionen an. Wang Wenbin, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, forderte Brüssel auf, „nicht diesen falschen Weg einzuschlagen“; andernfalls werde die Volksrepublik, um ihre Interessen zu schützen, „entschlossene Maßnahmen“ ergreifen. Beijing hat in einer vergleichbaren Situation bereits ernst gemacht. Erst kürzlich wurde bekannt, daß Beijing Schritte eingeleitet hat, die zu zweierlei Gegenmaßnahmen führen können. Zum einen hat es Untersuchungen eingeleitet, die auf Sanktionen gegen den US-Chiphersteller Micron hinauslaufen. Zum anderen zieht es Berichten zufolge in Betracht, ein Embargo auf solche Technologien zu verhängen, die zur Weiterverarbeitung von Seltenen Erden nötig sind. Experten äußern dazu, ein solches Verbot allein werde im Westen keinen großen Schaden anrichten, da die entsprechenden Technologien auch dort verbreitet seien. Anders sehe es aus, wenn die Volksrepublik, um den Sanktionskrieg des Westens abzuwehren, zu einem vollen Embargo auf Seltene Erden selbst greife: Dann habe man, heißt es, „ein Problem“.

Auszug aus: *german-foreign-policy.com*, 9.5.23

USA, NATO und Ukraine bei Frühjahrsoffensive unter Druck

Von einer Spezialoperation zum NATO-RF-Krieg

Mehr als 15 Monate tobt nun schon bereits, hauptsächlich auf dem Territorium der Ukraine, ein vom Westen initiiertes militärischer Konflikt, welcher sich aufgrund der militärischen Auseinandersetzung zwischen der vom Westen militärisch aufgerüsteten Ukraine und Rußland von einer speziellen Operation der Russischen Föderation (RF) zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine zu einem Stellvertreterkrieg der USA und der NATO gegen Rußland entwickelte. Mit der Ablehnung einer möglichen Verhandlungslösung zwischen der Ukraine und der RF durch den kollektiven Westen im März 2022 nahmen die Kampfhandlungen durch die ständigen militärischen Eskalationsmaßnahmen, terroristischen Provokationen sowie Diversionsakte immer direkter den Charakter eines weltweiten gesellschaftssystemischen Krieges (Unilateralismus gegen Multipolarismus) zwischen den USA (NATO) und Rußland an. Dabei setzen der Westen und die Ukraine, so wie es der US-Neocon John Bolton unlängst im „Wall Street Journal“ einforderte, auf einen totalen Sieg über Rußland, der zunächst die RF schwächen und letztlich nach jugoslawischem Muster zerstückeln soll. Dazu werden immer neue Sanktionen gegen das Land verhängt und im Eiltempo ein militärisches Paket nach dem anderen für die NATO-Streitkräfte (NATO-SK) geschnürt, um so schnell wie möglich eine vernichtende Offensive in der Ukraine gegen Rußland starten zu können.

Stand der Vorbereitung der geplanten Großoffensive

Die Front hatte im Verlauf der Spezialoperation eine Ausdehnung von 800 bis über 1000 Kilometern. Die Streitkräfte der Ukraine und der NATO führten fast an der gesamten Front Angriffsoperationen zur Feststellung von Schwachstellen in der russischen Verteidigung unter US-Druck durch und erlitten dabei unersetzbare Verluste an Kampftruppen und Reserven, die eigentlich für die Offensive vorgesehen waren.

Die personelle Situation in den ukrainischen Streitkräften hat sich in den letzten 15 Monaten so zugespitzt, daß man nicht mehr von eigenständigen Streitkräften der Ukraine sprechen kann. Mit der Ausbildung und Ausrüstung ukrainischer Soldaten in NATO-Ländern sowie dem zunehmenden Einsatz von NATO-Personal, zur Truppenführung und Bedienung der Waffen, aber auch im Bereich der Logistik, werden die ukrainischen Streitkräfte (ukr. SK) de facto zu NATO-Streitkräften. Damit handelt es sich bei den Kampfhandlungen im Osten, bis auf wenige Ausnahmen, um solche zwischen der NATO und der Russischen Föderation. Es ist deren Ziel, die durch die Ukraine per Gesetz festgelegte „Befreiung“ der Krim sowie der abtrünnigen Republiken zu gewährleisten sowie günstige Ausgangspositionen für die Durchführung der Offensive zu schaffen.

Russische Sicht auf die ukrainisch-westliche Offensive

Der russische Kriegsberichterstatte A. Rudenko führte dazu aus: Diese vom kollektiven Westen geforderte, geplante und materiell sowie personell, aber auch ausbildungsmäßig gewährleistete Offensive soll im Osten und Südosten auf ukrainischem und den neuen russischen Territorien stattfinden. Dazu wollen USA und NATO ca. 400 Kampfpanzer, mindestens 1 000 gepanzerte Mannschaftstransporter, Schützenpanzer und andere gepanzerte Fahrzeuge, Raketenwerfer, Artillerie- und Luftverteidigungssysteme sowie viele Raketen und Munition, zusätzlich zu der noch in der Ukraine vorhandene Bewaffnung, liefern. Auf den NATO-Übungsplätzen soll ukrainisches Personal für drei Korps (ca. 20, meist leichte Brigaden mit mindestens je 4000 Mann) aufgestellt werden. Diese sollen mit bis zu je 20 Panzern und weniger gepanzerten Militärtechnik ausgestattet werden. Mindestens zwei Brigaden, die für die Durchbruchstellen vorgesehen sind, sollen je 100 Panzer erhalten, insgesamt ca. 100 000 Mann. Diese Truppen könnten sich wie folgt auf die Hauptangriffsrichtungen aufteilen:

- Saporoschije-Militopol, Krim mit 30 000 Mann,
- Donbass-Donetsk, Lugansk mit 25 000 Mann,
- Charkow-Liman, Kupjansk mit 15 000 Mann, wobei sich die Hauptangriffsrichtungen im Gefecht verändern können.

Mit den zu erwartenden Durchbrüchen wollen die Ukraine/NATO-Truppen ganze Gebiete einkesseln, die Streitkräfte der Russischen Föderation aufreiben und Territorien zurückgewinnen. In Bachmut könnte es den Versuch einer Einkesselung geben, um die 40 000 dort gefallenen Ukrainer und NATO-Soldaten zu rächen; wobei die bisherigen Testvorstöße meist mit großen ukrainischen Verlusten endeten. Bei den Angriffshandlungen der Offensive wird nichts Neues passieren. Sie werden in taktischen Kompaniegruppen mit je ca. 10 bis 12 Kampfpanzern erfolgen, die von Luftabwehr und Artillerie gedeckt werden und die die Bildung von ausbaufähigen Brückenköpfen anstreben.

Ausgerüstet sind diese Einheiten einheitlich mit westlichen Waffen (Leopard-, Challenger-, Leclerc-, bald auch mit Abrams-Panzern, meist älterer Bauart, sowie u.a. mit gepanzerten Fahrzeugen aller NATO-Armeen und Raketenwerfern der USA mittlerer und großer Reichweite (RW) bis 150 km, operativ-taktischen Raketen bis 300 km (GB), MiG-29, Hubschraubern verschiedener Anwendungen, Luftverteidigungsmitteln wie IRIS, Patriot sowie mit tragbaren Mitteln und Aufklärungs- und Kampfdrohnen. Es kommen aber auch erbeutete russische Waffen zum Einsatz. Die Führung der Truppen und die Lenkung der

modernen Waffensysteme fanden dank des „Starlink-Systems“ in Echtzeit statt (im Sekunden- und Minutenbereich), wodurch es bei den Streitkräften der Russischen Föderation (SK RF) zu unerwarteten Verlusten an Personal, Panzern, gepanzerten Fahrzeugen und Artilleriesystemen kam. Diesen Vorteil der NATO-Streitkräfte konnte die russische Seite aber durch den Einsatz neuer Mittel des funkelektronischen Kampfes „Tobol-1“, von Perezwet-Lasern und durch die Ausschaltung der Bodenterminals stark einschränken, womit die bisher hoch gelobten „Himars“-Raketen-Werfer immer treffunsicherer werden.

Die Hauptkampfmethoden der NATO/Ukraine-Streitkräfte sind der Einsatz von Drohenschwärmen und das Operieren in taktischen Kompanie-Gruppierungen mit 10 bis 12 Panzern sowie gepanzerten Fahrzeugen. Kampferfolge konnten dadurch aber bisher nicht nachgewiesen werden.

Vor kurzem berichtete die *Washington Post* darüber, daß die westlichen Streitkräfte in der Ukraine vor einer Niederlage stehen würden, wenn kein militärisches Wunder geschehe, und daß es der RF gelungen sei, die Truppenstärke durch eine wirksame Teilmobilmachung mit erfahrenen Reservisten zu erhöhen, einen robusten militärisch-industriellen Komplex aufzubauen und Lücken mit Waffen- und Munitionslieferungen aus dem Ausland zu schließen. Damit wäre die russische Seite in der Lage, dem kollektiven Westen nicht nur zu widerstehen, sondern wieder die Initiative zu übernehmen.

Man konnte weiterhin erfahren, daß

- sich die Kampfkraft der ukrainischen Streitkräfte durch die hohen Verluste an erfahrenen Soldaten und Offizieren verschlechtert hat;
- die Verluste Kiews zehnmal höher sind, als in der Ukraine zugegeben wird;
- sich durch die unzureichende Menge an West-Panzern nichts ändern wird (zum Erfolg werden 1900 Panzer statt der 400 bereitgestellten benötigt);
- die mehr als 100 Milliarden Dollar nicht ausreichen, um die Streitkräfte der Ukraine überlegen auszurüsten und auszubilden (der stellvertretende Außenminister der Ukraine, Melnik, fordert die zehnfache Erhöhung der westlichen Unterstützung).

Die *Washington Post* resümiert, daß die militärstrategische Initiative seit Januar 2023, als sich die Niederlage in Soledar abzeichnete, wieder an Moskau ging.

Alles könnte sich schnell auflösen, wenn Rußland entweder in naher Zukunft einen Durchbruch in Bachmut oder an anderer Stelle der Front erzielt oder die geplante Offensive Kiews noch eklatanter scheitert, als der Westen und die Ukraine es verdeckt erwarten.

Die ungewöhnlich intensivierten Terroraktivitäten der Ukraine, die besonders durch Großbritannien (GB) unterstützt werden, sind Anzeichen für die unmittelbare Vorbereitung auf die Offensive (Anschläge auf die

Krim, die Krimbrücke, die Schwarzmeerflotte, auf die kritische Infrastruktur der neuen Republiken und auf das südrussische Kernland). Die Ukraine schickt verstärkt Diversionstruppen über die offene russische Grenze, setzt eigene Drohnen und Raketen ein, so noch vorhandene sowjetische strategische Drohnen „Strisch“ (RW bis 1500 km) sowie selbst produzierte operativ-taktische Raketen „Capsan“ (300 km) und „Grom 2“ (120 km).

Ein Großteil dieser Drohnen und Raketen wird von den modernisierten Luftverteidigungssystemen „Buk-M3“, „Tor“ und „Panzir“, aber auch von den modernen FRK S-300 und S-400 S“ der RF abgeschossen.

Reaktionen der RF auf die Offensive-Maßnahmen der NATO und der Ukraine

Die Hauptaufgabe der russischen Luftstreitkräfte (LSK) besteht in der Fernhaltung der vom Westen gelieferten Waffen von der Front. Dazu wurden in letzter Zeit mehrfach die für einen direkten NATO-Angriff geschonten Su-35 mit großer Effektivität beim Abschluß von ukrainischen Flugkörpern eingesetzt. Die Bewaffnung der SU-35 ist so wirksam, daß sie auch westliche F-15 und F-16 erfolgreich bekämpfen kann (die Su-57 ging in Serienproduktion). Daraufhin hat der Westen die Lieferung von F-16 vorerst eingestellt. Eine besondere Funktion wurde für die Su-34 gefunden, die die russischen „smarten“ gleitenden und navigierenden Großbomben (z. B. FAB 500, 1000, 1500) mit hoher Treffergenauigkeit und ohne Risiko für deren Trägerflugzeuge in die Nähe der Ziele befördert.

Anfang Mai führten die Streitkräfte der Russischen Föderation einen Raketenschlag mit einer Gruppe von Tu-95 Bombern aus, wobei Raketen vom Typ X-101 sehr erfolgreich auf Truppenansammlungen für die ukrainische Offensive eingesetzt wurden.

Mit der Vernichtung des NATO-Führungsbunkers bei Lwiw mittels Hyperschallraketen der RF des Typs „Kinshal“ (12 Mach), bei dem laut Scott Ritter 300 hohe Offiziere der NATO und der Ukraine umkamen, konnte die Offensive wesentlich verzögert, wenn nicht gar ganz unmöglich gemacht werden, da alle Führungsbunker der NATO nicht mehr sicher sind.

Auch GB hat keinen Grund zum Jubeln, denn ein Großteil der von ihnen gelieferten Urangranaten wurde in Bunkern bei Tschernopol und Chmelnitzkij durch Kinshal-Raketen vernichtet.

Die Hauptkampfmethode der SK der RF besteht, wie man in Bachmut sehen kann, welches zu 95 % befreit ist (7.5.23), im kombinierten Einsatz von Bodentruppen, Luftlandetruppen, Artillerie und Kamikaze-Drohnen sowie FEK-Mitteln bei der Bekämpfung gegnerischer Truppen durch Halbkessel.

Die russischen Truppen sehen sich gut vorbereitet, ausgerüstet und ausgebildet. Sie verhalten sich (bis auf Bachmut und einigen anderen Schwerpunkten) abwartend. Sie



Chinas Sondergesandter für Eurasische Angelegenheiten, Botschafter Li Hui

verlegen sich auf die Taktik der Schlacht am Kursker Bogen im 2. Weltkrieg – abwarten und dann im richtigen Moment einen wirklichen Gegenschlag zunächst bis zum Dnepr führen.

Die Russische Föderation ist allerdings auch mit ernstzunehmenden Problemen in den eigenen Reihen konfrontiert.

1. Der Beschluß von strategischen Flugplätzen, wichtigen Infrastrukturobjekten auf der Krim, in den neu integrierten Republiken und im Kernland Rußlands, ja sogar des Kreml, zeigt, daß es trotz der hohen Qualität der kosmischen und Luftverteidigungsmittel der RF noch keine ausreichende Koordinierung im Einsatz dieser Kampfmittel gibt.
2. Das jüngst bekanntgewordene Schreiben des privaten Halters der Wagner-Gruppierung an den Oberkommandierenden, das Verteidigungsministerium (MO) und den Generalstab (GS), in dem er mehr Munition, Waffen und militärische Unterstützung fordert, läßt den Schluß zu, daß offensichtlich so viel Sand im Getriebe ist, daß der Erfolg der Operation gefährdet sein könnte.
3. Eine gleiche Schlußfolgerung ist zu ziehen, wenn sich, wie am 19.4.23 geschehen, der Oberkommandierende der Streitkräfte der Russischen Föderation

persönlich, um ein realistisches Bild über die Lage zu erhalten, ohne den Verteidigungsminister und den Chef des GS an die Front begeben mußte.

Eine Antwort auf diese existenziellen Probleme gab Putin in der Nacht vom 7. zum 8. Mai.

Die Wagner-Truppe erhielt einen neuen Vertrag für die Befreiung von Bachmut, worin auch die Kadyrow-Gruppe eingebunden wurde. Darin wurden ebenso die Lieferung von Munition und Waffen, aber auch konkrete Unterstützungsmaßnahmen durch die Armee zugesagt. Die Regelung der Beziehungen dieser beiden Gruppierungen gegenüber dem MO und dem GS wird mit Zustimmung aller Seiten von General Surowikin wahrgenommen.

Im Verteidigungsministerium und im Generalstab sollen Verantwortlichkeiten neu geregelt und personelle Veränderungen vorgenommen worden sein. Schoigu und Gerassimow sind davon ausgenommen.

Die Organisation der Luftkosmischen Verteidigung (LKV) soll an die militärischen Erfordernisse angepaßt und die Mittel der LKV verstärkt werden. Auf der Krim und an der Front kann man bereits eine erhöhte Wirksamkeit des Systems feststellen.

Gibt es Chancen für Friedensverhandlungen?

Wir können davon ausgehen, daß sich China, welches ein starkes Interesse an globalisierten Produktions-

und Lieferketten hat, aktiv für eine Friedenslösung im NATO-RF-Krieg einsetzt. China machte mit dem weltweit verbreiteten 12-Punkte-Rahmenprogramm für eine friedliche multipolare Weltordnung im Februar 2023 den Anfang und legte mit einem Gespräch zwischen den Präsidenten Xi und Selenskyj, bei dem es um einen Waffenstillstand und die Beendigung des Krieges in der Ukraine ging, nach. China machte ernst und bestellte bereits am 12.5.23 einen Sonderbeauftragten, der sofort mit der Vermittlungsarbeit begann.

Wie das Internetportal german-foreign-policy.com feststellt, signalisierten die USA und einige europäische Länder, daß diese Länder-Gruppe China als Vermittler bei Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Rußland, die nach der Offensive (d. h. im Herbst 2023) stattfinden könnten, akzeptiert. Als Gründe für die veränderte Haltung werden die auswuchernden Kosten des Konflikts, die schwindende Zustimmung der Bevölkerung der USA zum Krieg in der Ukraine und die 2024 stattfindenden Präsidentschaftswahlen in den USA genannt, die Biden erneut für sich entscheiden will. Auch die Ukraine stehe Gesprächen positiv gegenüber. Gegner einer solchen Lösungsmöglichkeit sind deutsche Transatlantiker, Polen und die baltischen Staaten.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Die Ukraine – ein faschistoider Staat

Um die heutige faschistoide Entwicklung des ukrainischen Staates einordnen zu können, soll zunächst auf den osteuropäischen Faschismus seit den 20er Jahren eingegangen werden. Der wurde nach der osteuropäischen Konterrevolution bestritten, verharmlost, rehabilitiert und glorifiziert.

Die kommunistische Weltbewegung hatte seinerzeit dieses Problem zwar erkannt, doch der Schwerpunkt der Auseinandersetzungen galt dem „klassischen“ Faschismus in Deutschland und Italien. Zu recht, denn der war der gefährlichste und an der Macht.

Die faschistischen Gruppierungen in Osteuropa hingegen galten als Kopie, vor allem des italienischen Faschismus. Und es gab sehr viele davon, doch keine von ihnen ist als Partei allein an die Spitze gelangt.

Nur in den baltischen Republiken waren seit 1926 bzw. 1934 extreme Nationalisten an der Macht, die sich zu faschistischen Parteien entwickelten. Doch das geschah zumeist nach der Formulierung der Dimitroffschen Faschismus-Definition. Hinzu kommt, daß die regierenden faschistischen Parteien im Baltikum qualitativ weit vom deutschen und italienischen Regime entfernt waren. Dennoch gab es hierbei mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede.

Zudem war es für Moskau nicht unwichtig, daß die Balten keine extrem antisowjetische Außenpolitik betrieben, sich nicht in Bündnisse gegen die Sowjetunion hineinziehen ließen und zur UdSSR sachliche, sogar annähernd freundschaftliche Beziehungen (Litauen) hatten.

Dabei ist den sowjetischen und KOMINTERN-Genossen entgangen, daß gerade im Baltikum, im Gegensatz zu Osteuropa, einzelne faschistische Parteien an der Macht waren und ihren Staaten ein faschistisches Gepräge gaben.

Sonst war es den osteuropäischen Faschisten in keinem Land gelungen, allein bis zur deutschfaschistischen Okkupation die Macht zu erringen. Erst mit der Zerschlagung der ČSR und Jugoslawiens kamen die slowakischen (Hlinka-Garde) und kroatischen (Ustascha) und mit der deutschen Besetzung Ungarns die ungarischen Faschisten (Pfeilkreuzler) an die Macht.

Das verleitete die heutigen Herrschenden zu der Behauptung, daß es sich in Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, der Tschechoslowakei, Griechenland und Jugoslawien um bürgerlich-demokratische Staaten gehandelt hätte.

Das trifft nach westeuropäischem Konsens für die gesamte Zwischenkriegszeit aber nur für die ČSR zu.

Doch hier muß man differenzieren: Der Mai-Umsturz in Polen 1926 wurde auch von Kommunisten und Sozialdemokraten mitgetragen und richtete sich gegen die faschistoide Nationaldemokratie. Aus der entwickelte sich das faschistische nationalradikale Lager. Piłsudski errichtete eine de facto Militärdiktatur (Sanacja), hielt sich aber prinzipiell an die bürgerlich-parlamentarischen Spielregeln, schützte die jüdische Minderheit und bekämpfte die Faschisten. In seinem Parlament gab es nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Kommunisten. Vor Piłsudski wurden unter den

Nationaldemokraten Kommunisten durch Gerichtsurteile hingerichtet, bei ihm kein einziger!

Jene osteuropäischen Staaten wurden nach westlichen Kriterien von autoritären Regierungen geführt. Mit dieser unklaren Zuordnung wurde aber verwischt, daß auch hier offene faschistische Diktaturen errichtet worden waren (Bulgarien 1923, Jugoslawien 1929, Rumänien 1940, und Griechenland 1925 und 1936).

Wer sich in seiner Faschismus-Analyse allein an Deutschland und Italien orientiert, wird kaum in das Wesen der osteuropäischen faschistoiden und faschistischen Regime und der heutigen Ukraine eindringen können.

In Osteuropa gab es gegenüber Westeuropa gravierende Unterschiede, die die Machtentfaltung einzelner faschistischer Parteien behinderten: Alle diese Länder hatten erst im 19./Anfang des 20. Jahrhunderts ihre nationale Unabhängigkeit erringen können. Damit verbunden war die Existenz eines tiefsitzenden Nationalismus einer unterdrückten Nation, der sich dann als Staatsdoktrin zum reaktionären Nationalismus einer unterdrückenden Nation entwickelte. Dieser „staatliche“ Nationalismus förderte zwar die Existenz faschistischer Bewegungen und Parteien, nahm ihnen aber letztlich den Wind aus den Segeln.

Die besagten osteuropäischen Staaten waren Agrarländer, wirtschaftlich schwach und politisch instabile konstitutionelle Monarchien, allerdings mit weit größerem Einfluß der Monarchen als in Westeuropa. Dadurch kamen besonders reaktionäre Parteigruppierungen an die Macht, die einen faschistoiden bzw. faschistischen Kurs durchsetzten.

Über die Regierungsform entschieden in der Regel weniger Großunternehmer, sondern vorrangig Großgrundbesitzer, reiche Bauern und Vertreter des Finanzkapitals. In Ungarn waren es zudem noch eine zahlenmäßig starke adlige Intelligenzschicht, im Baltikum Groß- und wohlhabende Bauern. Die gesellschaftlich einflussreichste politisch-ideologische Stütze der osteuropäischen Reaktion war die etablierte, die des Faschismus zumeist die nichtetablierte Intelligenz.

Für die polnische Ukraine trifft vor allem das letzte zu. Den wenigen Angehörigen der Intelligenz wurde eine Aufnahme in den Öffentlichen Dienst verweigert. Sie waren gezwungen, schlecht bezahlte Stellen anzunehmen, die sie aber den ärmeren Klassen näherbrachte. Hier hatten es die Faschisten verstanden, unter dem Banner des Nationalismus den berechtigten ukrainischen nationalen und sozialen Befreiungskampf vor allem unter den Bauern und in einer paramilitärischen Form wirksam für sich dienstbar zu machen.

Nicht zu vergessen die Rolle der Mehrheitskonfessionen. Die unierte-katholische Kirche der polnischen Westukraine war ideologisch und organisatorisch die Brutstätte des ukrainischen Faschismus.

Die polnische katholische Kirche unterstützte lange Zeit die faschistoiden Nationaldemokraten gegen Piłsudski. Die ungarische katholische Kirche war eine stabile Stütze des faschistoiden

Staates, die slowakische katholische Kirche hingegen wurde sogar Träger des Faschismus mit eigenen Kadern (Hlinka, Tiso).

Diese Klassen und Schichten hatten in der Armee, in Schutz- und Sicherheitsorganen ihre Angehörigen konzentriert und somit ein enormes Machtmittel. In diesen Ländern verfügte die Armee, die sich im Unabhängigkeitskampf (Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien) bzw. Niederschlagung sozialistischer Revolutionen (Ungarn, Litauen, Estland, Lettland) hervorgetan hatte, über eine große Autorität.

Diese politischen Konstellationen waren ausreichend genug, um den Charakter der bürgerlichen Diktatur zu bestimmen und faschistischen Parteien den Zugang zur Macht zu versperren.

Besonders in Ungarn wurde nach der Niederschlagung der sozialistischen Räterepublik eine Herrschaftsform unter Horthy etabliert, die von einer permanenten Faschisierung geprägt war, aber der offenen faschistischen Diktatur nur „ähnlich, nicht deckungsgleich und in abgemilderter Form“, also faschistoid war. Zur Charakteristik faschistoider Regime gehört: starke Eingrenzung bzw. de facto Abschaffung staatsbürgerlicher Rechte und Freiheiten, Medienzensur und Gleichschaltung, Propaganda eines extremen Nationalismus als Staatsdoktrin, Terror gegen die Arbeiterbewegung, vor allem Kommunisten, Massenmord an Kommunisten (Baltikum, Ungarn), Sondergesetzgebung, brutale Unterdrückung der bürgerlich-demokratischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition bei gleichzeitiger Beibehaltung von Formen und Resten des Parlamentarismus usw.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, dem Holocaust und der Annäherung der USA an Israel konnten in der bürgerlichen Geschichtsschreibung diese Kriterien erweitert und konkretisiert werden. Das begünstigte auch die sozialistische Geschichtsschreibung: Mit dem staatlich sanktionierten Antisemitismus sowie juristischer Diskriminierung der jüdischen und anderen nationalen Minderheiten wird das bürgerliche Gleichheitsprinzip abgeschafft und somit das Fundament bürgerlich-demokratischer Verfassungen. Damit gilt ein Staat nicht mehr als demokratisch, sondern, je nach Entwicklung, als faschistoid oder faschistisch: Im Baltikum wurden zwischen 1927 und 1934 die Rechte der jüdischen Bevölkerung per Gesetz abgeschafft, in Rumänien wurden lange vor Errichtung der faschistischen Diktatur 1940 besonders strenge antijüdische Gesetze erlassen, in Bulgarien Rassegesetze erst 1940. Vorreiter war auch hier Ungarn, wo Antisemitismus offizielle Staatsideologie war, zahlreiche Gesetze hierzu erlassen und 1941 faktisch die Nürnberger Gesetze eingeführt worden waren.

Wie ist die heutige Ukraine angesichts dessen einzuordnen?

Das Kiewer Regime symbolisiert den über 30 Jahre andauernden Abschluß der antisozialistisch-antisowjetischen bürgerlichen Konterrevolution. Die Ukraine ist ein faschistoider Staat, der teilweise die Grenze zum offenen Faschismus überschritten hat.

Obwohl es bisher keinen staatlich sanktionierten Antisemitismus gibt, ist die Ideologie der ukrainischen Faschisten (Organisation Ukrainischer Nationalisten OUN) weitgehend Staatsdoktrin. Die jüdische Herkunft des Präsidenten (Selenski) und des Ministerpräsidenten (Jawseniuk) hat hierbei reine Tarnfunktion, um den faschistoiden Charakter vor allem gegenüber den USA, wo viele Juden leben, zu verschleiern und unter der unkundigen westlichen Intelligenz Sympathisanten und massive politische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung zu erhalten. Hierbei spielt auch eine Rolle, daß sich besonders unter den ukrainischen Juden hochqualifizierte Personen befinden, die mit ihren Manieren massenwirksam auch im Westen Eindruck machen können.

Eindeutiger sind andere Kriterien: Der Euro-maidan-Umsturz 2014 war ein gewaltsamer, verfassungswidriger Putsch gegen eine demokratisch legitimierte Regierung und einen gewählten Präsidenten mit Hilfe faschistischer bewaffneter Organisationen (Westukraine, Kiew, Versuch in der Ostukraine). Selbst nach westlicher Lesart wären die nachfolgenden Führungen daher nicht demokratisch legitimiert gewesen.

Der ukrainische Nationalismus der OUN in seiner faschistischen Ausprägung ist Staatsideologie, ohne daß faschistische Parteien direkt an der Regierung sind (wie in Osteuropa zwischen den Kriegen), auch durchgesetzt in der Volksbildung und den Streitkräften.

Die Führer der ukrainischen Faschisten wurden zu Nationalhelden erklärt, die OUN und UPA nicht nur rehabilitiert, sondern glorifiziert, denen zahlreiche Benennungen und Ehrungen folgten. Der faschistische OUN-Gruß

„Slawa Ukraini“ wurde staatlich eingeführt. Zeremoniell. Hier sind Mitglieder faschistischer Parteien bewaffnet und integraler Bestandteil der regulären Streitkräfte. Faschistische Symbole werden auch von anderen Armeeeingetragenen getragen. Die faschistische Ideologie ist politischer Standard in der Traditionspflege aller bewaffneter Organe.

Durch eine gewaltsam durchgesetzte faschistische Gleichschaltung aller öffentlichen Medien, wie sie es nur in Deutschland und Italien gegeben hatte, verfügt das Kiewer Regime über ein Informationsmonopol, das selbst in den faschistoiden Staaten Osteuropas seinesgleichen sucht.

Mit der Eliminierung und Verbot aller Oppositionsparteien, die immerhin gewählt worden waren, ist der bürgerliche Parlamentarismus abgeschafft. So etwas hatte es in der Zwischenkriegszeit in ganz Osteuropa nicht gegeben. Hier wurden allein Kommunisten entfernt.

Damit wurde die Grenze zum offenen Faschismus überschritten, denn allein in Deutschland und Italien wurde derartiges praktiziert.

Eine dermaßen massive nicht legitimierte Gewaltanwendung (Terror) gegen oppositionelle, bürgerliche und antifaschistische Medien mit Toten und Verletzten und deren Verbot gab es nur in Nazideutschland und Italien. Nicht nur damit wurden die Prinzipien des bürgerlichen Rechtsstaates ausgehebelt.

Das betrifft auch das terroristische Vorgehen gegen Andersdenkende durch faschistische Organisationen (Odessa), die durch das Regime initiiert und geduldet werden und somit außerhalb bürgerlicher Rechtsnormen stehen. Durch die Beseitigung der sowjetischen Erinnerungskultur über den Großen

Vaterländischen Krieg und die Rehabilitierung der OUN/UPA und ihrer Führer wurde der nationale antifaschistische Konsens zugunsten seines Gegenteils offiziell aufgekündigt. Die Beseitigung aller eigenen (sowjetukrainischen) Kriegsdenkmäler, Straßen- und Institutsbenennungen dient der faschistoiden Manipulation der Bevölkerung.

Eindeutig faschistoiden Charakter tragen die Maßnahmen gegen die russische Minderheit. Hierbei wird versucht, eine jahrhundertelange kulturelle Entwicklung auszulöschen. Es geht dabei nicht allein um die Sprache, sondern auch um die gewachsene russische Kultur, an der das ukrainische Volk partizipieren konnte. Alles, was mit Rußland verbunden ist, soll verboten oder zurückgedrängt werden, von der zweiten Landessprache, Denkmälern bis zu Straßenumbenennungen russischer Schriftsteller, Künstler usw. Das betrifft nicht nur die ukrainischen Russen, sondern insgesamt ein Drittel aller Staatsbürger wie die 100 nationalen Minderheiten (Belorussen, Rumänen/Moldauer und Ungarn u.a.), für die Russisch Integrations- und oft auch Muttersprache ist. Die meisten Ukrainer sind zweisprachig, etwa 20 % von ihnen Russisch-Muttersprachler.

Die Vertreter nationaler Minderheiten sollen auch von politischen und staatlichen Funktionen ausgeschlossen werden. Dagegen sind sogar EU-Institutionen, was allerdings kaum bekannt ist.

Wer angesichts dieser Tatsachen von der Verteidigung demokratischer Werte in der Ukraine spricht, geht entweder den Roßtäuschern auf den Leim oder stellt sich bewußt auf deren Seite.

Dr. Holger Michael

KOSTÜMWECHSEL ZU GURKENGGRÜN

Die Uniform aus, und die Kampfmontur an!
Und munter hinein ins Kriegsgetümmel!
Was fingen wir sonst mit der Freizeit an.
Auf, auf, gegen Putins Russenlummel!

Die NATO gewährt gern den „Urlaub auf Zeit“:
Achttausend Söldner aus sechzig Ländern.
Gemäß des Kommandos: „Zum Sterben bereit!“,
Sollen nun helfen, den Frontstand zu ändern.

Selensky ist Mode, Wolodymyr Kult.
Er ist des Westblocks grünes Maskottchen:
Standing Ovations, blaugelb jedes Pult,
Olivgrün nun auch fürs Kiewer Lottchen?

Washingtons Marionettenstatist,
Werbegerecht in Szene gesetzt,
Waffengefüttert mit Ewigkeitsfrist.
Im Wunschtraum bereits den Kreml besetzt.

Eskalierangst geht um, vor Superkrieg drei.
Die Weltzeituhr zeigt: Nur neunzig Sekunden!
Das ist verdammt kurz. Vorbei ist vorbei!
Das heiße: Die Welt für immer verschwunden.

Kein Lebenshauch mehr, kein Icke und Dette.
Auch Bundestag futsch, nicht einmal Skelette!

Lutz Jahoda, 12.3.23



Die USA und die EU finanzieren die Nazi-Verherrlichung in der Ukraine

Vor 80 Jahren, im Jahr 1943, wurde Kiew, die Hauptstadt der Ukraine, von den Truppen der Roten Armee unter der Führung von General Nikolai Watutin von der Nazi-Besatzung befreit. Kurz nach der Befreiung von Kiew starb General Watutin an den Folgen einer Verwundung, die er in einem Hinterhalt von ukrainischen Nazi-Kollaborateuren der OUN – der Organisation Ukrainischer Nationalisten – erlitten hatte. Im Jahr 1944 wurde er in einem der zentralen Parks von Kiew, das er befreit hatte, beigesetzt. Auf seinem Grab wurde ein Denkmal mit der Inschrift errichtet: „Für General Watutin vom ukrainischen Volk“.

Der General galt zu recht als Held; an seinem Denkmal lagen stets Blumen der Kiewer Bevölkerung. Und nun, im Jahr des 80. Jahrestages der Befreiung von Kiew, wurde das Watutin-Denkmal abgerissen.

Die Zerstörung von Denkmälern für die Soldaten der Roten Armee, die die Ukraine und Europa vom Faschismus befreit haben, ist, wie z. B. in Czernowitz und Riwne, im ganzen Land im Gange.

Das betrifft auch Denkmäler für den Dichter Alexander Puschkin, die Schriftsteller Nikolai Ostrowski und Maxim Gorki, den Testpiloten Waleri Tschkalow und viele andere. Darüber hinaus wurden seit 2014 mehr als 1000 Siedlungen und mehr als 50 000 Straßen umbenannt. Allein in Kiew betraf das im vergangenen Jahr 237 Straßen, Plätze, Alleen und Boulevards, was die Behörden unter Leitung des Bürgermeisters Vitali Klitschko stolz vermeldeten. Das ist dieselbe Regierung, die neun Jahre lang seit 2014, als Klitschko zum ersten Mal Bürgermeister wurde, nicht in der Lage war, eine einzige neue Metrostation, ein einziges neues medizinisches Zentrum, einen einzigen neuen Campus oder einen einzigen Abfallverwertungskomplex zu bauen.

Es gab keine Volksabstimmungen, keine Abstimmungen der Anwohner zu diesem Thema, niemand hat sie nach ihrer Meinung gefragt. Im Gegenteil, soziologische Umfragen haben in den wenigen Fällen, in denen sie durchgeführt wurden, fast immer gezeigt, daß die Bürger mit der Umbenennung nicht einverstanden waren. Im Falle der Umbenennung des regionalen Zentrums Kirowograd vor einigen Jahren, das vor fast 90 Jahren zu Ehren des berühmten sowjetischen Staatsmannes Sergej Kirow so benannt wurde, sprach sich beispielsweise die absolute Mehrheit der Stadtbevölkerung – 82 Prozent – gegen die Entscheidung aus, die Stadt in „Kropywnytsky“ umzubenennen.

Die Allee des Generals Watutin, des Befreiers von Kiew, wurde umbenannt „zu Ehren“ des ukrainischen Nazi-Kollaborateurs Roman Schuchewytsch. Dieser gehörte zur Zeit des Angriffs Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 dem Bataillon Nachtigall an, einer Unterabteilung der Abwehr (militärischer Nachrichtendienst der Wehrmacht), die aus ukrainischen Nazi-Kollaborateuren bestand.

Die Moskauer Allee in Kiew wurde in Stepan-Bandera-Allee umbenannt – einem weiteren ukrainischen Nazi-Kollaborateur und Führer der OUN (b) – der Organisation Ukrainischer Nationalisten, die während des Zweiten Weltkriegs nicht nur durch die Zusammenarbeit mit den deutschen Nazis, sondern auch durch den Völkermord an der polnischen und jüdischen Bevölkerung „Berühmtheit“ erlangte.



Quelle: pikabu.ru

Der Druschby-Narodow-Boulevard in Kiew wurde in Mykola-Michnowskij-Boulevard umbenannt, nach einem der Schöpfer der Ideologie des ukrainischen Nationalismus und Verfasser des chauvinistischen Slogans „Ukraine den Ukrainern“.

Und die Straße, die den Namen des sowjetischen Militärführers, des ukrainischen Marschalls Malinowski, trug, wurde in „Straße der Helden des Asow-Regiments“ umbenannt – einer heute aktiven Militäreinheit in der Ukraine, deren Emblem die „Wolfsangel“ ist – ein Nazi-Emblem, das insbesondere von Einheiten der SS verwendet wurde.

Etwa zur gleichen Zeit, als das Denkmal für General Watutin abgerissen wurde, erhielt die Zehnte Gebirgsjägerbrigade der ukrainischen Streitkräfte offiziell den Namen „Edelweiß“. Während des Zweiten Weltkriegs war dies der Name der Ersten Gebirgsinfanterie-Division der Streitkräfte des faschistischen Deutschlands, die an der Deportation von Juden, der Erschießung von Kriegsgefangenen und an Straftatungen gegen die Partisanen in Jugoslawien, Italien, der Tschechoslowakei und Griechenland beteiligt war. Totenkopfabzeichen, die sich praktisch nicht von den Emblemen der SS-Division „Totenkopf“ und anderer Nazi-Einheiten unterscheiden, werden nicht nur von vielen Militärangehörigen der Streitkräfte der Ukraine, sondern auch vom Oberbefehlshaber offen getragen.

Die derzeitige Regierung in der Ukraine ist dabei, alles zu zerstören, was irgendwie mit Rußland zu tun hat, zu dem der größte Teil der Ukraine jahrhundertlang gehörte, und mit der 70 Jahre währenden sowjetischen Periode in der Geschichte der Ukraine. So wurden beispielsweise Straßen, die nach Karl Marx und Friedrich Engels benannt waren, umbenannt, Denkmäler für sie wurden abgerissen.

Sozialistische und kommunistische Symbole wie die rote Fahne sind verboten. Auch das Abspielen der „Internationale“ ist untersagt. Ebenso sind alle linken Parteien in der Ukraine verboten, einschließlich die Union der Linken Kräfte – Für einen neuen Sozialismus, der ich vorstehe.

Linke Aktivisten werden verfolgt und inhaftiert. Der Neonazismus wurde zum Bestandteil staatlicher Politik und zur vorherrschenden Ideologie. Alle Institutionen und Unternehmen müssen ihre Dokumente ändern, neue Siegel und Stempel bestellen, neue Hinweisschilder an den Straßen, den Eingängen zu den Siedlungen und den Wegen in der gesamten Ukraine müssen angebracht werden. Viele Institutionen müssen mit neuen Karten und Atlanten ausgestattet werden, und zwar nicht nur für die umbenannte Stadt, sondern für das ganze Land. So kostete beispielsweise die Umbenennung einer einzigen Stadt von Zhdanov in Mariupol rund 24 Millionen Euro. Die gesamte Welle der Umbenennung von Städten, Straßen und Plätzen und des

Abrisses von Denkmälern kostete nach vorsichtigsten Schätzungen mehr als eine Milliarde Euro!

Und das passiert in einem der ärmsten Länder Europas, noch dazu in einem Land, das sich im Krieg befindet – in einem Land, in dem in diesem Jahr mehr als 60 Prozent der staatlichen Haushaltseinnahmen aus dem Ausland stammen: hauptsächlich aus den EU-Ländern und den Vereinigten Staaten. Es ist das Geld der europäischen und amerikanischen Steuerzahler, das u.a. für eine gewaltige Umbenennungsaktion in der Ukraine, bei der Nazi-Kollaborateure und fanatische Antisemiten wie Bandera oder Neonazis wie das Asow-Regiment wieder zu öffentlicher „Ehrung“ gelangen.

Maxim Goldarb

Zum Autor:

Maxim Goldarb ist aktuell Vorsitzender der „Union der linken Kräfte – Für einen neuen Sozialismus“ und war vor dem Maidan-Putsch leitender Rechnungsprüfer und Kontrolleur der Finanzen des ukrainischen Verteidigungsministeriums.

Die 2007 gegründete ukrainische Oppositionspartei, die sich am Demokratischen Sozialismus orientierte und u.a. zum Ziel hatte, die Ausufernde Privatisierung strategischer Staatsunternehmen sowie den Verkauf landwirtschaftlicher Flächen an ausländische Großkonzerne zu stoppen, setzte sich auch für Russisch als zweite Amtssprache ein. Diese Ziele reichten aus, daß die Partei zusammen mit weiteren linken Parteien am 17. Juni 2022 verboten und ihr gesamtes Vermögen enteignet wurde. Einige ihrer Führungspersonlichkeiten wurden in den letzten Monaten entführt und gelten seitdem, wie beispielsweise der Parteigründer Wassilij Wolga, als spurlos verschwunden.

Quelle: globalbridge, 13.3.23

Am Tag des Sieges gegen den Faschismus: Nazi-Trompeten?

Der 9. Mai kann nicht einfach ein weiteres Datum im Kalender sein. Wenn sich die Menschheit in das Labyrinth des Vergessens verirrt, in dem die Trompeten der faschistischen Apokalypse ertönen, wird sie es dieses Mal nicht überleben.

Am 9. Mai 1945 kapitulierte Nazi-Deutschland bedingungslos vor dem sowjetischen und alliierten militärischen Oberkommando und sicherte damit die Niederlage der faschistischen Achsenmächte auf dem europäischen Schauplatz.

Nach sechs Jahren des Weltenbrandes, an dem 61 Staaten beteiligt waren, der fast alle Regionen der Welt erfasste und Millionen von Menschen das Leben kostete, schien es, als würde die faschistische Schlange nie wieder ihr Haupt erheben. Schmerz, Leid und Tod waren das Vermächtnis dieser Erfahrung. Millionen von Menschen fielen den Konzentrationslagern des Dritten Reiches zum Opfer, die dazu bestimmt waren, zu töten, die Seele der Menschen zu brechen und die Welt in ein großes, arisch dominiertes Landgut zu verwandeln, in dem

die sogenannten minderwertigen Rassen als Sklaven arbeiten sollten.

Sowjetische Kriegsgefangene, Kommunisten, Mitglieder nationaler Widerstandsgruppen, polnische und sowjetische Zivilisten, Juden, Roma, Zeugen Jehovas und Homosexuelle waren die Hauptziele der Barbarei.

In Auschwitz-Birkenau, Belzec, Chelmno (Kulmhof), Majdanek, Sobibor, Treblinka usw. standen die Gaskammern nie still; der Rauch der Krematorien kündigte das tödliche Schicksal der Opfer von Entmenschlichung und Wahnsinn an. Die Nazi-Maschinerie stellte mit einer makabren Effizienz Kompost aus der Asche der Verstorbenen her, und obwohl es schrecklich und unvorstellbar erscheint, wurde aus dem Fett Seife hergestellt, wurden die Haut, die Haare, die Knochen, die goldenen und silbernen Prothesen verwendet.

Es ist keine Horrorgeschichte, es ist der Faschismus, der unter dem Schutz von Ehrgeiz, Antikommunismus, Hass und den stets unkontrollierbaren Gelüsten des Kapitalismus gedieh, geboren aus der Unwissenheit und

Entmenschlichung breiter Schichten „kultivierter“ Nationen, mobilisiert durch Fremdenfeindlichkeit, Angst und „klug“ eingesetzter Propaganda.

Es schien, als sei die Bestie für immer ausgerottet worden. Doch die Eier der Schlange wurden im Schoß der Rache und des Vergessens ausgebrütet.

Der Faschismus wird aus der generativen Matrix wiedergeboren und erhebt sein Haupt angesichts der Komplizenschaft der gleichen Alten, die aus Duldsamkeit und Bequemlichkeit erneut die Vogel-Strauß-Politik betreiben. Sie führen ihre Flaggen vor und singen ihre alten Haßlieder, reißen die Denkmäler des Kampfes gegen den Faschismus nieder, schreiben die Geschichte um, indem sie seelenlose Schlächter zu Helden machen, während sie den Rest der Menschheit im Namen einer „ethnischen Überlegenheit“ bedrohen, deren Vertreter sie zu sein glauben.

Raúl Antonio Capote

Quelle: *internet@granma.cu*, 9.5.23

Sind die ehemaligen Sowjetrepubliken souveräne Staaten?

Der chinesische Botschafter in Frankreich, Lu Shaye, nahm an einer politischen Sendung des französischen Sender LCI teil. Ihm wurde von dem Fernsehmoderator die Frage nach dem Rechtsstatus der Krim gestellt. Der chinesische Botschafter verzichtete auf diplomatische Feinheiten und sprach Klartext. Er erklärte, daß die Halbinsel Krim zu Rußland gehöre, weil sie schon immer russisch gewesen sei. In seinen Ausführungen erinnerte er daran, daß die Halbinsel vom sowjetischen Staatschef Nikita Chruschtschow an die Ukraine 1954 übertragen wurde. Es handelte sich um eine innersowjetische Entscheidung. Die Zuordnung der Krim an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik durch Chruschtschow war kein Willkürakt, sondern hatte sowohl wirtschaftliche wie politische Gründe. Außerdem konnte die UdSSR davon ausgehen, daß das Unionskonstrukt langfristig und dauerhaft bestehen bleibt.

Der chinesische Botschafter unterstrich nochmals: „Das ist Geschichte. Die Krim war ursprünglich ein Teil Rußlands. Es war Chruschtschow, der die Krim der Ukraine anbot, aber unter der Sowjetunion.“¹

Auf eine Intervention des Moderators, daß die von Rußland seit 2014 besetzte Schwarzmeerhalbinsel völkerrechtlich ein Teil der

Ukraine sei, antwortete Shaye, daß die post-sowjetischen Republiken keinen „effektiven Status im internationalen Recht“ hätten, da es kein internationales Abkommen gebe, das „ihren Status als souveränes Land materialisiert.“² Das bedeutet, daß keine völkerrechtlichen Regelungen zur Souveränität, zu den Grenzen und anderes mehr bestehen. Rußland trat im Zusammenhang mit dem Zerfall der Sowjetunion die Rechtsnachfolge der UdSSR an.

Dieser Aspekt ist mit Sicherheit dem französischen Außenministerium nicht unbekannt, auch wenn die Sprecherin des Ministeriums ihr Unverständnis und ihre Solidarität mit allen betroffenen Partnern bekundet.³

Die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Mao Ning, informierte über die Position Chinas. Sie sei „beständig und klar“, sagte die Sprecherin. „China respektiert den souveränen Status der früheren Sowjetrepubliken nach der Auflösung der Sowjetunion.“ Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) meinte dazu, daß die Sprecherin damit de facto Abstand von den Äußerungen des Botschafters Lu Shaye genommen habe, ohne diese allerdings dezidiert als falsch zu

bezeichnen.⁴ Der Sachverhalt des fehlenden internationalen Abkommens zum Status der ehemaligen Sowjetrepubliken wird somit nicht infrage gestellt. Das hat sogar das ZDF richtig erkannt.

Die Empörung in den EU-Staaten ist groß. Selbst der EU-Außenbeauftragte, Josep Borrell, hatte die Worte des Botschafters schon am Sonntag (23.4.2023) „inakzeptabel“ genannt.⁵ Was er auch immer damit meint – er hat keine schlüssige völkerrechtliche Gegenargumentation geliefert.

Michael Roth (SPD), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, hat mit anderen Abgeordneten sogar von Frankreich gefordert, den chinesischen Botschafter auszuweisen.⁶ Allein dieser Vorgang zeigt, daß ein Politologe kein Verständnis für Völkerrecht haben muß – einmal abgesehen von der Einmischung in innere Angelegenheiten eines anderen Staates.

Dr. Ulrich Sommerfeld

1 <https://test.rtde.tech/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

2 <https://test.rtde.tech/international/131481-liveticker-ukraine-krieg/>

3 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/lettland-litauen-estland-china-101.html>

4 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/china-baltenstaaten-botschafter-frankreich-100.html>

5 <https://www.sueddeutsche.de/politik/china-ukraine-paris-lu-shaye-ukraine-botschafter-ex-sowjetrepubliken-1.5818922>

6 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/china-baltenstaaten-botschafter-frankreich-100.html>

Bergkarabach/Arzach – Die Doppelmoral der EU

In der frühen Neuzeit gehörte das heutige Bergkarabach zu Persien. Wie ihre Vorgänger waren jedoch auch die persischen Herrscher klug genug, der regionalen armenischen Aristokratie weitgehend Autonomie zu gewähren. Nachdem die persische Dominanz bereits seit Beginn des 18. Jahrhunderts sowohl durch das Osmanische Reich als auch durch das aufstrebende Zarenreich bedroht wurde, fiel Bergkarabach 1805 endgültig an Rußland. Schon Katharina II. hatte den armenischen Bewohnern der Region Handelsprivilegien erteilt. Nun wurden sie auch bei der Besetzung von Beamtenstellen bevorzugt. Dies alles führte zu wachsendem Mißtrauen und Neid, die bereits seit 1896 immer wieder in kriegerischen Auseinandersetzungen mündeten. Im März 1918 entluden sich die Spannungen in Pogromen gegen Aserbajdschaner; die Folge waren Pogrome in Baku und Schuscha, denen mehr als 30 000 Armenier zum Opfer fielen.

1918 erklärten sowohl Armenien als auch Aserbajdschan erstens ihre Unabhängigkeit von Rußland und zweitens ihren Anspruch auf Bergkarabach. Nach blutigen Kämpfen kam es am 22.8.1919 zu einem provisorischen Abkommen, das Aserbajdschan unter der Bedingung, den dort lebenden Armeniern kulturelle und administrative Autonomie zu garantieren, die gesamte Region Karabach zusprach. Wenige Monate später wurden die Sozialistischen Sowjetrepubliken Armenien und Aserbajdschan ausgerufen. In der Folge wurde Bergkarabach als Autonomer Oblast in die Aserbajdschanische SSR integriert.

Parallel zu der zunehmenden Schwächung der Moskauer Zentralgewalt in den 80er Jahren kam es in Bergkarabach zum Erstarken nationalistischer Strömungen. Seit dem 12.2.1988 fanden in Stepanakert und anderen Teilen Bergkarabachs Massendemonstrationen statt, in deren Verlauf etwa 4000 Aseri vertrieben wurden. Das Pogrom von Kirowabad, bei dem im November 1988 130 Armenier getötet und mehr als 200 verwundet wurden, bildete den vorläufigen Höhepunkt der blutigen Auseinandersetzungen. Etwa 188 000 Menschen lebten zu diesem Zeitpunkt in Bergkarabach. Die meisten von ihnen (73,5 %) waren Armenier, 25,3 % Aserbajdschaner. In den folgenden Monaten spielte sich hier, unbemerkt vom Rest der Welt, ein Flüchtlingsdrama ab: Mehr als 180 000 Armenier flohen aus Aserbajdschan und ca. 100 000 Aseri aus Armenien.

In der ersten Januarhälfte 1990 wurden bei antiarmenischen Pogromen in Bau, Xanlar, Schahumjan und Länkaran mehr als 90 Menschen getötet. Als in Baku am 20. Januar zum Generalstreik aufgerufen wurde, schickte Moskau Panzer in die Stadt. Die bittere Bilanz: 150 Tote und etwa 500 000 Flüchtlinge, vor allem Russen und Armenier. Wenige Monate später zerbrach die Sowjetunion. Am 3.9.1991, kurz nachdem sich Armenien und Aserbajdschan aus dem Staatenbund gelöst hatten, erklärte die Republik Bergkarabach sich für unabhängig. Die folgenden Monate gleichen einer Chronologie des Grauens: Armenische

Freischärlerverbände ermordeten in der Nacht vom 26. zum 27.2.1992 in Chodschale mehrere hundert Menschen – verübten aserbajdschanische Truppen am 10. April in Maraga ein Massaker, bei dem mindestens 45 Armenier starben; 100 Frauen und Kinder wurden entführt. Im März 1992 drangen armenische Milizen in große Teile Bergkarabachs und angrenzende Gebiete ein.

Das Unabhängigkeitsbestreben der mehrheitlich armenischen Republik Bergkarabach wurde von Armenien unterstützt, während Aserbajdschan neben türkischer Unterstützung auch auf die tschetschenischen Einheiten unter dem Kommando von Schamil Bassajew zählen konnte. Zwei Jahre sollte es dauern, ehe am 12. Mai 1994 ein Waffenstillstandsabkommen in Kraft trat. Armenien und die Republik Bergkarabach hatten ihre Ziele erreicht: Große Teile der (geografischen) Region Bergkarabach und mehrere angrenzende, ursprünglich aserbajdschanische Bezirke standen unter ihrer Kontrolle, doch um welchen Preis? Mehr als 1,1 Millionen Aseri und Armenier waren zu Flüchtlingen geworden, zwischen 25 000 und 50 000 Menschen hatten ihr Leben verloren.¹ Sollte nun, nach all dem Blutvergießen, endlich Frieden einkehren? Nein! Zu tief waren die Wunden, die der Krieg gerissen hatte – nicht nur in der Region Bergkarabach. Angst und Mißtrauen waren allgegenwärtig. Im März und Juli 1994 starben bei zwei Bombenanschlägen in der Bakuer Metro 20 Menschen.

Und die Republik Bergkarabach? Die mit dem Waffenstillstand verbundenen Hoffnungen wurden bitter enttäuscht, auch und vor allem „Dank“ der Haltung der UN, die Bergkarabach nach wie vor als Bestandteil Aserbajdschans sieht.² Im Juli 2020 war es soweit, doch diesmal waren die Ausgangsbedingungen gänzlich anders als zu Beginn der 90er Jahre. Aserbajdschan hatte stark aufgerüstet und konnte sich auf türkische Unterstützung verlassen. Armenien stand auch diesmal auf Seiten Arzachs, doch es war von Anfang an ein ungleicher Kampf, in dessen Verlauf es Aserbajdschan gelang, etwa ein Drittel des Territoriums der Republik Arzach zu erobern. Die Kämpfe waren Anfang Juli an der armenisch-aserbajdschanischen Grenze nordwestlich der Region Bergkarabach aufgeflammt; zum offenen Krieg kam es am 27. September. Zwar beschuldigten sich beide Seiten gegenseitig, tatsächlich aber konnte nur Aserbajdschan ein Interesse an einem erneuten Kriegsausbruch haben. Armenien hatte sein Ziel, die Loslösung Bergkarabachs von Aserbajdschan, bereits 1994 erreicht, während Aserbajdschan die Region nach wie vor als Teil seines Territoriums ansah. Der Zeitpunkt

hätte günstiger nicht sein können: Die Türkei stellte sich offen auf die Seite Aserbajdschans, während der „Rest der Welt“ mit sich selbst beschäftigt war – Amerika zerfleischte sich in der heißen Phase des Präsidentschaftswahlkampfes, die EU lag im Covid-Koma.

Bereits wenige Tage nach Beginn der aserbajdschanischen Offensive war klar, daß Armenien und Arzach auf verlorenem Posten standen. Um den Konflikt zu beenden, schlug der armenische Präsident Paschinjan den Einsatz russischer Friedenstruppen vor, doch davon wollte Aserbajdschan nichts wissen. Wochenlang blutige Kämpfe folgten. Die Zeit drängte, denn der Winter stand vor der Tür. Vor allem ab dem 5.11. setzte Baku daher verstärkte Panzereinheiten, Luftwaffe und Drohnen ein. Dorf um Dorf, Stadt um Stadt wurden erobert; der endgültige Zusammenbruch Arzachs war nur noch eine Frage der Zeit. Die russischen Streitkräfte hielten sich in dieser Zeit auffällig zurück und griffen erst in den letzten Tagen ein, indem sie die Luftaufklärung der Aserbajdschaner über armenischem Gebiet störten. Zur gleichen Zeit wurde unter aktiver Mitwirkung Rußlands fieberhaft an einem Waffenstillstandsabkommen gearbeitet. Am 9.11.2020 unterzeichneten die Präsidenten Rußlands und Aserbajdschans sowie der armenische Premierminister Paschinjan ein Waffenstillstandsabkommen. Beide Seiten verpflichteten sich, ihre aktuellen Positionen zunächst einzufrieren und nicht weiter vorzurücken. Armenien sollte schrittweise weitere Gebiete räumen. Arzach wurde auf diese Weise zu einer armenischen Exklave innerhalb des aserbajdschanischen Staatsgebiets. Die einzige Verbindung mit Armenien stellte fortan der Latschin-Korridor dar, zu dessen Freihaltung sich Aserbajdschan verpflichtet hatte. Die Durchsetzung der Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens wurde einer 1930 Mann starken russischen Friedenstruppe übertragen. Das war auch bitter nötig, denn es gab auf beiden Seiten viele Menschen, die mit dieser „Lösung“ nicht einverstanden waren. Im Ergebnis der Übergabe des Bezirks Kelbecers kam es zum Zusammenbruch des Kommunikationsnetzes in Bergkarabach, da sämtliche Kommunikationskabel nach Bergkarabach durch dieses Gebiet führten. Viel schlimmer aber waren die Opfer: 2652 arzachische und 3773 armenische Soldaten hatten ihr Leben verloren, 243 armenische Soldaten galten im März 2021 als vermißt. Hinzu kamen etwa 11 000 Verwundete. 60 Zivilisten wurden getötet, 163 verwundet. Mehr als 7000 Häuser in Arzach waren zerstört, 45 000 Menschen obdachlos geworden.

Auf aserbajdschanischer Seite sah es nicht viel besser aus: 2881 tote und 50 vermißte Soldaten, Dutzende Tote und hunderte Verwundete unter der Zivilbevölkerung sowie tausende zerstörte Häuser. Der erbitterte Streit zweier Völker hatte ein weiteres Mal unzählige Opfer gefordert. Das Waffenstillstandsabkommen vom November 2020 hatte den Krieg zwar beendet, die Ursache des Konflikts jedoch nicht beseitigt. Seit dem 12.12.2022 ist diese Situation

1 Andere Quellen sprechen von 17000 Armeniern und 25000 Aserbajdschanern. Nach dem Krieg hatten fast alle Aseri die Region Bergkarabach verlassen.

2 Arzach/Bergkarabach gehört neben Südossetien, Transnistrien und Abchasien zur Gemeinschaft nicht anerkannter Staaten.

Geschichte. Unter dem Vorwand, man wolle die Ausbeutung der in Bergkarabach gelegenen Gold- und Kupfervorkommen durch Armenien verhindern, blockieren seit diesem Tag „Umweltaktivisten“ – in Wirklichkeit handelt es sich um Angehörige des aserbaidischen Militärs – den einzigen Landweg nach Bergkarabach: den Latschin-Korridor. Die Errichtung einer Luftbrücke ist nicht möglich, da Aserbaidischan damit droht, jedes Flugobjekt über Bergkarabach abzuschleusen.³ Die Bewohner Arzachs sollen regelrecht ausgehungert werden! Lebensmittel werden bereits seit dem 20. Januar rationiert, es mangelt an Medikamenten und anderen lebenswichtigen Produkten. Das Urteil des IGH, in

dem Aserbaidischan am 23. Februar dazu aufgefordert wird, die Blockade aufzulösen, wird ignoriert.

Warum aber greifen die russischen Friedenstruppen, zu deren Aufgaben die Beobachtung des Latschin-Korridors gehört, nicht ein? Die Tatsache, daß Rußland sich in der aktuellen Lage nicht noch in einem weiteren bewaffneten Konflikt engagieren möchte, dürfte zumindest eine Rolle spielen. Das Schweigen der EU hingegen entlarvt einmal mehr die Scheinheiligkeit und Doppelmoral der maßgeblichen EU-Vertreter in Brüssel. Das kleine Armenien hat nicht viel mehr zu bieten als eine faszinierende, uralte Kultur. Aserbaidischan hingegen verfügt über reiche Erdöl- und Erdgasvorkommen. Da machen so ein paar Menschenrechtsverletzungen nichts aus!

Am 7. April erörterten die Präsidenten der Russischen Föderation und Armeniens die Lage in der Krisenregion. Das Gespräch muß für Paschinjan ernüchternd gewesen sein, denn wenige Tage später nennt er nicht nur Bedingungen für einen Frieden, sondern erklärt sich im Namen Armeniens bereit, die territoriale Integrität Aserbaidischans anzuerkennen. Die Reaktion Aliyevs läßt keinen Zweifel daran, daß das nicht nur das Ende der Republik Arzach, sondern auch den Verlust des Autonomiestatus' bedeuten würde: Die in Karabach wohnenden Armenier sollten entweder die aserbaidischische Staatsbürgerschaft annehmen, oder auswandern!

Dr. Dörte Hansen
Bischofsgrün

3 vgl. u.a. Magazin Zenith vom 4.1.2023

„Es genügt nicht, Chemiewaffen zu ächten“

Verklappte japanische Kampfstoffe fordern in China immer noch Opfer

Ein Gespräch mit Gao Xiaoyan und Ji Xuwen

Her Professor, Sie sind inzwischen 90 Jahre alt. Seit wann beschäftigen Sie sich mit ABC-Waffen?

J.: Ein ganzes Leben lang. Ich forsche an einem Armeeinstitut der Akademie.

Was genau machen Sie?

J.: Nun, ich untersuche insbesondere den Einsatz von biologischen und chemischen Waffen der Japaner im Krieg gegen China zwischen 1931 und 1945 und den Folgen.

Welchen Folgen?

J.: Die japanischen Okkupationstruppen ließen bei ihrem Rückzug ihre Mordwerkzeuge zurück. Sie verscharften das Dreckszeug im Boden, ohne es zu dokumentieren. Wir haben also keine Übersicht, wo was in chinesischer Erde liegt. Im übrigen wissen das die Japaner selbst auch nicht.

Worauf gründet dann Ihr Wissen?

J.: Seit den 80er Jahren meldeten sich beispielsweise bei uns japanische Soldaten, die an den Kriegsverbrechen beteiligt waren und uns Hinweise gaben, wo sie was vergraben oder entsorgt hatten. Und es gibt Tagebücher. Von einem japanischen Kollegen wissen wir, daß Japan zwischen 1931 und 1945 etwa 7300 Tonnen Giftgas produziert hat und dies in etwa siebeneinhalb Millionen Behältern und Granaten verfüllte. In China liegen schätzungsweise noch 300 000 bis 400 000 davon. (...) Nicht nur der Einsatz, sondern das unkontrollierte Zurücklassen dieser Massenvernichtungswaffen auf unserem Territorium werten wir als Kriegsverbrechen.

Kriegsverbrechen verübt zu haben, hat Japan bis vor wenigen Jahren bestritten. Erst 1999 schlossen Tokio und Beijing ein Regierungsabkommen, daß Japan im nordostchinesischen Harbaling (Provinz Heilongjiang) in einer Fabrik das Gift entsorgen soll. Geld und Technik kommen aus Japan, die Spezialisten aus beiden Ländern.

J.: Geplant war, daß bis 2007 die Arbeit abgeschlossen sein sollte, dann verschob man das Ende auf 2012 ... Es ist noch immer nicht erledigt.

Woran liegt es?

J.: Natürlich am politischen Willen. In der Regierungszeit von Shinzo Abe (2012-2020) verschlechterte sich das Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern dramatisch. 2015/16 wurde Japan in das „kollektive Verteidigungssystem“ des Westens eingebunden. Damals reaktivierte US-Präsident Obama den bereits 1960 zwischen Tokio und Washington geschlossenen Vertrag über gegenseitige Kooperation zwischen Japan und den USA.

Wir erinnern uns, das war damals Teil der strategischen Neuausrichtung der USA auf den pazifischen Raum, es ging fortan gegen China. 2016 zog Japan sogar seinen Botschafter aus Beijing ab.

Frau Prof. Gao, Sie haben vor 20 Jahren in Harbin an einem Forschungsinstitut gearbeitet, das sich mit der gleichen Materie beschäftigt. (...) Wie viele Menschen sind Opfer von japanischem Giftgas geworden?

Gao: Wir können das nicht mit Bestimmtheit sagen. Wir schätzen, daß etwa 35 Millionen Chinesen während der japanischen Okkupation von 1931 bis 1945 starben. Hunderttausende, wenn nicht gar Millionen, von ihnen

kamen durch den Einsatz von biologischen und chemischen Kampfstoffen um, Tausende verloren ihr Leben bei Menschenversuchen durch die berüchtigte „Einheit 731“. Und es wird noch immer gestorben. In den 90er Jahren fanden Bauern in der Region vermehrt Fässer mit Flüssigkeiten, von denen sie nicht wußten, was sie enthielten. Sie erkrankten daraufhin. 2003 gab es einen Unfall mit Todesfolge in Qiqihar, dadurch wurde die Sache überregional publik: Bauarbeiter hatten fünf tropfende Fässer ausgegraben und an einen Schrotthändler gegeben. Am ersten Tag zeigten 37 Menschen schwere Vergiftungssymptome, am nächsten Tag weitere sieben. Der Schrotthändler, der die Fässer zerlegt hatte, verstarb im Hospital. Ich kenne einige der Opfer persönlich.

Es soll sich um Senfgas, Tabun, Soman oder um Cyanwasserstoff gehandelt haben. Ausnahmslos deutsche Erfindungen ...

J.: So ist es. Deutsche Wissenschaftler lieferten den Japanern damals das Know-how – Deutschland hatte ja bereits während des Ersten Weltkriegs Giftgas eingesetzt. (...) Es genügt nicht, sie zu ächten, wie dies 1997 durch einen internationalen Vertrag geschah. Inzwischen haben zwar 193 Staaten das Abkommen über ein vollständiges Verbot chemischer Massenvernichtungswaffen ratifiziert. Aber nicht nur Chinesen sind geduldig. Auch Papier ist es mitunter, auf dem solche Vereinbarungen stehen.

Interview: Frank und Fritz Schumann

Redaktionell gekürzt

Quelle: junge Welt, 5.5.23

Professorin Gao Xiaoyan, promovierte Historikerin, arbeitet zu japanischen Chemiewaffen und deren Einsatz in China.

Professor Ji Xuwen forschte, lehrte und publizierte insbesondere zu japanischen Massenvernichtungswaffen.

China und Indien – die künftigen Machtzentren Asiens

In den letzten Monaten tritt Indien mehr und mehr in den Fokus der deutschen Medien. Indien überholt China mit der größten Bevölkerung, Indien zieht die aus China verlagerten Produktionen an, der deutsche Kanzler besucht Indien und nicht zuletzt, die deutsche Außenministerin reist nach Indien. Das alles vor dem Hintergrund einer zu erwartenden China-Strategie der EU und der BRD. Genügend Anlaß, etwas näher auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Länder zu schauen.

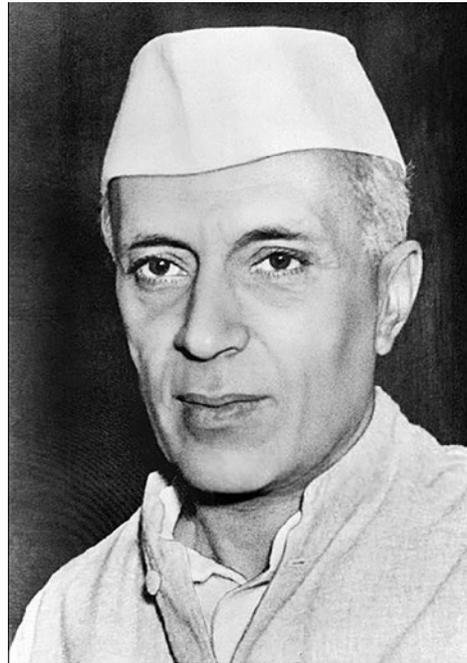
Indien als auch China sind alte säkulare Kulturenationen, die sich stets gegenseitig beeinflusst haben. Die Lehren des Buddhismus verschmolzen mit den Lehren der chinesischen Philosophen. Während der Ausbreitung des Islam in Indien ab dem 7. und 8. Jahrhundert und der Etablierung der Mogulreiche ab dem 16. Jahrhundert nahm der Islam allerdings zunehmend Einfluß auf die kulturelle Entwicklung Indiens. Heute leben dort zirka 80 % Hindus, 14 % Muslime und 6 % Christen sowie Anhänger von Naturreligionen. In China dagegen leben bis zu 75 % der Menschen ohne religiösen Glauben, etwa 16 % als Buddhisten, 2,5 % als Christen und der Rest folgt mehr oder weniger konfuzianistischen Lebenstraditionen oder dem Islam (0,45 %). Es muß hervorgehoben werden, daß die monotheistischen Religionen – das Christentum und der Islam – sich nicht mit den traditionellen kulturellen Werten Asiens vereinbaren, weshalb sie keine Ausbreitung, weder in Indien noch in China, fanden.

Indien als auch China sind multiethnische Staaten. In Indien leben mindestens 22 unterschiedliche ethnische Völker und in China 56. In Indien werden bis zu 22 unterschiedliche Sprachen gesprochen, zu denen 13 verschiedene Schriften gehören. In China dagegen nur 10 Sprachen, allerdings mit noch weit verbreiteten, unterschiedlichen Dialekten, die aber alle durch eine Schriftsprache zusammengehalten werden.

In den indischen als auch den chinesischen Gesellschaften herrschte die asiatische Produktionsweise vor. Die Produktions- oder Dorfgemeinschaften mußten zusammenarbeiten, um mittels der Bewässerung der Reisfelder die Erträge zu erhöhen, was andererseits das Wachsen der Bevölkerungen förderte und der Entwicklung von Sklavenhaltergesellschaften entgegenstand.

In beiden Ländern entstanden die Nationalstaaten erst nach den bürgerlichen Revolutionen, in China 1911 durch den Sieg der Kuomintang-Partei unter dem ersten Präsidenten Sun Yat-Sen und in Indien 1947 nach der Befreiung vom britischen Kolonialjoch durch die Volksmassen, geführt von Ghandi und Nehru. In beiden Völkern ist der opferreiche Kampf gegen ausländische Hegemonen und Unterdrücker sowie für eine nationale Integration nach wie vor immanent. Durch die schrecklichen Kolonialisierungserfahrungen verstehen und unterstützen sie andere Völker

in deren Befreiungskampf gegen die früheren Kolonialmächte bzw. die heutigen hegemonialen Staaten. Nach der Unabhängigkeit Indiens 1947 führte Indien ein demokratisches Wahlsystem nach britischem Vorbild ein (Exekutive, Legislative und Justiz). Territoriale und zentrale Wahlen finden alle fünf Jahre statt. Im Parlament vertreten 545 Delegierte eine Vielzahl von Parteien, die jeweils Koalitionen bildeten. Über beinahe sechs Jahrzehnte dominierte die Koalition um die Kongreß-Partei, die eine säkulare Regierungspolitik vertritt.



Jawaharlal Nehru (1889–1964), erster Ministerpräsident des unabhängigen Indiens von 1947 bis 1964

Diese weltälteste demokratische Partei, dominiert von der Gandhi-Familie, vertritt vorwiegend die elitären Schichten der Bevölkerung. In den letzten Jahren der Regierungszeit bis 2014 wurde sie durch Korruption geschwächt. Ab 2014 erlangte die hinduistische nationalistische Partei BJP unter Führung des vorherigen Gouverneurs von Gujarat, Narendra Modi, die Mehrheit und stellt die Regierung. Diese Koalition vereint stark wirtschaftsorientierte, nationalistische und hinduistische Interessen, polarisiert zwischen den Hinduisten und den anderen religiösen Gruppen und Parteien. Sie wandte sich von dem säkularen Regierungsstil ab. Die Parlamentswahlen werden stark von der kleinen, reichen Oberschicht (2 % der Bevölkerung besitzen fast 50 % des Volkvermögens) beeinflusst und die Mehrheit der Parlamentarier sind Multimillionäre.

In der VR China wurde ein volksdemokratisches sozialistisches System chinesischer Prägung etabliert. Die mehr als 3000 Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses (NVK), dem Chinesischen Parlament, der durch die vorherrschende Position der kommunistischen Partei dominiert wird, werden

über einen dezentralisierten Wahlprozeß gewählt und delegiert. Die Delegierten als auch die Verantwortungsträger in der kommunistischen Partei werden auf Grund ihrer Qualifikation, ihrer Leistungen und Erfolge auf lokaler Ebene zur Wahl nominiert. Insofern spricht die chinesische Staatsphilosophie von einer meritokratischen Demokratie.

Nach der Gründung der Republik Indien 1947 und der Befreiung Chinas von der japanischen Okkupation, der Beendigung des Bürgerkrieges und der Gründung der Volksrepublik China 1949 hatten beide Staaten ähnliche Ausgangsbedingungen. Sie waren geprägt durch eine wenig entwickelte Landwirtschaft, in der etwa 80 % der Bewohner lebten. Die industrielle Produktion war faktisch nicht entwickelt und durch die vorangegangenen Auseinandersetzungen geschwächt. Die Alphabetisierungsrate lag bei 20 %.

Die Bevölkerung Chinas überstieg mit 981 Millionen die Einwohnerzahl Indiens (699 Millionen) um ein Drittel. Das nationale Inlandsprodukt (etwa 190 Milliarden US-Dollar) lag in beiden Staaten etwa gleich auf, wobei die Produktivität in Relation zur Bevölkerungszahl Chinas wesentlich unter der Indiens lag. In den folgenden Jahrzehnten änderte sich das allerdings sehr schnell: Bis 2020 wuchs die chinesische Bevölkerung auf Grund der zielgerichteten Restriktionen nur um 43 %, die Indiens aber um 100 %. Auch das Verhältnis der Landbevölkerung zur städtischen entwickelte sich unterschiedlich. Während 1980 in beiden Ländern zwischen 70 und 80 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiteten, waren es 2020 in China nur noch 25 % und 42 % in Indien. Das Bruttoinlandsprodukt stieg in China 5,5 Mal so schnell wie in Indien, auf 14 690 Milliarden US-Dollar gegenüber 2 668 Milliarden. Das durchschnittliche Einkommen der Bevölkerung liegt heute in China 10 mal höher als in Indien!

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit schlugen Indien wie auch China einen am sowjetischen System angelehnten ökonomischen Weg ein: staatliche Betriebe und zentralisierte Planwirtschaft. In Indien wurden zwar die großen Landbesitzer enteignet, aber das Privateigentum an Produktionsmitteln wurde im Gegensatz zu China nicht vollkommen abgeschafft. Die ökonomischen Modelle in beiden Staaten waren in den folgenden zwei Jahrzehnten nicht erfolgreich. Die Wirtschaften wuchsen nur langsam, die Produktivität war niedrig, die Länder verschuldeten sich.

Die zwischen 1949 und 1978 praktizierten verschiedenen ökonomischen Experimente gab China nach 1978 auf und führte kapitalistische Wirtschaftsprinzipien, angepaßt an die chinesischen Bedingungen, ein, ohne das Ziel des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft aus den Augen zu verlieren. China öffnete den Markt nur entsprechend dem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte und den eigenen Erfordernissen. In Folge dieser Restriktion konnte die Regierung die Kontrolle

des Marktes behalten und war nicht der Einmischung ausländischen Kapitals ausgeliefert. Diese Politik verhinderte die Privatisierung der Branche der Daseinsfürsorge sowie die Entwicklung großer Monopole.

In Indien dagegen liefen wegen der nicht erfolgreichen Wirtschaftspolitik die Schulden auf und zwangen letztendlich das Land, 1990/91 bei der Weltbank Kredite aufzunehmen. Die vom US-Finanzkapital dominierten Finanzinstitutionen, wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds, forderten als Gegenleistungen ökonomische Reformen ein: Privatisierung des staatlichen Sektors und Öffnung des Marktes für ausländisches Kapital. Innerhalb weniger Jahrzehnte entwickelten sich basierend auf den niedrigen Lohnkosten und den schlechten Arbeitsbedingungen sowie aufgrund der zunehmenden Globalisierung und der privaten Kapitalgeber, auch der Auslandsider, große private monopolistische Unternehmen als industrielle Inseln.

Die treibende Kraft dieser Entwicklung war die profitorientierte „freie“ Marktwirtschaft, die nicht in die Infrastruktur – Straßen-, Schienen- und Kommunikationsnetze – sowie in die Überwindung der Unterschiede zwischen Stadt und Land oder der verschiedenen Landesregionen und der Bildung investierte.

Trotz des noch weitverbreiteten Analphabetentums entstand eine moderne IT-Industrie in Zentren wie Bangalore und New Delhi. Übrigens, der Schwiegersohn des Gründers und Eigner des größten indischen IT-Unternehmens, Infosys, ist der derzeitige britische Premierminister. Obwohl Indien – den Auflagen der Weltbank folgend – den Markt uneingeschränkt öffnete und die Privatisierung forcierte, nahmen die internationalen Investitionen nur marginal zu. In China dagegen erreichten diese 2020 viermal höhere Werte. Der Handel zwischen beiden Staaten entwickelte sich nach 2000 rapide von 3 Milliarden US-Dollars 2012 auf 66 und bis 2020 auf zirka 100 Milliarden. Allerdings ist die Bilanz mit der Lieferung von Hightech-, Maschinenbauprodukten und Infrastrukturkomponenten sehr unausgeglichen zu Gunsten Chinas. China ist zu einem der größten Wirtschaftspartner Indiens aufgestiegen und vereint 15 % des indischen Außenhandels auf sich. Indien fühlt sich nun durch die wirtschaftliche Macht Chinas bedroht. In den letzten Jahren hat es für chinesische Hightech-Firmen zum Schutz der eigenen Wirtschaft Einschränkungen eingeführt.

Die Ursachen für das unterschiedliche Wachstum sind u.a. in der verschiedenen Wirtschaftspolitik zu sehen. Während in China mit Beginn der Reformen nach 1978 kontinuierlich am Ausbau der Infrastruktur gearbeitet wurde, wurde das in Indien stark vernachlässigt. Zum Zeitpunkt der Gründung der Nationalstaaten verfügte Indien über ein Eisenbahnnetz von 40 000 km und China von 22 000 km. Gegenwärtig betreibt China ein siebenmal so langes Netz, welches zu 70 % elektrifiziert ist. Das indische Netz ist nur zu etwa 40 % elektrifiziert. Ähnliche Bedingungen gelten für das Straßennetz und die Stromversorgung. Wegen fehlender bzw. ungenügend stabiler Stromversorgung betreiben die Unternehmen, Bürozentren und

Privathaushalte eigene Kraftwerke bzw. Generatoren. Ebenfalls entsprechen die Häfen und Flughäfen bis heute nicht den Anforderungen der Logistik, „in time“-Lieferketten.

Für den Fortschritt unterentwickelter Länder ist die Alphabetisierung von ausschlaggebender Bedeutung. In China konnte das Analphabetentum überwunden werden, während in Indien gegenwärtig noch mindestens 25 % der Frauen nicht lesen und schreiben können und die höhere Schulbildung nur für die elitären Bevölkerungsschichten möglich ist.

Hemmend wirkt sich noch heute in Indien das traditionelle religiöse Kastensystem aus. Speziell in den ländlichen Regionen werden die niedrigeren Kasten benachteiligt. Die bis 2014 regierende Parteien unternahmen Anstrengungen, das System zu überwinden, aber die derzeitige regierende hinduistisch geprägte Partei belebt das System wieder.

Grenzkonflikt zwischen China und Indien

Aus den Informationen der westlichen Medien bekommt man den Eindruck, es stehen sich an der chinesisch und indischen Grenze große kampfbereite Armeen gegenüber. Die Tatsache aber ist, daß sich seit dem Abkommen von 1996 die zuständigen Kommandeure auf den verschiedenen Ebenen regelmäßig beraten, wie sich Konflikte vermeiden lassen.

Es bestehen grundsätzlich zwei Konfliktherde:

- die Line of Control in der Kaschmir-Region: Diese wurde von der früheren Kolonialmacht in Abgrenzung zu Rußland bzw. der Sowjetunion gezogen und spielt heute eine wichtige Rolle für China beim Ausbau der Neuen Seidenstraße. Hier überlagern sich Indiens Differenzen mit Pakistan mit denen Chinas.
- in der südöstlichen Region Tibets an der McMahon Line: Die Grenzziehung erfolgte 1914 zwischen der britischen Kolonialmacht und dem damals bereits zu China gehörenden Tibet auf Druck Englands. Tibet übertrug damals die Vereinbarung mit China über die Souveränität Tibets. China lehnte diese Grenzziehung ab und stimmte dem Vertrag niemals zu.

2021 gerieten indische und chinesische Grenzen aneinander. Leider kam es zu Todesopfern, aber nicht wegen Feuerwaffen, sondern wegen Unterkühlung. Seit 2022 zogen sich die Truppen von beiden Seiten auf Stellungen außerhalb einer Pufferzone zurück. 2023 gab es bislang 18 Verhandlungen zwischen den verantwortlichen Kommandeuren. Die Verteidigungsminister beider Staaten trafen sich im April.

Der Grenzkonflikt wird als Vehicle genutzt, um zwischen Indien und China zu zündeln. Eine Verbindung zwischen China und Indien würde eine Herausforderung der hegemonialen Ansprüche des Westens in Asien bedeuten. Bereits 1993 verkündete US-Außenminister Dick Cheney die Non-Rivale-Doktrin, die besagt, daß nie wieder eine Macht entstehen soll, welche die USA-Hegemonie gefährden könnte. Indien in Verbindung mit China könnte eine solche Macht darstellen. Die größte Befürchtung für den Westen ist es, daß China, Indien, Rußland, Zentralasien sowie der Iran und andere Länder des „Globalen Südens“ friedlich kooperieren und sich gegen die Militarisierung

und die Vorherrschaft der USA und der NATO stellen. Aber genau diese Entwicklung ist aktuell zu beobachten und wird sichtbar in Form der internationalen Vereinbarung BRICS (Brasilien, Rußland, Indien, China, Südafrika) und SOZ (Shanghai Organisation der Zusammenarbeit).

Brasilien, Rußland, Indien und China vereinbarten 2001 wirtschaftlich zusammenzuarbeiten, um sich als aufsteigende Wirtschaftsnationen gegenseitig zu unterstützen. 2010 trat Südafrika bei und weitere Länder haben derzeit Anträge auf Mitgliedschaft gestellt, um sich gegen die G7-Länder, die ehemaligen Kolonialmächte, zusammenzuschließen. Die Staaten umfassen 26,7 % der Weltlandoberfläche, 41,5 % der Weltbevölkerung, aber bisher nur ca. 30 % des weltweiten Inlandprodukts. Bei den hohen Wachstumsraten und den neu beitretenden Ländern werden diese Zahlen schnell ansteigen, so daß die BRICS-Staaten die G7-Länder überholen werden. Im Juni 2022 hielten die G7-Länder einen Gipfel ab, zu dem Gäste wie Argentinien eingeladen wurden. Die G7-Länder versuchten, die Gäste gegen Rußland zu instrumentalisieren, aber diese lehnten ab und stellten stattdessen während des Gipfels den Antrag auf Mitgliedschaft in der BRICS-Gruppe.

2001 wurde ebenfalls die SOZ der zentralasiatischen Länder der ehemaligen Sowjetunion gegründet, um die übernommenen wirtschaftlichen und politischen Probleme gemeinsam mit Rußland und China zu lösen. Indien und Pakistan traten der SOZ 2017 bei. Auch in dieser Organisation arbeiten China und Indien eng zusammen. Doch durch die von China 2013 initiierte Neue Seidenstraßen-Initiative (BRI), der Indien nicht beitrug, und die militärische Präsenz in den indopazifischen Seegebieten fühlt sich Indien wirtschaftlich und militärisch eingeengt. Um dem zu begegnen, verstärkt es die Kooperation mit Rußland, stellt sich gegen die von den westlichen Mächten erhobenen Sanktionen gegen Rußland, trat aber andererseits auch der von den USA geführten Sicherheitsallianz QUAD, ein Zusammenschluß der USA, Australiens, Japans und Indiens für militärische Zusammenarbeit im indopazifischen Raum, bei.

Dennoch: In Folge der Entwicklung, die von China angestoßen wurde und von den Ländern der BRICS und der SOZ unterstützt wird, nimmt die Gestaltung einer multipolaren Welt immer konkretere Züge an. Indien ist neben China dabei ein wichtiger Akteur. Es ist zu erwarten, daß Indien in den kommenden Jahren nicht nur das bevölkerungsreichste Land ist, sondern wirtschaftlich wie militärisch zu einer Großmacht aufsteigen wird.

Dr. Uwe Behrens
Wandlitz

Unser Autor war Vertreter der DDR bei Intercontainer in Basel, Logistiker bei Deutrans-Transcontainer. Ab 1990 arbeitete er in China für verschiedene Logistikunternehmen und übernahm 2000 auch das Management eines französischen Joint Ventures in Indien. 2017 kehrte er nach Deutschland zurück.

Seit 2008 ist er Berater eines in Hongkong ansässigen Logistikunternehmens im Rahmen der Neuen Seidenstraße.

Taiwan als Brechstange

Die Kriegstreiberei der USA und ihrer NATO hat hysterische Ausmaße angenommen. Nach ihren Vorstellungen soll zuerst Rußland besiegt und eine dem Westen hörige Regierung in Moskau installiert werden. Parallel dazu soll China „eingedämmt“ werden, wozu die Insel Taiwan als Brechstange eingesetzt wird. Nachdem 2019 eine von Washington unterstützte farbige Revolution in Hongkong mit dem Ziel der Abspaltung von China unter der Führung des Studenten Joshua Wong und des Medienmoguls Jimmy Lai (beide zur Zeit in Haft) gescheitert ist, konzentrieren die USA ihre Provokationen gegen China nun auf Taiwan, wo seit 2016 die Demokratische Fortschrittspartei DPP mit Tsai Ing-Wen als Präsidentin regiert.

Die DPP wurde 1986 als Abspaltung von der Kuomintang gegründet. Ähnlich wie die deutschen Grünen, denen sie im Geiste nahestehen, gibt sich die Partei gern fortschrittlich und sozial-liberal. Die DPP befeuert einen taiwanesischen Nationalismus, sie propagiert eine taiwanesischen Identität und Unabhängigkeitsbestrebungen. Zu diesem Zweck versucht die DPP, sich mit ausländischen Kräften zu verbünden und fördert ihre Beziehungen zu den USA und Japan. Sie hat die Militärausgaben drastisch erhöht, um eine Vereinigung mit der Volksrepublik China zu verhindern. Über eine Verfassungsänderung und ein Referendum soll eine Abspaltung von China vom Volk gebilligt werden. Die DPP lehnt das „Ein-China-Prinzip“ ab.

Den antichinesischen Kurs der DPP möchten die USA nutzen, um China zu schwächen. Mußten sie sich in Hongkong noch mit zivilen China-Hassern zusammenschließen, um antichinesische Proteste zu organisieren, so sind ihre Verbündeten gegen Peking in Taiwan gerade

an der Regierungsmacht. Das kommt wie gerufen. Und die DPP läßt sich nur allzu gern instrumentalisieren, ist doch die Unabhängigkeit Taiwans ihr wichtigstes politisches Projekt. Die USA betrachten den Krieg in der Ukraine als Vorspiel für einen Krieg mit China, das sie als die größte Bedrohung für ihre Rolle als Weltherrscher ansehen. Sie wollen mit ihren Provokationen Peking dazu treiben, Taiwan anzugreifen. Dann könnten sie sich wieder als Unterstützer der Völker und Verteidiger der Demokratie aufspielen und Taiwan, ähnlich wie den Faschisten in der Ukraine, die nötigen Waffen liefern, um China in einem langen Krieg zu schwächen und vielleicht, so ihre Hoffnung, letztlich zu zerschlagen. Die Behauptung Washingtons, Taiwan verteidigen zu wollen, ist eine Lüge. Das strategische Ziel der USA ist, sich in Taiwan endgültig festzusetzen, die Insel von China abzuspalten und sie in einen unsinkbareren Flugzeugträger vor der chinesischen Küste zu verwandeln. Sie möchten die Straße von Taiwan kontrollieren und eventuell für chinesische Schiffe sperren. China betrachtet es als eine Provokation, daß Kriegsschiffe der USA und der NATO des öfteren die Straße von Taiwan durchqueren, was, so wird behauptet, in der Absicht geschehe, die „Freiheit der Meere“ zu schützen: „Das Militär der Vereinigten Staaten wird weiterhin überall dort fliegen, segeln und operieren, wo es das Völkerrecht erlaubt.“

Zugleich versuchen die USA und ihre Verbündeten, Taiwan als Nation aufzuwerten und in der UNO und in anderen internationalen Gremien als unabhängige Nation neben China zu etablieren. Washington betont zwar in offiziellen Erklärungen stets, daß man am „Ein-China-Prinzip“ festhält, die Praxis aber sieht anders aus.

Die Einwohner Taiwans sind gegen eine Zuspitzung des Konfliktes mit China und mehrheitlich eher für eine friedliche Wiedervereinigung mit dem Festland. Die große Mehrheit möchte am liebsten den derzeitigen Status Quo beibehalten. China, das immer betont, die Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln erreichen zu wollen, bietet Taiwan für die Wiedervereinigung die Formel „Ein Land, zwei Systeme“ an, die auch für Hongkong und Macau gilt. Taiwan könnte dabei sein Wirtschaftssystem zunächst einmal beibehalten.

Bei den taiwanischen Lokalwahlen im November letzten Jahres erlitt die DPP schwere Verluste, woraufhin Tsai als Parteivorsitzende zurücktrat. Zwar dürfte die Wahlschlappe hauptsächlich auf ihr schlechtes Management der Covidkrise zurückzuführen sein, aber ein großer Teil der Taiwaner zeigt sich zunehmend besorgt über den aggressiven Konfrontationskurs von Tsai's Partei gegen China. China ist die dominierende Macht in der Region und Taiwans größter Handelspartner. Im Kriegsfall gegen China hätte Taiwan keine Chance. Das Wirtschaftswachstum Taiwans ist in den letzten Jahren gesunken und liegt zur Zeit bei 2 %, was für Taiwan wenig ist. Auch Taiwan wurde von der weltweiten kapitalistischen Wirtschaftskrise getroffen, die Sanktionen der USA insbesondere gegen China und Rußland haben ebenso den Handel Taiwans beeinträchtigt. Im Januar 2024 stehen Neuwahlen in Taiwan an. Sollte die DPP abgewählt werden, so wäre das auch ein Rückschlag für die Kriegspläne der USA. Die Kuomintang tritt für eine Wiedervereinigung mit dem Mutterland ein. Um ihr politisches Überleben zu sichern, möchte die DPP unbedingt vorher noch sichtbare Erfolge in Richtung Unabhängigkeit verbuchen.

Karl Lee Jing, Vientiane

Mörderischer „Plan D“. Bis heute führt Israel die Vertreibung der Palästinenser fort

Der israelische „Unabhängigkeitskrieg“ gegen die arabische Bevölkerung in Palästina hält auch 75 Jahre nach der gewaltsamen Gründung des Staates Israel unvermindert an. Der damals von der Haganah ausgearbeitete „Plan D“, der die Vertreibung der arabischen Bevölkerung und die Zerstörung ihrer Dörfer vorsah, damit die Menschen nicht zurückkehrten, wird heute von der israelischen Besatzungsarmee fortgeführt.

Häuser, Schulen, Lager und Viehställe der Palästinenser werden zerstört. Ein System von Apartheid bestimmt den Alltag. Die Menschen werden vertrieben und in Lager gezwungen. Die Bewegung der Palästinenser ist eingeschränkt, freier Handel nicht möglich. Der Gazastreifen ist von Israel zu Land, Luft und Wasser blockiert.

Ein ausgeklügeltes Besatzungsregime hängt wie ein Spinnennetz über dem West-

jordanland, das den Palästinensern nach vielen Verhandlungen (Oslo I, Oslo II) offiziell geblieben ist. Das Land ist in drei Zonen aufgeteilt. Die A-Zone (18 Prozent) steht unter Kontrolle der Palästinensischen Nationalbehörde, wird aber durch Mauern und Kontrollpunkte zerschnitten. Die B-Zone (20 Prozent) umfaßt ländliche Gebiete, die zwar von Ramallah verwaltet, aber von der israelischen Besatzungsarmee kontrolliert werden. Die C-Zone (62 Prozent) steht „aus Sicherheitsgründen“ administrativ und militärisch unter der Kontrolle Israels.

Trotz gegenteiliger Beteuerungen und Abkommen unternimmt Israel nichts, um den Palästinensern auch nur ein Stück Land zur freien Bewirtschaftung zu lassen. Forcierter Siedlungsbau entzieht einem angestrebten Staat Palästina jeden Boden. Was den Palästinensern bleibt, sind inselartige Gebilde

und Lager, in denen heute die Nachfahren der Menschen leben, die vor 75 Jahren von den zionistischen Milizen um die Haganah vertrieben, ermordet, verstümmelt wurden. Es ist ein Freiluftgefängnis wie der Gazastreifen, in dem es keine Perspektiven gibt.

Nach Angaben des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) wurden seit Anfang des Jahres im Westjordanland 81 Palästinenser von israelischen Sicherheitskräften erschossen, 246 verletzt. Im gleichen Zeitraum wurden durch Angriffe einzelner Palästinenser in Israel und im Westjordanland 14 Israelis getötet und 37 verletzt. (Stand: 27.3.23)

Karin Leukefeld

Redaktionell gekürzt

Quelle: junge Welt, 15./16.4.23

„Den Fehler Libyen nicht wiederholen“ Konflikt im Sudan

Erinnern wir uns: Der im Dezember 2018 aufkommende Protest gegen steigende Lebensmittelpreise erfaßte Hunderttausende in den Städten Sudans, worauf im April 2019 die Armee der 30jährigen Herrschaft Omar al-Bashir ein Ende bereitete. Der oppositionelle Widerstand forderte, die Herrschaft an zivile Kräfte zu übergeben. Im Juni räumte die „Schnelle Eingreiftruppe“ (RSF) blutig die Straßenproteste mit über 100 Toten. Im August 2019, nach Vermittlung der Afrikanischen Union und Äthiopiens, teilte die Armee in der „Verfassungsmäßigen Erklärung“ die Macht mit einer zivil geführten Übergangsregierung unter Abdalla Hamdok, die nicht alle Rebellen Gruppen im Westen und Süden auf ihre Seite ziehen konnte. Die USA nahm im Oktober 2020 Sudan von der Sanktionsliste, im Gegenzug erfolgte die Anerkennung Israels. Im Juni 2021 wird genehmigt, 56 Mrd. Auslands-Schulden zu erlassen, sobald unter Aufsicht des Internationalen Währungsfonds Wirtschaftsreformen durchgeführt worden sind. Ein casus belli für das Militär, das über 200 Unternehmen in Industrie und Landwirtschaft kontrolliert.

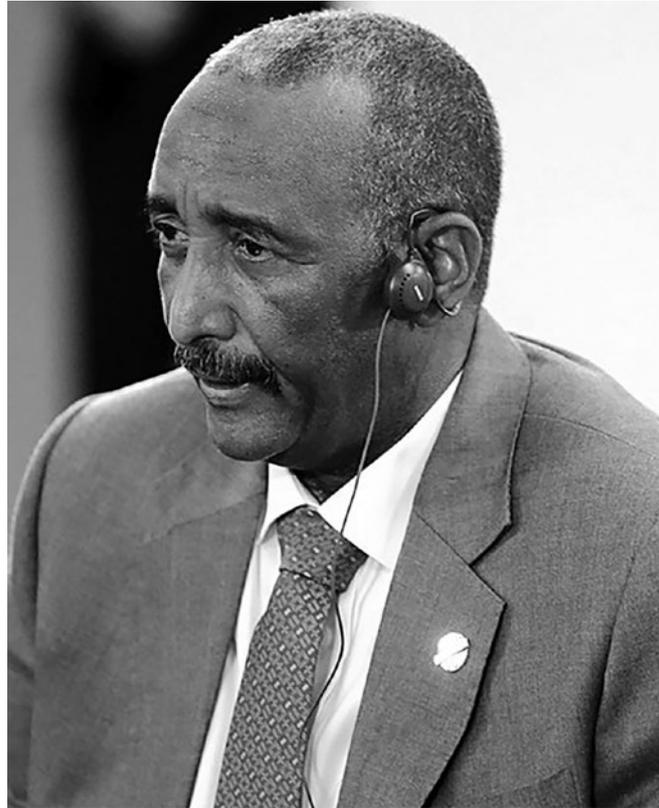
Am 25. Oktober 2021 gab es Razzien im Morgengrauen, Militärs verhafteten Premierminister Abdalla Hamdok. General Abdel Fattah al-Burhan mit RSF-Chef Mohamed Hamdan Dagalo lösten die Übergangsregierung samt Übergangsparlament auf. Nach den folgenden Massenprotesten installierte das Militär erneut Premierminister Hamdok, der im Januar 2022 resignierte, angesichts der Manifestationen und der Unmöglichkeit, eine zivile Regierung zusammenzustellen.

Im Oktober, zum Jahrestag des Putsches, wurde eine der größten Anti-Militär-Manifestationen blutig zerschlagen. Im Dezember 2022 wurde vom zivilen Oppositionsbündnis FFC und dem Militär ein neues Übereinkommen erarbeitet, das eine zweijährige Übergangszeit mit ziviler Regierung vorsah. Die Kommunistische Partei CPS hielt es für eine „Totgeburt“. Die Frage der Reintegration der RSF-Milizen in die reguläre Armee, was einen gravierenden Machtverlust für General Mohamed Dagalo bedeutet hätte, führte im April 2023 zu einer zweimaligen Verschiebung, das endgültige Abkommen zu unterzeichnen – und zur militärisch gesuchten Lösung.

Seit 15. April wird geschossen. Ein regionaler „Stellvertreterkrieg zwischen Ägypten und Äthiopien“ wie Fathi El Fadl, Sprecher der PCS in der kommunistischen Tageszeitung L' Humanité meinte? Oder „der unerbittliche Drang der Anhänger des gestürzten islamisch-diktatorischen Regimes, die Macht

zurückzugewinnen“, so die sudanesishe Autorin Mariam Wagialla in der Wiener Zeitschrift „International“.

Nach knapp einem Monat mit über 500 getöteten Einwohnern, über 6000 Verletzten lebt die Bevölkerung vor allem in den Städten in



Abdel Fattah Burhan

Angst und Schrecken im Bemühen, das Überleben zu sichern. Mehrere Hunderttausend in die Nachbarstaaten Geflüchtete sind auf Not-Hilfe angewiesen. Mehrere international vermittelte Versuche, die Waffen wenigstens zeitweilig zum Schweigen zu bringen, waren gescheitert. Seit dem 7. Mai finden in Jeddah von den USA und Saudi-Arabien vermittelte Gespräche zwischen den verfeindeten Militärfraktionen statt. Während die USA und Saudi-Arabien ihre eigenen Interessen verfolgen, brechen insbesondere in Khartoum und Omdourman immer erneut Kämpfe aus, während Hunger und Krankheiten, aber auch Plünderungen um sich greifen. Al Jazeera meldete, die USA seien „vorsichtig optimistisch“. Es wäre der Bevölkerung schon geholfen, wenn endlich humanitäre Korridore zur Versorgung Kranker eingerichtet und verbindliche Waffenruhen eingehalten würden. Und dieses Minimalziel, von Unterstaatssekretärin Victoria Nuland („Fuck the EU“) formuliert, steht seit dem 11. Mai auf dem Papier, allerdings ohne irgendeine Erwähnung eines Waffenstillstands oder einer Waffenruhe.. Selbst die „Foreign Policy“ meint, daß „die USA die sudanesischen Hoffnungen auf Demokratie enttäuscht“ haben. So undurchsichtig diese

Gespräche sind, der Übergang zu einer zivilen Regierung im Sudan scheint keine Rolle zu spielen, wo doch kein Repräsentant der Zivilgesellschaft in der Gesprächsrunde vertreten ist. Die Widerstandskomitees jedenfalls lehnen beide Warlords ab und fordern, an den Gesprächen beteiligt zu werden.

Afrika den Afrikanern oder Einmischung von außen?

US-Präsident Joseph Biden drohte mit möglichen Sanktionen. Gegen wen? Soll Milizen-Chef Dagalo zum Aufgeben gezwungen werden? Das würde zu der Offensive der Armee passen, die seit dem 10. Mai versucht, die strategischen Positionen zurückzuerobern. Oder wird eine Machtteilung zwischen den Generälen al-Burhan und Dagalo verhandelt, die zu einer weiteren Sezession a la Somalia führen würde? Auf jeden Fall suchen die USA nach der „Niederlage in Äthiopien“ ihren Einfluß in Ostafrika zu verstärken.

Den Fehler „Libyen“ nicht wiederholen, warnen Regierungskreise im Nachbarstaat Tschad, weil die afrikanischen Länder und die Afrikanische Union im Jahr 2011 beim NATO-Überfall auf Libyen diplomatisch nur die zweite Geige spielten. Der selbst hält sich zwar mit einer Stellungnahme zurück, wünscht sich aber eine Lösung ohne Sieger und Besiegte im Sudan, denn „wenn einer der beiden Protagonisten militärisch siegt, wird nichts geregelt und alles be-

ginnt von vorne“, so ein Minister nach Jeune Afrique. Der UNHCR zählte im Tschad 407 000 Geflüchtete, die über die 1300 km lange Grenze aus dem Sudan kamen. (Die UN berichtete die Anzahl auf die Hälfte am 12. Mai.) Sind Flüchtlinge schon eine schwer zu tragende humanitäre Herausforderung, befördern die die Darfour-Grenze überquerenden Milizionäre, Kämpfer und (insbesondere über die Zentralafrikanische Republik geschmuggelte) Waffen das Interesse des Tschads an einer politisch-diplomatischen Lösung des Sudan-Konflikts, von der Not der Menschen dort ganz zu schweigen.

Über die Notwendigkeit einer afrikanischen Mediation weiß sich der tschadische Präsident einig mit Salva Kiir und Abdel Fattah al-Sissi, den Präsidenten Süd-Sudans und Ägyptens. Die Initiative eines Gipfeltreffens in Djibouti unter dem Schirm der Afrikanischen Union mit Unterstützung der regionalen Entwicklungsgesellschaft IGAD ist im Gespräch. Hier könnte auch die Zivilgesellschaft zu Wort kommen. Doch zu großem Optimismus besteht kein Anlaß. Auch nicht, daß von ersten Bewaffnungen bislang ziviler Kräfte zu nehmen ist, ein neues „Darfour“ drohe ...

Georges Hallermayer

Frankreich – reif für Veränderungen?

Die Französische Revolution von 1789 bis 1792 war eine bürgerliche Revolution, die die Abschaffung des feudal-absolutistischen Ständestaates und die Schaffung eines bürgerlich-kapitalistischen Staates einleitete. Die französische Bourgeoisie nutzte die Ideen und Werte der Aufklärung, um sich als Klasse den Weg an die politische Macht zu ebnen. Im September 1792 setzte ein Nationalkonvent den König Ludwig XVI. ab. Am 20. Januar 1793 wurde er wegen „Verschwörung gegen die öffentliche Freiheit und Anschlägen gegen die nationale Sicherheit“ verurteilt.

Seit Januar dieses Jahres ist Frankreich durch Unruhen und Streiks gekennzeichnet. Die Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und dem Staat sind heftig. Sie stehen im Zusammenhang mit einer Rentenreform, die die Lebensarbeitszeit der Franzosen von 62 auf 64 Jahre erhöht. Durch die Rentenreform wird nicht nur das Renteneintrittsalter auf 64 Jahre angehoben. In Zukunft sollen die arbeitenden Bürger auch 43 Jahre Rentenbeiträge (bisher 41 Jahre) zahlen, um volle Rentenansprüche zu haben.¹ „Derzeit liegt das Renteneintrittsalter in Frankreich bei 62 Jahren. Tatsächlich beginnt der Ruhestand im Schnitt aber später: Wer für eine volle Rente nicht lange genug eingezahlt hat, arbeitet länger. Mit 67 Jahren gibt es dann unabhängig von der Einzahlungsdauer Rente ohne Abschlag – dies will die Regierung beibehalten, auch wenn die Zahl der nötigen Einzahlungsjahre für eine volle Rente schneller steigen soll.“² Die Rentenreform ist ein Lieblingsprojekt des Präsidenten Macron. Sie zielt darauf ab, soziale Errungenschaften der arbeitenden Franzosen abzubauen, wie es bereits in anderen Staaten erfolgte. Zur Erinnerung sei auf die BRD verwiesen, wo das Renteneintrittsalter

auf 67 Jahre festgelegt wurde. Macrons Handeln wird durch Forderungen des Monopolkapitals und der EU bestimmt. Vordergründig wird die Sicherung des „Rentensystems“ in den Mittelpunkt gestellt. Tatsächlich geht es um Sozialabbau und einen Umverteilungsprozeß von unten nach oben. Die „Wirtschaft“ und der Staat wollen sich entlasten. Die Werktätigen sollen länger arbeiten und Rentenbeiträge erbringen, obwohl die Produktivität insgesamt steigt. Natürlich setzen sich die französischen Werktätigen unter Führung der Gewerkschaften Confédération générale du travail (CGT) und der Confédération française démocratique du travail (CFDT) dagegen zur Wehr.

Die Durchsetzung der „Rentenreform“ in Frankreich ist ein Musterbeispiel für die bürgerliche „Demokratie“ in Europa. Sie erfolgte unter Ausschluß der französischen Nationalversammlung. Dort wäre der Gesetzentwurf für Macrons Rentenreform wahrscheinlich krachend durchgefallen. Um Macrons Reform umzusetzen, bediente sich die französische Regierungschefin, Elisabeth Borne, eines Verfahrenstricks, der in der Verfassung der Fünften Republik verankert ist. „Sie berief sich auf den Verfassungsartikel 49.3. Dieser sieht vor, daß ein Gesetz ohne Abstimmung im Parlament durchgesetzt werden kann, wenn die Regierung anschließend eingebrachte Misstrauensanträge übersteht.“³

Die Opposition hatte zwei Misstrauensvoten eingebracht, die die Regierung überstand. Um dem undemokratischen Spiel doch noch ein scheindemokratisches Mäntelchen umzuhängen, wurde der Verfassungsrat angerufen. Der Verfassungsrat ist ein Organ, der am 4. Oktober 1958 geschaffen wurde. Er ist eine Art Gericht. In seiner personellen Zusammensetzung wird er vom französischen Präsidenten, vom Präsidenten der Nationalversammlung und vom Präsidenten des Senats berufen; er ist also kein demokratisch gewähltes Organ.

Im Verfassungsrat sitzen neun Personen, die sicherlich schon durch die Art ihrer Auswahl nicht unabhängig sind.

Mitglied des Verfassungsrates ist z.B. Laurent Fabius. Er bekleidete verschiedene Ministerposten und war Premierminister. Als er Premierminister war, wurde in der Nacht des 10. Juli 1985 das Schiff Rainbow Warrior vom französischen Geheimdienst DGSE in die Luft gesprengt. Dabei starb der Mitarbeiter von Greenpeace, Fernando Pereira.⁴ Alain Juppé, auch Mitglied des Verfassungsrates, bekleidete ebenfalls verschiedene Ministerposten in diversen französischen Regierungen und war von 1995 bis 1997 Premierminister.⁵ Man könnte die Analyse fortsetzen ...

Der Verfassungsrat stimmte dem Rentenreformgesetz in seinen Kernpunkten zu. Noch am 15. April 2023 setzte der Präsident das Gesetz in Kraft. Der „Petit Roi“ glaubt, daß er der Staat sei, wie einst der Sonnenkönig (L'état c'est moi!). Er hat einen Sieg errungen, der sich wahrscheinlich noch als Pyrrhussieg erweisen kann.

Eines ist sicher, daß die Franzosen diese undemokratische Entscheidung nicht hinnehmen werden. Wir haben bereits bei vergangenen Demonstrationen zum neuen Rentengesetz sehen können, wie brutal die Polizei den Widerstand gegen das Gesetz versucht zu unterdrücken. Die Art und Weise der Durchsetzung des neuen Rentengesetzes erinnert an eine „Verschwörung gegen die öffentliche Freiheit und Anschläge gegen die nationale Sicherheit“. Im Mai 1968 setzten sich die Franzosen schon einmal mit einem Generalstreik gegen die Politik der Herrschenden in Frankreich zur Wehr. Es gab bürgerkriegsähnliche Zustände. Will das der französische Präsident?

Dr. Ulrich Sommerfeld

1 <https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=Wie+ist+die+franz%C3%B6sische+Rentenreform>

2 <https://www.stern.de/politik/ausland/frankreich--umstrittene-rentenreform-ist-offiziell-beschlossen-33300482.html>

3 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/rentenreform-frankreich-109.html>

4 https://de.wikipedia.org/wiki/Laurent_Fabius

5 https://de.wikipedia.org/wiki/Alain_Jupp%C3%A9

Sanktionen des Westens gegen ein Drittel der Weltbevölkerung

Die Verhängung von Zwangsmaßnahmen durch westliche Staaten ist in den letzten Jahrzehnten sprunghaft angestiegen. Laut des Berichtes des US-Finanzministeriums von Oktober 2021 wurden bis dahin 9 421 Parteien (Einzelpersonen oder Organisationen) von der US-Regierung mit Sanktionen belegt, was einem Anstieg von 933 Prozent seit dem Jahr 2000 entspricht.

In Lateinamerika sind Kuba und Venezuela, in jüngster Zeit auch Nicaragua, von der Sanktionspolitik der USA und der EU betroffen. Seit 2017 haben die USA Finanzsanktionen, ein Exportembargo, sekundäre Sanktionen und eine Reihe anderer Maßnahmen gegen **Venezuela** verhängt, um die Haupteinnahmequelle des

Landes, den Erdölexport, abzuschneiden. Das hatte verheerende Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen, was eine Lebensmittel- und Ernährungskrise und eine beispiellose Migrationswelle auslöste.

Gegen **Nicaragua** verfügte die US-Regierung 2022 Zwangsmaßnahmen, die vor allem den Gold-Sektor des Landes und den Handel betreffen. Medienberichten zufolge ist Gold wertmäßig das wichtigste Exportprodukt Nicaraguas. Die USA importierten zuvor etwa 80 Prozent des dort produzierten Goldes.

Gegen **Kuba** verhängten die USA 1962 eine Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade. Sie ist der längste und umfassendste Akt wirtschaftlicher Kriegsführung, der je gegen

ein Land geführt wurde. Am 2. November 2022 haben in der UN-Generalversammlung 185 Staaten für die Resolution zur Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba gestimmt. Die USA wurden damit seit 1992 zum 30. Mal in der UNO einhellig verurteilt. Lediglich zwei Staaten stimmten gegen die Resolution: die USA und Israel. Brasilien, das damals noch vom rechten Präsidenten Jair Bolsonaro regiert wurde, enthielt sich, ebenso die Ukraine.

Redaktionell gekürzt

Quelle: amerika21 / 16.4.2023, Auszug aus: UN-Menschenrechtsrat: Sanktionspolitik westlicher Staaten beenden!

Iran: Wohin zieht die Karawane?

Was geschieht im Iran seit September 2022? Die aktuellen Ereignisse und Entwicklungen sind kein Novum in der Geschichte des Landes. Auch wenn sie qualitativ nicht gleichzusetzen sind mit den wiederkehrenden bisherigen Protesten und Aufständen der letzten 43 Jahren der islamischen Republik. Im Grunde genommen verlangen sie hauptsächlich Antworten auf die bisher ungelösten Widersprüche seit den Massenerhebungen zur Konstituierung des freigewählten Parlaments vor 117 Jahren. Aber nicht nur das. Die Frage des politischen Überbaus stand und steht immer im Zusammenhang mit den sozialen Forderungen und Vorzeichen des sozioökonomischen Wandels der Gesellschaft im Laufe der Zeit.

Die Lage im Iran ist prekär. Und sie verschlechtert sich von Tag zu Tag. Seit Monaten steigt die Inflationskurve rapide. Aktuell liegt sie bei über 55 % im Vorjahresvergleich. Der US-Dollar stieg gegenüber der zehnfachen Einheit der iranischen Währung (Toman) um 90 %. Ein Rial (offizielle Währung) ist 0,0000018 Euro wert. Nach staatlichen Statistiken sind mehr als 30 % der Bevölkerung von Armut betroffen. Experten gehen von mehr als 60 % aus. Die grassierende Armut ist keine neue Erscheinung der letzten zehn Monate. Ein Industriefacharbeiter verdient monatlich umgerechnet etwa 200 Euro. Besonders in den vergangenen 25 Jahren wurden infolge der neoliberalen Wirtschaftspolitik und Privatisierung der Großbetriebe Arbeiterlöhne gekürzt oder erst nach mehreren Monaten gezahlt, ja sogar ganz gestrichen. Dies geschah nicht gleichzeitig in allen Betrieben, so daß die Streiks und Arbeitskämpfe im einzelnen Betrieben nicht zur spürbaren Veränderungen führen konnten. Die Korruption erreicht

immer neue Ausmaße. Kaum ein Monat, in dem sich nicht ein Bankdirektor mit einem Milliardenbankvermögen ins Ausland absetzt oder eine Aktiengesellschaft infolge dubioser Geschäfte Konkurs anmeldet.

Unter diesen Umständen haben die unterdrückten Menschen im Iran, vor allem Frauen und junge Leute, die Straßen der Städte im ganzen Land zum Zentrum ihres Kampfes gemacht, um die bestehenden Verhältnisse und Bedingungen zu beenden. Trotz Schwankungen der Intensität der Aktivitäten der Aufständischen in den letzten acht Monaten und der brutalen blutigen Niederschlagung der Revolutionäre ist ihr Kampf ununterbrochen fortgesetzt worden. Die Aktivisten bezeichnen das als einen Protest gegen Frauenfeindlichkeit und Geschlechterdiskriminierung, endlose wirtschaftliche Unsicherheit, Arbeitssklaverei, Armut und Elend und Klassenunterdrückung, nationale und religiöse Unterdrückung. Es ist ein Aufbegehren gegen jede Form von religiöser und nichtreligiöser Tyrannei.

Mitte Februar kamen Vertreter mehrerer unabhängiger Gewerkschaften und Vereine im Iran zusammen und einigten sich auf eine „Charta der Mindestforderungen“. Inzwischen schlossen sich mehrere Dutzend Parteien und Organisationen dem 12-Punkte-Programm der Charta an. Sie fordern „die sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen, das Verbot der Kriminalisierung politischer, gewerkschaftlicher und ziviler Aktivitäten und einen öffentlichen Prozeß gegen die Verantwortlichen für die Unterdrückung von Volksprotesten“. Die Charta beinhaltet nicht nur bürgerliche Rechte der Bevölkerung, sondern darüber hinaus eine ganze Reihe gewerkschaftlicher

Belange wie „Gewährleistung von Arbeitssicherheit, Arbeitsplatzsicherheit und sofortige Erhöhung der Gehälter von Arbeitern, Lehrern, Angestellten und allen arbeitenden und pensionierten Werktätigen unter [...] Beteiligung und Zustimmung gewählter Vertreter ihrer unabhängigen [...] Organisationen“ sowie „Verbot der Kinderarbeit und Sicherung ihres Lebens und ihrer Bildung unabhängig vom wirtschaftlichen und sozialen Status der Familie“. Die Charta verlangt die „Schaffung einer öffentlichen Wohlfahrt durch eine Arbeitslosenversicherung und soziale Sicherung aller arbeitsfähigen und arbeitsunfähigen volljährigen Menschen, kostenlose Bildung und Gesundheitsvorsorge für alle Bürger“. Auf eine friedenspolitische Agenda legt die Charta besonders Wert. Sie fordert die „Normalisierung der Außenbeziehungen auf höchster Ebene mit allen Ländern der Welt auf der Grundlage fairer Beziehungen und gegenseitiger Achtung, Verbot des Erwerbs von Atomwaffen und Streben nach Weltfrieden“.

Schon am 2. und 3. Januar dieses Jahres erklärten 57 kommunistische und Arbeiterparteien ihre Solidarität mit dem Kampf der Iranerinnen und Iraner. In ihrer Erklärung heißt es: „Der Kampf der Iraner zur Gestaltung ihrer Zukunft im Land – ohne Einschüchterung, Unterdrückung und Gewalt – ist ihr natürliches Recht. Wir fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Inhaftierten und den sofortigen Stopp von Folter und Hinrichtung der Protestierenden.“

Kamal Salehezadeh
Hamburg

(Alle gekennzeichneten Zitate sind dem Wortlaut der „Charta“ entnommen.)

Staatsterrorismus – das Glashaus einer Regierung ohne Moral

Das US-Außenministerium hat in seinem Bericht über den Terrorismus Kuba auf der Liste der Nationen belassen, die angeblich den Terrorismus unterstützen.

Der eigentliche Zweck der Verleumdung der Insel als „terroristisch“ ist es, „die illegale Blockade der Vereinigten Staaten gegen Kuba zu rechtfertigen“, heißt es auf dem Twitter Account des Nationalen Kuba-Netztes. Es war die Reagan-Regierung, die 1982 Kuba zum ersten Mal auf diese Liste setzte. 2015 strich Obama die Insel wieder aus besagtem Papier, doch wenige Tage vor dem Amtsantritt von Joe Biden, nahm der ehemalige Präsident Donald Trump Kuba am 12. Januar 2021 wieder in diesen imperialen Katalog auf.

Biden hat diesen Status bestätigt und er tut dies nun erneut, obwohl er im Wahlkampf gesagt hat, daß er die härtesten Sanktionen

Trumps rückgängig machen und zur Normalisierungspolitik der Obama-Regierung zurückkehren würde, ein Versprechen, das nie erfüllt wurde.

Weder die Reagan-Administration noch ihre Vorgänger oder die derzeitige Regierung haben Beweise für solche Art von „Handlungen“ vorgelegt. Kuba betreibt nicht den Hauch einer Terrorismuspolitik, es hat sich immer frontal gegen dieses Übel gestellt. Es hat allerdings reichlich Erfahrung, was die Auswirkungen des Terrorismus angeht, eines Terrorismus, der genau von der Regierung ausgeht, die sich das Recht herausnimmt, Kuba zu beschuldigen.

Seit 1959 ist das kubanische Volk Opfer von Staatsterrorismus durch die aufeinanderfolgenden US-Regierungen gewesen, einschließlich des Bombenanschlags auf ein Zivilflugzeug mitten im Flug, der Invasion seines Territoriums, der biologischen

Kriegsführung und des schamlosesten Akts der Menschenrechtsverletzung, einer Blockade, mit der versucht wird, die Bevölkerung eines Landes auszuhungern und nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

Kuba exportiert keine Waffen in die ganze Welt, es hat statt dessen eine lange Geschichte eines Internationalismus, der Gesundheit in alle Ecken der Welt bringt. Warum wird ausgerechnet ein Land, das Gesundheit in der ganzen Welt verbreitet, als Staat bezeichnet, der den Terrorismus unterstützt? Ist es nicht vielmehr ein Akt des Terrors, einem Volk mitten in der COVID-19-Pandemie die Möglichkeit zu verweigern, Sauerstoff zu kaufen, wie es die Vereinigten Staaten gegenüber Kuba getan haben? Die Vereinigten Staaten haben keine moralische Berechtigung, Kuba zu beschuldigen. Sie sitzen in einem Glashaus.

Aus: Granma, Kuba, 1.3.23

Zeitenwende – Aufrüstung und Militarisierung in Deutschland (I)

(...) Bundeskanzler Scholz behauptete: „Putin will ein russisches Imperium errichten. Er will die Verhältnisse in Europa nach seinen Vorstellungen grundlegend neu ordnen, und dabei schreckt er nicht zurück vor militärischer Gewalt. Das sehen wir heute in der Ukraine. Wir müssen uns deshalb fragen: Welche Fähigkeiten besitzt Putins Rußland, und welche Fähigkeiten brauchen wir, um dieser Bedrohung zu begegnen, heute und in der Zukunft?“¹

Kein Thema bei Scholz, daß die NATO Anfang 2022 insgesamt 3,2 Millionen Soldaten unter Waffen hatte, Rußland lediglich 900 000, davon in Europa 540 000², während es hier zwei Millionen³ NATO-Soldaten gibt. Somit sind knapp viermal so viele NATO-Soldaten in Europa wie russische. Bei schweren konventionellen Waffensystemen von Heer, Luftwaffe und Marine ist das Verhältnis entsprechend.⁴ Scholz formulierte diese Sichtweise Mitte September auf einer Bundeswehrtagung so: Putin wolle „Rußland in Europa als imperiale Macht etablieren – und zwar mit den Landkarten des Zarenreichs oder der Sowjetunion im Kopf“.⁵ Daraus schlußfolgert der Kanzler: „Unsere Armee muß zum Grundpfeiler konventioneller Verteidigung in Europa werden, zur am besten ausgestatteten Streitkraft in Europa!“⁶

Um dem Druck der konventionellen NATO-Übermacht nicht schutzlos ausgeliefert zu sein, setzt Rußland dem seine taktischen Nuklearwaffen entgegen. Bei strategischen Atomwaffen besteht eine Parität dergestalt: Wer als erster schießt, stirbt als zweiter. Jedoch versuchen die USA, dieses strategische Gleichgewicht zu ihren Gunsten auszuhebeln. Dazu wurde ein 2 000 Mrd. Dollar teures Modernisierungsprogramm ihrer Nuklearwaffen⁷

beschlossen und der ABM-Vertrag durch George W. Bush 2001 mit dem Ziel aufgekündigt, ein weltweites Raketenabwehrsystem aufzubauen. Rußland hat Hyperschallraketen entwickelt, die dieses Raketenabwehrsystem überwinden sollen. Trump kündigte 2019 einseitig den INF-Vertrag, weil ohne den Vertrag US-Mittelstreckenraketen überall auf dem Globus errichtet werden dürfen, also auch wieder in Europa. (...)

Warum sind die USA darauf aus, Hyperschallraketen nach Europa, womöglich nach Grafenwöhr, zu bringen. Moskau liegt 1 800 Kilometer von Grafenwöhr entfernt. Was für Ziele gibt es in dieser Entfernung, die unbedingt binnen weniger Minuten zerstört werden müssen?

Dem russischen Präsidenten Putin ist die Bedrohung durch US-Hyperschallraketen bekannt. In seiner Rede am 21. Februar 2022 beschrieb er die Gefahren, die ihm aus einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine erwachsen. Nach dem Austritt Trumps aus dem INF-Vertrag ergäbe sich, wie Putin erklärte, folgende bedrohliche Situation: „Die Flugzeit von Marschflugkörpern ‚Tomahawk‘ nach Moskau beträgt weniger als 35 Minuten, für ballistische Raketen aus dem Raum Charkow – 7 bis 8 Minuten und für die Hyperschall-Schlagmittel – 4 bis 5 Minuten. Das bezeichnet man als ‚das Messer am Hals.‘“⁸ Putin fürchtet einen Enthauptungsschlag. Denn bei einer Flugzeit von 5 Minuten bleibt keine Möglichkeit, militärisch auf den Überraschungsangriff zu reagieren, nicht einmal, um einen Gegenschlag zu starten. Die fünf Minuten werden allein für die Verifikation benötigt. Je weiter von Moskau entfernt Dark Eagle stationiert werden, desto eher besteht eine Reaktionsmöglichkeit.

Was wird Putin unternehmen, wenn Dark Eagle in Deutschland stationiert werden, nachdem Scholz dazu grünes Licht gegeben hat? Ein russischer Präventivschlag wäre völkerrechtlich legitim. Wir wissen es nicht. Aber die Fragen sind alarmierend genug.

Eins ist klar: Kommen US-Hyperschallraketen nach Europa, steigen die Spannungen ins Unermeßliche. Die russische Regierung sieht sich nachvollziehbar in ihrer Souveränität bedroht. Die Raketen wirken in höchstem Maße destabilisierend. Die Bundesregierung darf Hyperschallraketen in Deutschland nicht zulassen, die Multi-Domain-Taskforce muß Deutschland wieder verlassen.

Das „Bühler-Papier“

Ausgehend vom Papier des damaligen Chefs des Planungsstabs im Verteidigungsministerium, Erhard Bühler, aus dem Jahr 2017 wurde die Bundeswehrrüstung nicht mehr auf Auslandseinsätze, wie Kosovo oder Afghanistan, sondern wieder auf Landes- und Bündnisverteidigung

hin ausgerichtet.⁹ Das Heer sollte bis 2031 nicht mehr nur über sechs halbwegs ausgerüstete (zu 70 Prozent ausgerüstete), sondern künftig über zehn Brigaden verfügen, die zu 100 Prozent ausgerüstet sind.¹⁰ Man spricht hier von einer sogenannten Kaltstartfähigkeit. Da sich jedoch in der Regel 30 Prozent des Materials in der Instandsetzung befinden oder modernisiert werden, müßte man 30 Prozent mehr Material zur Verfügung haben. Das bedeutet, die Kaltstartfähigkeit erfordert 130 Prozent an Material.¹¹ Somit bewirkt die Aufrüstung auf Grundlage des Bühler-Papiers quasi eine Verdopplung der Kampfkraft von 70 auf 130 Prozent.

Die Finanzierung dieser Vorhaben

Als Folge des Beschlusses des NATO-Gipfels in Wales 2014, daß sich die Mitgliedstaaten bis 2024 auf eine Erhöhung der Militärausgaben zubewegen sollen, die zwei Prozent ihres BIP entsprechen, steigerten die jeweiligen Bundesregierungen seitdem diese Ausgaben Jahr für Jahr. Verzeichnete die NATO für Deutschland 2014 nach ihren Kriterien – und nur die gelten – Ausgaben von 34,75 Mrd. Euro (1,19 % des BIP), kommt sie bei den nominalen Ausgaben für 2021 schon auf 52,43 Mrd. Euro (1,46 % des BIP)¹².

Von der Leyens Forderung von 2016 nach insgesamt 130 Mrd. Euro für neue Waffen und Ausrüstungen bis 2031 war ein markanter Meilenstein dieser Taktgeberin der deutschen Aufrüstung.¹³ Sie gab 2018 gegenüber der NATO an, bis 2024 die Marke von 1,5 % erreichen zu wollen. Es war ihrer Nachfolgerin im Amt, Anngret Kramp-Karrenbauer, 2019 vorbehalten, zu verkünden, das Zwei-Prozent-Ziel bis 2031 erreichen zu wollen.¹⁴

1 Plenarprotokoll 27.2.2022, S. 1352

2 Krister Pallin, Military Forces in Northern Europe, in: Schwedisches Verteidigungsministerium, Western Military Capabilities in Northern Europe 2020, 134 Seiten, Tabelle 4.1, S. 86, <https://www.foi.se/rest-api/report/FOI-R--5012--SE>

3 Vor dem Ukraine-Krieg kamen 1,895 Mio. aus europäischen NATO-Staaten, ca. 75 800 aus den USA.

4 Die NATO hat das Doppelte an Kampfpanzern und das 3,3fache an gepanzerten Kampffahrzeugen im aktiven Dienst, hält das 4,8fache sowohl an Kampfflugzeugen als auch an Kampfhelikoptern aktiv. Berücksichtigt man zudem auch die Artillerie und die jeweiligen Reserven dazu, halten sich die Bestände der schweren Waffen der Landheere die Waage. Allerdings verschafft ihre Qualität der NATO einen Vorteil. Zudem hat die NATO das 9,1fache an hochseegängigen Überwasserkampfschiffen und das 3,2fache an taktischen U-Booten im Dienst. Quelle: International Institute for Strategic Studies (IISS), The Military Balance 2021, 516 Seiten. Berechnungen des Autors.

5 FAZ 17.9.22 Scholz will starke Truppe

6 FAZ 17.9.22 Scholz will starke Truppe

7 Julia Gledhill, William Hartung, Frohlocken bei Lockheed, Le Monde diplomatique, Mai 2022, Seite 5: genauer „für eine neue Generation

der ‚nuklearen Triade‘ (Bomber, Raketen und U-Boote) samt den entsprechenden neuen Atomsprenköpfen,“

8 Dr. Rainer Böhme, dgksp-Diskussionspapiere, Dresden, März 2022, 151 Seiten, ISSN 2627-3470, S. 67 f.

9 Verteidigungsministerium will das Heer umstrukturieren, faz.net 6.4.17, Bis zu den Sternen, FAZ.net, 19.4.2017

10 Zudem gibt es ein sogenanntes Rahmennationenkonzept. Das besagt, daß sich kleinere Staaten militärisch um größere Staaten gruppieren sollen. Deutschland ist so eine Rahmennation und soll insgesamt 15 Brigaden militärisch führen können. Das sind etwa 75 000 bis 80 000 Heeressoldaten gleichzeitig.

11 Soldat und Technik, Waldemar Geiger, 24.3.2022, <https://soldat-und-technik.de/2022/03/streitkraefte/30527/kaltstartfaehigkeit-braucht-mehr-als-100-prozent-vollausstattung/>

12 NATO, Defence Expenditure of NATO countries 2014 – 2022, 21.3.2023, (Stand 7.2.23), 16 Seiten, S. 6 u. 8 https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2023/3/pdf/230321-def-exp-2022-en.pdf

13 26.1.2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-ursula-von-der-leyen-will-130-milliarden-euro-investieren-a-1074065.html>

14 11.10.19, <https://www.sueddeutsche.de/politik/nato-kramp-karrenbauer-zwei-prozent-ziel-bis-2031-erreichen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-191011-99-262774>

Nach Scholz' Zeitenwende-Rede sollen die zwei Prozent schon 2022 erreicht werden und nicht erst 2031. Die „mehr als“ zwei Prozent speisen sich jeweils aus dem regulären Bundeshaushalt und den 100 Mrd. Euro Sonderschulden, die maximal bis Ende 2030 zur Verfügung stehen. So der Bundestagsbeschluss vom 3. Juni 2022.¹⁵ Dieser Beschluss legt außerdem fest, daß die zwei Prozent jeweils als Mittelwert aus fünf Jahren errechnet werden sollen. Diesen Umstand hat die damalige Verteidigungsministerin Lambrecht der FAZ gegenüber bestätigt. Sie sagte: „Deswegen haben wir das Begleitgesetz geschrieben, daß wir das Zwei-Prozent-Ziel erreichen werden, aber eben im Mittel innerhalb von fünf Jahren. FAZ: Also nach Ihrer Theorie: Zweimal 1,5 und dreimal 2,3 macht dann über fünf Jahre durchschnittlich zwei Prozent pro Jahr. Lambrecht: Das ist nicht die Theorie, sondern so haben wir es miteinander im Begleitgesetz beschlossen.“¹⁶

Für 2023 hat der Bundestag 50,1 Mrd. Euro für den Einzelplan 14 beschlossen, jedoch erstmals die Entnahme von 8,5 Mrd. Euro aus den Sonderschulden¹⁷ angekündigt, so daß nominal die deutschen Ausgaben zunächst auf 58,6 Mrd. Euro hochschnellen werden (+ 17 %). Aber schon Ende März bewilligte der Bundestag zusätzlich 1,3 Mrd. Euro für Waffen an die Ukraine und für Waffenersatz für die Bundeswehr, womit in diesem Jahr 60 Milliarden erreicht werden dürften. Eine offizielle Schätzung der NATO für die deutschen Ausgaben in diesem Jahr liegt noch nicht vor. Wenn er wieder um 7,3 Milliarden über dem nominellen Ansatz liegt, wie im Vorjahr, und davon ist auszugehen, kommen wir nach NATO-Kriterien auf 67 Mrd. in diesem Jahr.

Wie hoch der prozentuale Anteil am BIP 2023 sein wird, hängt natürlich von der Höhe des BIP selbst ab. Die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren für 2023 ein Wirtschaftswachstum von 0,3 Prozent bei einer Inflation von 6 Prozent.¹⁸ Wenden wir diese Zahlen an, so kommen wir auf ein BIP von 4.110 Mrd. Euro.¹⁹ Demnach würden die 67 Mrd. Euro einen Anteil von 1,63 Prozent am BIP bedeuten.

Verteidigungsminister Pistorius hat angekündigt, daß 2025 das Zwei-Prozent-Ziel erreicht werden soll.²⁰ Nehmen wir für 2024 eine Steigerung an, die auf dem halben Weg zwischen den 1,63 Prozent (für 2023) und den 2 Prozent

(für 2025) liegt, also bei 1,82 Prozent, so ergibt sich für die ersten drei der fünf Jahre eine Zahl von 5,45 Prozent. Für die beiden folgenden Jahre 2026 und 2027 müssen sich ansteigend zusammen 4,55 Prozent aufteilen, also 2,18 für 2026 und 2,37 Prozent für 2027. Wie hoch wird dann jeweils das BIP sein?

Für 2024 sagen die Wirtschaftsforschungsinstitute eine Inflation von 2,4 Prozent und ein Plus beim BIP von 1,5 Prozent voraus, so daß sich daraus ein BIP von 4.270 Mrd. Euro errechnet.²¹ 1,82 Prozent davon macht für die Bundeswehr 77,7 Mrd. 2024, also 10 Mrd. mehr als dieses Jahr. Pistorius hat sich bereits Anfang März entsprechend geäußert. Die FAZ zitiert ihn: „Pistorius fordert für die Bundeswehr und für die Bündnisversprechen einen deutlich steigenden Etat, zehn Milliarden pro Jahr seien nötig.“²²

Mit welchen Steigerungen ist danach zu rechnen? Die Forschungsinstitute sagen für 2025, 2026 und 2027 je ein Plus beim BIP von durchschnittlich 0,9 Prozent voraus.²³ Nehmen wir an, die Inflation wird ab 2025 schon auf zwei Prozent im Jahr gesenkt, ergibt sich ein BIP für 2025 in Höhe von 4.394 Mrd., davon 2 Prozent sind 87,8 Mrd., 2026 sind wir bei 98,6 Mrd. und 2027 bei 110 Mrd. für die Bundeswehr nach NATO-Kriterien. Also um 43 Milliarden über dem Wert für dieses Jahr.^{24 25}

Wir halten fest: Im Jahr 2026 oder 2027 werden die Ausgaben für die Bundeswehr nach Kriterien der NATO erstmals die Grenze von 100 Milliarden Euro überschreiten (!). Um das bezahlen zu können, wird zunächst in hohem Maße auf die Sonderschulden zurückgegriffen werden müssen, spätestens ab 2031 werden diese aufgebraucht sein, so daß sämtliche Ausgaben direkt aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden müssen. Hinzu kommt ab 2028 schon die Tilgung inklusive Zinsen dieser Sonderschulden, für die 30 Jahre lang mindestens drei Milliarden jährlich dem Bundeshaushalt

entnommen werden müssen.²⁶ Und das geht auf Kosten der Sozialleistungen.²⁷ Darauf hat zuletzt Finanzminister Lindner (FDP) unmißverständlich hingewiesen. Unter der Überschrift: „Lindner will 20 Milliarden Euro sparen“, gibt der Spiegel ihn mit den Worten wieder, „vorrangig müsse in den Ressorts mit den höchsten Sozialausgaben gespart werden. Das seien die Ministerien für Arbeit und Familie. [...] Verschont werden soll das Verteidigungsministerium.“²⁸ Hier sehen wir den klaren Zusammenhang von Kriegspolitik und Sozialpolitik. Der Euro kann nur einmal ausgegeben werden, entweder für Rüstung oder für zivile Dinge. Die Gewerkschaften sind aufgerufen, für den Erhalt der Sozialausgaben zu kämpfen.

Klar ist, daß die Regierung dauerhaft – auch nach 2027 – bei über zwei Prozent bleiben will. Ein entsprechender Beschluss soll auf dem NATO-Gipfeltreffen in Vilnius am 11. und 12. 7. gefaßt werden. Das bedeutet, daß die Bundeswehrausgaben jenseits der 100 Mrd. Euro-Marke liegen werden. Damit die Bevölkerung das möglichst klaglos hinnimmt, wird vor einem angeblichen russischen Imperialismus gewarnt und wie seit Jahrzehnten schon die Gefahr aus dem Osten zelebriert. Zudem macht Pistorius einen auf Alarmismus: „Wir haben keine Streitkräfte, die verteidigungsfähig sind, also verteidigungsfähig gegenüber einem offensiven brutal geführten Angriffskrieg.“²⁹ Und seine SPD-Kollegin Eva Högl, Wehrbeauftragte des Bundestages, forderte wiederholt, man bräuchte „300 Milliarden Euro, um in der Bundeswehr signifikant etwas zu verändern.“³⁰ Also nicht 100, sondern 300 Milliarden.

Finanziert werden soll damit die umfassende Aufrüstung von Heer, Marine und Luftwaffe. So soll für alle Teilstreitkräfte neue Munition gekauft werden. Kosten: sage und schreibe 20 Mrd. Euro. (...) **Lühr Henken**

Auszug aus einem Vortrag, den Lühr Henken am 20. April auf einer Bündnisveranstaltung des Arbeitskreises Frieden Nordhorn und des DGB-Kreisverbands Grafschaft Bentheim gehalten hat.

Der Autor ist Ko-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, Herausgeber der Kasseler Schriften zur Friedenspolitik und arbeitet mit in der Berliner Friedenskoordination.

21 BIP 2023: 4110 Mrd. Euro. BIP 2024: 4110 x 1,039 = 4.270 Mrd. Euro

22 FAZ 2.3.23 Pistorius: Nicht fähig zur Abwehr

23 FAZ 6.4.23 Durchschnitt des BIP-Wachstums bis 2027: + 0,9 Prozent

24 BIP 2024: 4.270 Mrd. Euro. BIP 2026: 4.270 x 1,058 = 4.518 Mrd. Euro. BIP-Prognosen im Mrd. Euro: 2023: 4.110, 2024: 4.270, 2025: 4.394, 2026: 4.521, 2027: 4.652, 2028: 4.787, 2029: 4.926, 2030: 5.069. Wobei von 2028 bis 2030 die Vorhersage der Wirtschaftsforschungsinstitute (+0,9 % des BIP p.a. von 2023 bis 2027) und eine Inflationsrate von 2 % p.a. angenommen wurde.

25 Würde die Berechnung ein Jahr vorgezogen und bei 2022 beginnen, was in der Rede Scholz' zur „Zeitenwende“ am 27.2.22 vorgesehen war, ergebe sich für 2026 ein Anteil von 3,06 % am BIP und den Betrag von 138 Mrd. Euro für die Bundeswehr nach Kriterien der NATO. Aufgrund des errechneten enormen Anstiegs der Ausgaben von 2025 auf 2026 um 71 Mrd. Euro (von 67 auf 138 Mrd. Euro), der sich zwingend unter Anwendung des Begleitgesetzes zum Sondervermögen Bundeswehr ergibt, ist mit einer Verschiebung des Startjahres von 2022 auf 2023 zu rechnen.

26 Derzeit geht man von insgesamt 13 Milliarden Zinsen aus, so daß von den 100 nur 87 Milliarden für Waffen übrig bleiben. Esut.de, 31.1.23, <https://esut.de/2023/01/meldungen/39784/bundeswehrsondervermogen/>

27 Nicht nur die 100 Mrd. aus dem Sondervermögen Bundeswehr müssen ab 2028 zurückgezahlt werden, auch 537,6 Mrd. für Coronahilfen für Betriebe oder Unterstützungen für Strom- und Gaskunden („Doppelwumms“), so daß von jährlichen Tilgungsraten von bis zu 20,6 Milliarden Euro auszugehen ist. Darin sind die ca. 3 Mrd. p.a. für die Bundeswehr noch nicht enthalten. (Der Spiegel 4.2.23)

28 Der Spiegel 15.4.23, S. 55

29 FAZ 2.3.23 Pistorius: Nicht fähig zur Abwehr

30 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 15.1.2023, FAZ 15.3.23

15 Bundestag-Drucksache 20/2090 vom 2.6.22, 16 Seiten, S. 3, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/020/2002090.pdf>

16 FAZ 30.11.22 „Die Helme haben auch Leben gerettet.“

17 Wirtschaftsplan des Sondervermögens Bundeswehr 2023 als Bestandteil des Einzelplans 60 in: Bundesministerium der Finanzen, 29.6.2022, Kabinettsache Datenblatt-Nr. 20/08043, 1.504 Seiten, Anlage 15, S. 1293 ff. <https://cdn.businessinsider.de/wp-content/uploads/2022/07/Kabinettsvorlage.pdf>

18 FAZ 6.4.23

19 Das Statistische Bundesamt ermittelt für Deutschland für 2022 ein BIP von 3.867,1 Mrd. Euro

20 FAZ 3.4.23

Brief an ehemalige Freunde

Wir waren uns nahe. Unsere Freundschaft wuchs aus gemeinsamen Überzeugungen und Zielen in einem politischen Kampf, für den wir vieles zu wagen und zu opfern bereit waren. Jetzt stehen wir uns plötzlich mit Grimm gegenüber, fast wie Feinde. Oder gehen uns aus dem Weg, denn eine Verständigung ist nicht möglich. Über eine politische Meinungsverschiedenheit geht es beim Streit über den Krieg in der Ukraine weit hinaus. Unverständnis mischt sich mit Enttäuschung und dem Gefühl, Freunde verloren zu haben. Im Kern geht es um meine Überzeugung: Der Krieg hätte vermieden werden können – hätte der Westen die legitimen Sicherheitsinteressen Rußlands nicht gezielt und in voller Absicht mißachtet. Das Ziel: „Overextending and Unbalancing Russia“, wie die Rand Corporation 2019 der US-Regierung empfahl. Während sogar bürgerliche Prominente vor dieser gefährlichen Provokation warnten („Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ vom 5. Dezember 2014!), habt Ihr die Strategie der USA und der NATO gegenüber Rußland und der Ukraine einfach nicht zur Kenntnis genommen.

Wenn ich Euch über die Notwendigkeit von Waffenlieferungen und den Sieg über Putin reden höre, bin ich fassungslos: Woher nehmt Ihr das Vertrauen zu einem Staat, der erklärtermaßen die einzige Weltmacht sein und mit allen Mitteln bleiben will? Zu einem Militärbündnis, das nicht Frieden sichert, sondern Kriege schafft? In einer grotesken Umkehrung projiziert Ihr jetzt alle Lügen und Kriege und menschenverachtenden Praktiken des Aushungerns, der Ausbeutung, der Destabilisierung, des Regime Change, der Folter und der extralegalen Tötungen von Bush, Obama, Hillary Clinton, Trump, der Neocons etc. auf Putin: Das ist nicht geschichtsvergessen, verletzt nicht nur jede intellektuelle Redlichkeit – das ist eine Form der Verleugnung, die nicht rational zu fassen ist.

Nutzlos, Brzezinskis Plan für die Weltherrschaft der USA und all die Gräueltaten im Irak, Syrien, Libyen aufzuzählen, die halbe Million toter Kinder im Irak, die Frau Albright so salopp zu opfern bereit war, auf Boltons Wahlversprechen, den Sieg über Iran demnächst in Teheran zu feiern etc. hinzuweisen – Ihr wißt Bescheid. Aber all das hat eure Einstellung genauso wenig verändert, wie das Massaker in Odessa, die Milliarden Dollar für Putsch und Krieg in der Ukraine, die verlogenen Minsker Verträge, die einzuhalten weder Poroschenko noch Merkel gedachten, oder die zynischen, menschenverachtenden Äußerungen der vom Westen gehätschelten Timoschenko und Poroschenko gegenüber Russen in der Ukraine. Wie könnt ihr all dieses Wissen verdrängen? Der hegemoniale Anspruch des Westens zielt nicht zuletzt auf Köpfe und Herzen – mit Erfolg: Cognitive Warfare. Ihr schaut Tagesschau, Anne Will und Markus Lanz, lest

die taz und die Zeit und fühlt Euch gut informiert. Früher hättet Ihr gelacht über so viel Naivität und gefragt: noch nie von Machtelite und von der Funktion der Medien in einer Klassengesellschaft gehört? Wie ertragt Ihr die Haßprediger wie Melnyk und Strack-Zimmermann und Hofreiter, diese Lobbyisten des Todes, mit ihrer unentwegten Hetze?



„Lobbyistin des Todes“: Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP)

Die absolut einseitigen Nachrichten und Kommentare der „Vierten Gewalt“, die zur NATO-Pressestelle mutiert und zum Sprachrohr der Regierung? Allem Anschein nach lebt Ihr nach dem Prinzip: Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Denn Ihr seid endgültig angekommen in dieser kapitalistischen Gesellschaft, profitiert von ihr und besänftigt den Rest von schlechtem Gewissen durch Identifikation mit der Propaganda der „Guten“. Endlich habt Ihr ein klares Feindbild und müßt nicht die Verbrechen des Systems verdrängen, zu dessen wichtigsten Stützen Ihr geworden seid. Statt dessen zeigt Ihr vollen Einsatz für Gendern und Identitätspolitik. Eure Moral ist nicht nur selektiv, sondern durch und durch heuchlerisch.

Habt Ihr Euren kritisch-demokratischen Anspruch aufgegeben? An politischen Aktionen beteiligt Ihr Euch ohnehin nicht mehr. Ihr habt das Agieren an die Instanzen delegiert, die Ihr früher radikal kritisiert, deren Legitimation in Frage gestellt habt: an den Staat mit seinen Institutionen und an die Systemparteien. Endlich könnt Ihr Euch an der Seite der Starken und Guten ausruhen. An diesem Platz werden wir uns nicht begegnen.

Ein grauenhafter Krieg in der Ukraine – übrigens seit vielen Jahren, in denen nichts von Euch zu hören war. Ausbeutung eines Landes durch IWF und Konzerne, verbunden mit Oligarchenherrschaft und Korruption

– Ihr habt geschwiegen. Jetzt die Zerstörung aller menschlichen Werte, Menschen, die geschickt werden, zu töten und zu sterben. Aber ich frage Euch: Wo war Euer Entsetzen, wenn Ihr von den Kriegen und Zerstörungen und Toten und Gräueltaten der letzten zwanzig Jahre „all over the world“ gehört habt? Wie kann Euer Mitleid so selektiv sein?

Habt Ihr da auch für Wirtschaftssanktionen gegen die Aggressoren plädiert, gar Waffenlieferungen, den Ausschluß ihrer Künstler und Sportler gefordert, ihre Politiker isoliert und ihre Oligarchen enteignet? Ihr hättet viel zu tun gehabt. Macht Euch diese Zeitenwende keine Angst? Wir wissen inzwischen alles über Kaliber und Reichweite des Leopard-2, aber nichts über Konfliktvermeidung und Konfliktlösung. Kinder wachsen derzeit mit Feindbildern auf und lernen, daß bei Streit Reden zwecklos und Gewalt das einzig Vernünftige ist. Sich in den anderen hineinversetzen? Gegenseitige Sicherheitsbedürfnisse respektieren? Gefährlich!

Enttäuschung, sogar Trauer: Ja, ich vermisse Euch, gerade jetzt, wenn ich in dieser Atmosphäre von Haß und Lüge und Heuchelei und Kriegshetze besonders stark auf Mitdenker und Mitstreiter angewiesen wäre. Ich habe keine Hoffnung, daß wir uns wieder in gemeinsamen Einsätzen gegen hegemoniale Ansprüche, Militarismus und Neokolonialismus treffen. In Eurem selbstgefälligen Schwarz-Weiß- und Freund-Feind-Enthusiasmus fühle ich

mich deplatziert. Ich sehe Euch in einer selektiven Empathie nicht moralisch handeln, sondern moralisieren.

Manchmal finde ich mit meinen Befürchtungen und Ängsten Resonanz – bei Euch schon länger nicht mehr. Ich fühle mich nicht mehr so isoliert, wenn mir eine Unbekannte von einer Hochschule auf einen offenen Brief von mir antwortet: „Ich bin entsetzt über die weiteren Eskalationen von allen Seiten, über die Kriegsbegeisterung in den Medien und die konstante Abwertung aller gewaltdeeskalierten Stimmen, die quasi-religiöse Verklärung der ukrainischen Streitkräfte zu Verteidigern ‚europäischer Werte‘, die Verknennung der Tatsache, daß es auch unter den ukrainischen Soldaten, die subjektiv meinen, für eine gerechte Sache zu kämpfen, unzählige PTBS-Fälle und Suizide geben wird, über die Ignoranz, die Feindbilder, den Militarismus in ganz Westeuropa, über die Nachricht, wie durch die Einmischungen aus Großbritannien und den USA ein schon weit gediehener Verhandlungsstand im Frühjahr 2022 zunichte gemacht wurde – und über vieles, vieles mehr.“ Vielleicht sind diese Menschen neue Verbündete und Freunde.

Georg Rammer

Redaktionell leicht gekürzt

Aus: Zeitschrift „Ossietzky“, 5/2023

Auf Kollisionskurs zur Realität

Brüssel und Berlin wollen Russland-Sanktionen auf Drittstaaten ausweiten und haben China im Visier. Währenddessen verliert auch die Exportwirtschaft an Dynamik.

Sanktionen, teure Energie, allgemeine Inflation und soziale Verwerfungen: In der deutschen Wirtschaft mehren sich im Frühjahr 2023 die Probleme. Vor allem die auf Exporte orientierten Unternehmen bekommen den Gegenwind zu spüren, der aus dem politischen Handeln der EU-Kommission und der Bundesregierung erwächst. Dabei war und ist gerade die auf Ausfuhren orientierte Industrie der wohl wichtigste Faktor dafür, daß Deutschland zu den fünf führenden Wirtschaftsnationen der Welt gezählt wird. War schon seit 2016, als der Saldo aus Aus- und Einfuhren einen historischen Höchststand erreicht hatte, die Entwicklung weniger dynamisch, so hat sich seit Beginn der Sanktionspolitik im Februar 2022 das Bild deutlich schneller gewandelt.

Dabei sehen aktuelle Zahlen auf den ersten Blick gut aus. Anfang Mai hatte das Statistische Bundesamt mitgeteilt, daß im ersten Quartal 2023 Waren im Gesamtwert von 398,2 Milliarden Euro ins Ausland verkauft worden seien. Laut der Behörde waren das 7,4 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Doch hinter den knappen Schlagzeilen, die vermeintlich frohe Botschaften verkünden, verbergen sich Verschiebungen im Gesamtgefüge des Außenhandels. Der Handel des einstigen „Exportweltmeisters“ wächst zwar weiter stark, aber vor allem auf der Importseite. Ein Blick auf die Außenhandelsstatistik der zurückliegenden zehn Jahre zeigt zweierlei: Erstens eine jährliche Steigerung der Warenausfuhren bis einschließlich 2022 – trotz „Corona-Pandemie“ und gravierender Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens. Und zweitens eine Trendumkehr bei den Außenhandelsüberschüssen seit 2017.

Disproportionen

So wurde im vergangenen Jahr mit Exporten im Wert von 1,576 Billionen Euro (1.576 Milliarden) der absolute Höchstwert seit Existenz der BRD erreicht. Dem standen allerdings auch Rekorderinfuhren in Höhe von 1,494 Billionen Euro gegenüber. Der Saldo ergab immer noch einen Außenhandelsüberschuß von gut 82 Milliarden Euro, er hat sich aber im Vergleich mit dem Jahr zuvor (2021 lag er bei 175,3 Milliarden Euro) um mehr als die Hälfte verringert. Deutschland mußte 2022 rund 290 Milliarden Euro mehr für Importe aufwenden als 2021. Das dürfte vor allem – und in erster Linie – den rapide gestiegenen Preisen für Roh- und Brennstoffe im Zuge der „Straffaktionen gegen Putin“ geschuldet sein.

Ein hoher Handelsbilanzüberschuß gilt üblicherweise als Ausweis der starken Konkurrenzfähigkeit einer Volkswirtschaft und führt in vielen Fällen auch zu einem Plus in der Leistungsbilanz. Innerhalb der EU hatte sich spätestens seit der Finanzkrise 2008

und der dadurch veranlaßten „Rettung“ ganzer Volkswirtschaften vor einer Staatspleite (Griechenland, Portugal etc.) der politische Unmut gegenüber der BRD-Wirtschaft ständig verstärkt. Ein derartiger Überschuß galt nicht mehr als Ausweis guten kapitalistischen Profitstrebens. Statt dessen wurden Leistungsbilanz- und Handelsbilanz-Plus in Verkennung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses im Lande, der EU und der Welt als „unfair“ oder gar „ausbeuterisch“ gebrandmarkt – ohne an den grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung etwas ändern zu können. Das führte letztlich zu politischen Fehlentscheidungen und „regulatorischen Eingriffen“ u.a. der EU-Kommission (Empfehlungen zur Verringerung beider Salden) – aber zu keiner Änderung des Status quo.

Sorgenfalten beim Kapital

Mit Blick auf die Gesamtwirtschaft – und darin eingeschlossen ist unbedingt die EU, deren finanzielle Flexibilität (um nicht zu sagen deren Existenz) zu fast einem Drittel von der Stärke der BRD-Wirtschaft abhängt, – zeigt sich, daß die Sorgenfalten bei den deutschen Kapitalfunktionären und -Lobbyisten berechtigt sind. Da ist der Fakt, daß im März die Exporte um 5,2 Prozent gegenüber dem Februar zurückgingen – im Vergleich mit dem Vorjahresmonat aber um fünf Prozent stiegen. Dennoch bezeichnet der Lobbyverband der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) die Aussichten als nicht rosig, auch wenn statt der Ursachen die Folgen benannt werden: „Geopolitische Risiken, immer wieder aufflammende Turbulenzen an den Finanzmärkten, die weiterhin hohen Inflationsraten und Kaufkraftverlust sowie gestiegene Zinsen sorgen für große Unsicherheiten im Auslandsgeschäft der deutschen Unternehmen“, referierte DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier Anfang Mai.

Man kann das auch anders sagen. Das deutsche Kapital gibt sich selbst in einer Existenzkrise handzahn. Offensichtlich ist zwar, daß die „geopolitischen Risiken“ (Wirtschaftskrieg, Inflation, Kriegstreiberei) bewußt geschaffen wurden, aber das traut sich kein Kapitallobbyist zu sagen. Die „Turbulenzen an den Finanzmärkten“ kann man auch als logische Folge der weitreichenden Deregulierung des Casino-Kapitalismus betrachten. Übermächtige Fondsgesellschaften realisieren über Finanzwetten jeglicher Art die mutmaßlichen Profite kommender Reproduktionszyklen bereits in der Gegenwart und verfrühstücken sie. Dies hat wiederum den Investitionsdruck und damit die Suche nach neuen profitablen Anlagemöglichkeiten des so geschaffenen Geldes (ohne Waren- oder Leistungsgrundlage) extrem erhöht. Wen wundert es da, daß selbst stockkonservative US-Hedgfonds plötzlich das Klima „retten“ wollen. Dennoch steht das US-Kapital vor einer weiteren, womöglich heftigen Banken- und Finanzkrise, die auch den Rest der Welt erfassen dürfte.

Fragwürdige Eskalation

In Berlin jedoch scheint man weder vom abgemagerten Handelsbilanzüberschuß noch von der Inflation und deren Ursachen Kenntnis zu nehmen. Von den anderen brennenden Problemen, wie eskalierende Arbeitskämpfe, Wohnungsnot, steigender Staatsverschuldung, oder einer gescheiterten Asylpolitik ganz zu schweigen. Statt dessen sorgt sich die Bundesregierung um die Wirksamkeit ihrer Wirtschaftskriegsmaßnahmen gegen Moskau. „Im Kampf gegen die Umgehung von Rußland-Sanktionen sollen nach dem Willen der Bundesregierung Unternehmen stärker in die Pflicht genommen werden“, hieß es in Medienberichten Mitte Mai. Demnach hatte der deutsche Botschafter bei der EU bei Verhandlungen in Brüssel einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet. Der ziele darauf hin, daß sich Unternehmen aus Nicht-EU-Ländern beim Kauf von bestimmten Waren in der EU vertraglich verpflichten müßten, diese später nicht nach Rußland zu exportieren. Zudem sollen die Importeure auch schriftlich versichern, die gekauften Güter nur dann an andere Unternehmen weiterzuverkaufen, wenn diese ebenfalls eine „Nicht für Rußland“-Klausel unterschreiben.

Historisch ist der Freihandel maßgeblich für die Entwicklung des Kapitalismus bis zu seinem vorläufigen Höhepunkt Anfang der 2000er Jahre verantwortlich. Doch diese Blütezeit scheint spätestens seit der globalen Finanzkrise 2007/2008 vorbei. Seitdem ist der „Westen“ unter US-Führung zwar deutlich aggressiver, wirtschaftlich und finanziell allerdings sichtlich schwächer geworden. Abgesehen davon, daß sich Berlin und Brüssel immer noch zum Mittelpunkt der Welt zählen, paßt ein solches Vorhaben ins Bild der bislang gezeigten wirtschaftlichen Kompetenz der „Ampel“-Regierung. Das inbrünstige Festhalten am propagandistischen Narrativ vom „russischen Angriffskrieg“ und der eigenen „Werte“ verdammt die Bundesregierung dazu, die materiellen Interessen der eigenen Bevölkerung weitgehend zu ignorieren. Zugleich werden Handelspartner wie Bittsteller behandelt – was nicht nur die Produktionsverhältnisse deformiert und die Entwicklung der Produktivkräfte hemmt, sondern auch außenpolitisch weiteres Porzellan zerschlägt.

Die aktuelle Brisanz dieser geplanten Verschärfung liegt allerdings darin begründet, daß die Volksrepublik China einer der wichtigsten Handelspartner der Russischen Föderation ist – und auch Deutschlands und der EU. Es ist kaum vorstellbar, daß sich die größte Volkswirtschaft der Welt (gemessen vom IWF bezogen auf Kaufkraftparität) von der seltsamen Staatengruppe die Art und Weise ihrer kommerziellen Beziehungen vorschreiben läßt. Entsprechende Ansagen hatte das Außenministerium in Peking bereits Ende April gemacht. Klar ist: Washington drängt die EU zu derlei Maßnahmen, Brüssel ist eifrig dabei und selbstverständlich – wie Berlin – einverstanden.

Da liegt die Vermutung durchaus nahe, daß die US-Führung ihren handzahmen „Partner“ nun endgültig in einen Wirtschaftskrieg auch mit China treiben will.

Das Grundproblem aller solchermaßen exekutierten politischen Narrative bleibt die Realität. Und die wird anscheinend weder in Brüssel noch in Berlin zur Kenntnis genommen. Sanktionen gegen chinesische Unternehmen könnten zu einer Kaskade von Gegenmaßnahmen führen, gegen die sich die „gerissenen Lieferketten“ der

Corona-Zeit harmlos ausmachen dürften. Deshalb wurden die Ideen zum elften geplanten EU-Sanktionspaket nicht in allen EU-Mitgliedstaaten wohlwollend betrachtet. Selbst Frankreich schien zumindest bis Mitte Mai zögerlich, diesen Kurs mitzutragen. Dazu haben diese Staaten allen Grund. Für Deutschland und die EU stehen die Sterne weiterhin nicht gut. Wenn sich in einem hochentwickelten Export-Industrieland innerhalb eines Jahre die Energiepreise aufgrund Regierungsentscheidungen

verdoppelt oder zeitweise verdreifacht haben, kann auch der Handel nicht prosperieren – denn die Konkurrenzbedingungen haben sich gravierend geändert. Wichtigste Ausfuhrartikel der BRD in den vergangenen Jahren waren Fahrzeuge und Fahrzeugteile. Deren Produktion ist und bleibt energieintensiv – und wird mit Sicherheit profitabler, wenn sie demnächst in den USA oder in China stattfindet.

Klaus-Dieter Fischer
Berlin

„Alles hat ein Ende – auch die Marktwirtschaft“

Unter diesem Titel verfaßte Dr. Wolfgang Beck, der letzte Betriebsdirektor des VEB Elektromotorenwerk Wernigerode (ELMO) eine Biographie, die spannend, interessant und lesenswert ist. Der Autor berichtet in aller Ausführlichkeit kompetent und sachlich über den herausfordernden Arbeitsalltag als Betriebsdirektor eines Großbetriebes, über die großen Schwierigkeiten, denen sich die volkseigenen Betriebe nach der Übernahme der DDR in die BRD gegenübersehen.

Beck, das wird beim Lesen schnell klar, ist ein Insider. Er kennt sozialistische Planwirtschaft und kapitalistische Marktwirtschaft bis ins Detail und aus eigener Erfahrung. Er vergleicht, wägt ab, äußert sich zu Vor- und Nachteilen der Systeme und steht zu seiner Meinung, die dann auch ganz gravierend vom Mainstream abweicht. Der Titel der Biografie ist nicht zuletzt auch deshalb bewußt gewählt.

Becks Werdegang in der DDR führte vom Abitur, über die Lehre als Elektromonteur, Militär, Studium an der TU Dresden mit Abschluß als Diplom-Ingenieur für Elektroniktechnologie bis zur Promotion, gleichfalls auf dem Gebiet der Elektronik. Wolfgang Beck nutzte die umfangreichen Bildungsmöglichkeiten, welche die DDR ihren Bürgern, insbesondere der Jugend, bot.

Bald schon übertrug man ihm große Verantwortung. Sein besonderes Interesse galt der Mikroelektronik, deren Nutzung von außerordentliche Bedeutung für die weitere Wirtschaftsentwicklung der DDR war.

So wurde Beck – noch keine 35 Jahre alt –, ohne daß er eine längere Bedenkzeit gehabt hätte, 1984 als Werkdirektor des VEB ELMO Wernigerode eingesetzt. Sich der Größe dieser Herausforderung bewußt, war ihm klar, daß er nicht ablehnen konnte und das auch gar nicht wollte. Übrigens: Bei der Entscheidung, ihm diese wichtige Aufgabe zu übertragen, hat das Parteibuch eine völlig untergeordnete Rolle gespielt; ausschlaggebend waren einzig und allein seine hohe fachliche Bildung, seine Erfahrungen, die er in einem Forschungsbetrieb der Deutschen Reichsbahn sammeln konnte,

und seine überzeugenden Fähigkeiten bei der Führung von Kollektiven. ELMO war zu jener Zeit der bedeutendste Industriebetrieb des Kreises Wernigerode und darüber hinaus. Hochqualifizierte Facharbeiter, hervorragend ausgebildete Ingenieure und Ökonomen produzierten Elektromotoren auf höchstem Niveau, täglich etwa 1500 Motoren, die von 3500 Beschäftigten hergestellt wurden. Bereits bei seinem Antritt als Betriebsdirektor hatte sich ELMO zu einem technisch führenden Betrieb in Europa entwickelt. Diese Stellung wurde durch Beck und sein Kollektiv von Wissenschaftlern und Technikern nachhaltig ausgebaut. Die Motoren von ELMO gingen in 47 Länder der Welt, darunter in alle Länder der heutigen EU. Am meisten wurden sie von italienischen und westdeutschen Importeuren gekauft. Der Verkaufserlös betrug pro Jahr mehr als 12 Millionen DM.

Besondere Aufmerksamkeit widmete Wolfgang Beck der ständigen Weiterentwicklung der Motoren und der Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit. Mehrere Innovations sprünge, bei denen insbesondere der Einsatz elektronischer Bauelemente zum Tragen kam, garantierten eine stetige Qualitätserhöhung der gefertigten Motoren und sicherten deren Absatz auf den internationalen Märkten.

Beck berichtet natürlich auch über die Schwierigkeiten und Probleme, über fehlendes Material und nicht qualitätsgerechte Zulieferungen, über Schikanen der bayrischen Grenzpolizei bei der Reise nach München oder auch bestimmter Organe im Betrieb selbst. Immer wieder beschreibt er, wie er sich ständig um die Sorgen der Mitarbeiter kümmerte, auch ihre ganz privaten Probleme, mit denen sie vertrauensvoll zu ihm kamen. Beck half, wo er konnte.

Dramatisch gestaltet sich das Schicksal des ELMO, als nach dem Ende der DDR „Experten“ im Auftrag der Treuhand in das Geschehen eingriffen. Obwohl für den Markt gut vorbereitet, wird alles aufgeboden, angefangen von falschen Bewertungen bis zum Einsatz fachfremder Manager, um die verdienstvolle Arbeit Wolfgangs Becks zu

diskreditieren. Der Autor zieht mit seinem Werk nicht nur Bilanz. Er legt auch wichtige Dokumente im Original bei. So beispielweise Unterlagen über Planausarbeitungen oder Auslandsdienstreisen, aber ebenso Dokumente aus der Zeit der Suche des Unternehmens nach dem Platz in der Marktwirtschaft, die in der Öffentlichkeit bekannt sein dürften. Insofern ist das Buch nicht schlechthin eine Biografie, sondern auch eine umfassende Dokumentation. Die Arbeit Wolfgang Becks ist für alle lesenswert, die sich ein objektives Bild über die Wirtschaft in der DDR und in der BRD machen wollen. Der Autor hält Erfahrungen fest, die auch für künftige Generationen von Interesse sein können.

Uwe Trostel
Berlin



Wolfgang Beck, Alles hat ein Ende – auch die Marktwirtschaft, THK (Verlag) 2023, 268 Seiten, 19,90 €, ISBN 978-3-945068-92-2

Scheitern oder Niederlage? (Teil 2 und Schluß)

Die Sicht des Philosophen und Historikers Domenico Losurdo auf das Verschwinden des realen Sozialismus in Europa und auf die daraus zu ziehenden Konsequenzen

Die Überwindung der Rassendiskriminierung

Nach Losurdo macht es „keinen Sinn, den Kommunismus mit dem Nazismus gleichstellen zu wollen, das heißt mit der Macht, die sich am konsequentesten und brutalsten der Überwindung der Rassendiskriminierung und damit der Einführung der Demokratie widersetzt hat. Stellt das Dritte Reich den mit dem totalen Krieg vorangetriebenen Versuch dar, ein Regime der *white supremacy* auf planetarischer Ebene und unter deutscher und ‚arischer‘ Hegemonie zu errichten, so hat auf der anderen Seite die kommunistische Bewegung einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung der Rassendiskriminierung und des Kolonialismus geliefert, dessen Erbe der Nazismus antreten und radikalisieren möchte“. Das gilt auch für den überaus blutigen und opferreichen Anteil, den die Rote Armee bei der Niederringung des deutschen Faschismus hatte. Ohne diese kolossale Anstrengung wäre nicht allein Europa, sondern womöglich die ganze Welt in eine schreckliche Finsternis gefallen. Die 1945 erkämpfte Niederlage des deutschen Faschismus, des japanischen Militarismus sowie die Schwächung des imperialistischen Weltsystems als Ganzes eröffnete den Befreiungsbewegungen des globalen Südens erst die Chance, ihren Kampf erfolgreich führen zu können. Kommunistische Parteien standen und stehen dabei für die Überwindung des Rassismus. In Südafrika bilden sie etwa ein festes Bündnis mit dem lange von Nelson Mandela geführten African National Congress (ANC). Und in Israel steht die KP an der Seite der Palästinenser.

Selbst in den USA machte sich der von der Oktoberrevolution ausgehende Impuls bei der Überwindung der Rassendiskriminierung bemerkbar. Losurdo führt hierzu den US-amerikanischen Historiker C. Vann Woodward an, der aus einem Brief zitiert, den der amerikanische Justizminister im Dezember 1952 an den Obersten Gerichtshof geschickt hatte, der gerade die Integration der Farbigen in den öffentlichen Schulen diskutierte: „Die Rassendiskriminierung begünstigt die kommunistische Propaganda und erweckt Zweifel auch bei befreundeten Nationen über die Solidität unseres demokratischen Credo.“

Die Überwindung der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts

Der Rote Oktober gab aber auch dem Kampf um die Gleichstellung der Frauen weltweit, vor allem aber in den liberalen Gesellschaften des Westens, einen bedeutenden Schub: „Betrachtet man den Westen insgesamt, dann betrifft die weitreichendste Ausschlußklausel die Frauen. In England sind Mutter und Tochter Frankurst, die die Suffragettenbewegung anführen, periodisch dazu gezwungen, die heimatischen Gefängnisse aufzusuchen. Von

Lenin und der bolschewistischen Partei verurteilt, wird der ‚Ausschluß der Frauen‘ von den politischen Rechten in Rußland schon nach der Februarrevolution abgeschafft (...). Den gleichen Weg schlägt dann die Weimarer Republik ein (...) und erst später die Vereinigten Staaten.“

Die Sowjetunion und die übrigen europäischen sozialistischen Länder leisteten bedeutende Beiträge zur Gleichstellung der Frauen. Diese Erfolge wurden durch die Schaffung gesellschaftlicher Bedingungen möglich, die den Frauen erst die Chance zur vollen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gab. Dies betraf etwa das Bildungswesen, das nun uneingeschränkt beiden Geschlechtern offenstand, die flächendeckende Schaffung von Einrichtungen zur Kinderbetreuung sowie die gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Es handelte sich dabei um Bedingungen für die Emanzipation der Frauen, die die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften bis heute nicht bieten. Auch bei der Aufhebung der Diskriminierung aus rechtlichen Gründen gingen die sozialistischen Länder voran. So gab das Ehescheidungsrecht der DDR den Frauen größere Freiheiten, über ihr Leben zu bestimmen als jenen im Westen. Der Schwangerschaftsabbruch wurde in der DDR 1972 legalisiert. Die Bundesrepublik zog erst 1974 mit einer Fristenlösung nach. Dieses Gesetz wurde aber vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben und mußte 1976 vom Bundestag durch ein Modell mit verschiedenen Indikationen ersetzt werden. Seitdem besteht eine Beratungspflicht, der nach der Übernahme der DDR durch die BRD nun auch die ostdeutschen Frauen unterliegen.

Die Überwindung der klassenbedingten Diskriminierung

Die liberale Demokratie des Westens war lange geprägt von einer Tradition des Vorenthaltens von Bürgerrechten und der Beschränkung der Demokratie für die besitzlosen Massen. Losurdo zitiert hierzu Lenin: „Lassen wir jetzt einmal die Kolonien und das Schicksal der ‚minderjährigen Rassen‘ hinter uns, um unseren Blick auf die kapitalistische Metropole, ja ausschließlich auf ihre ‚zivile‘ Bevölkerung zu richten. Auch auf dieser Ebene – bemerkt Lenin – bestehen weiterhin bedeutende Klauseln des Ausschlusses vom Bürgerrecht und von der Demokratie. In England ist das Wahlrecht ‚immer noch beschränkt genug (...), um die eigentlich proletarische Unterschicht fernzuhalten‘; wir können außerdem hinzufügen, daß einige Privilegierte weiterhin das ‚Mehrfachstimmrecht‘ genießen, das erst 1948 völlig aufgehoben wird. Besonders komplex war im klassischen Land der liberalen Tradition der Prozeß, der zur Verwirklichung des Prinzips ‚ein Kopf, eine Stimme‘ geführt hat, und dieser Prozeß ist undenkbar ohne die Herausforderung, die die Revolution in Rußland und die kommunistische Bewegung dargestellt hatten.“

In Deutschland orientierte sich die Novemberrevolution 1918 am Vorbild der russischen Revolution im Jahr zuvor. Das gilt etwa für die

Arbeiter- und Soldatenräte, die in Deutschland – anders als in Rußland, wo Räte bereits in der Revolution von 1905 entstanden – völlig neu waren. Der Historiker Arthur Rosenberg beschreibt die Wirkung des russischen Beispiels: „So war die Frage nach der Überwindung des bürokratischen Apparats zugleich die Frage nach Leben und Tod der deutschen Demokratie. Durch die historische Entwicklung und durch das eigenartige russische Vorbild waren nun plötzlich die Organe einer demokratischen Selbstregierung der Massen in Deutschland vorhanden.“

Rosa Luxemburg sah in der Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte sogar das „Stichwort dieser Revolution, das ihr sofort das besondere Gepräge der proletarischen sozialistischen Revolution gegeben hat – bei allen Unzulänglichkeiten und Schwächen des ersten Moments, und wir sollten nie vergessen, wenn man uns mit den Verleumdungen gegen die russische Revolution kommt, darauf zu antworten: Wo habt Ihr das Abc eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt Ihr’s geholt: die Arbeiter- und Soldatenräte; und jene Leutchen, die heute als ihr Amt betrachten, an der Spitze der deutschen sogenannten sozialistischen Regierung die russischen Bolschewisten zu meucheln, Hand in Hand mit den englischen Imperialisten, sie fußen ja formell gleichfalls auf Arbeiter- und Soldatenräten, und sie müssen damit bekennen: Die russische Revolution war es, die die ersten Losungen für die Weltrevolution ausgegeben hat.“

Und so spricht Rosa Luxemburg in ihrer Broschüre „Die russische Revolution“, in der es im übrigen an scharfer Kritik an Theorie und Praxis der Bolschewiki nicht fehlt, ausdrücklich von ihrem „unsterblichen geschichtlichen Verdienst, mit der Eroberung der politischen Gewalt und der praktischen Problemstellung der Verwirklichung des Sozialismus dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in der ganzen Welt mächtig vorangetrieben zu haben.“

Die heutige moderne Demokratie beschränkt sich aber nicht nur auf die Gleichstellung der Menschen bei Wahlen. „Zur Demokratie, wie sie heute im allgemeinen verstanden wird, gehören auch die sozialen und ökonomischen Rechte. Und gerade der Patriarch des Wirtschaftsliberalismus, Friedrich A. von Hayek, klagt darüber, daß ihre Durchsetzung im Westen auf den von ihm für verderblich gehaltenen Einfluß der ‚russischen marxistischen Revolution‘ zurückzuführen sei. Natürlich haben die subalternen Klassen nicht das Jahr 1917 abgewartet, um die Anerkennung dieser Rechte zu fordern. Ihre Erringung wird von denselben Etappen markiert, die der Sieg des allgemeinen Wahlrechts durchmachte.“

Domenico Losurdo geht bei der Beschreibung des Kampfes um politische und soziale Rechte bis zur Französischen Revolution zurück: „Robespierre, der in der zensurbedingten Diskriminierung eine Nachwirkung der antiken Sklaverei beklagte, rühmte außerdem das ‚Recht auf Leben‘ als das erste und

unverjährbarste Menschenrecht. Während der 48er Revolution, die den Sieg des allgemeinen (männlichen) Wahlrechts sanktionierte, tauchte auch die Forderung nach Recht auf Arbeit auf: Dies ist der Beginn der zweiten Etappe, in der die sozialistische Bewegung die Hauptrolle spielte.“

Es folgte die dritte Etappe, „die mit den Umwälzungen in Rußland begann und sich fast bis auf den heutigen Tag ausdehnt. Im Zweiten Weltkrieg erklärte Franklin Delano Roosevelt, daß man die ‚Freiheit von Not‘ verwirklichen müsse, um ein für alle Mal ‚die Keime des Hitlerismus‘ zu zerstören, was einen entschiedenen Eingriff in die bestehenden ökonomischen und sozialen Verhältnisse mit sich bringe. Diese Erkenntnis prägte nach Losurdo auch die neu geschaffene Organisation der Vereinten Nationen (UNO): „Unter dem Eindruck des gigantischen Emanzipationsprozesses, der von der bolschewistischen Revolution seinen Ausgang genommen, und der sich nach der Niederlage des Nazi-Faschismus weiterentwickelt hatte, hat die UNO mit der am 10. Dezember 1948 verabschiedeten Erklärung zu den ‚Menschenrechten‘ ausdrücklich auch die ‚ökonomischen, sozialen und kulturellen‘ Rechte hinzugefügt (Art. 22).“ Doch die Erfolge stellten sich nicht im Selbstlauf ein: „Jede Etappe dieses Prozesses zeichnete sich durch harte Kämpfe aus. Man bräuchte hier nur auf die Jahre hinzuweisen, die der Oktoberrevolution vorangehen. (...) Die drei Etappen der Erringung des allgemeinen Wahlrechts fallen aus einem ganz einfachen Grund mit den Etappen des Aufbaus des Sozialstaats zusammen. Es handelt sich im Grunde um einen einzigen Prozeß, in dem die subalternen Klassen die Anerkennung ihrer vollen Menschenwürde fordern. Trifft deren Nichtanerkennung vor allem die Kolonialvölker, so spart sie auch nicht die Verdammten der kapitalistischen Metropole aus. (...) Von daher versteht man, daß Gramsci mit Blick auf die Ausgeschlossenen sowohl in den Kolonien als auch in der kapitalistischen Metropole im Kommunismus den ‚integralen Humanismus‘ bzw. die Vollendung des Aufbauprozesses der Einheit des Menschengeschlechts erblickt. (...) Die Dämonisierung des mit der bolschewistischen Revolution begonnenen historischen Geschehens verhindert das Verständnis der zeitgenössischen Demokratie: Diese beruht auf dem Grundsatz, daß jedes Individuum als Inhaber unveräußerlicher Rechte zu betrachten ist, unabhängig von Rasse, Zensus und Geschlecht, und sie setzt daher die Überwindung der drei großen – nämlich der rassischen, zensusbedingten und sexuellen – Diskriminierungen voraus, die am Vorabend der Oktoberrevolution noch weit verbreitet waren.“

Spricht Losurdo anfangs noch allgemein von der „klassenbedingten“ als eine der drei Diskriminierungen, so beschreibt er in seinen späteren Schriften diese Diskriminierung als „zensusbedingt“ bzw. als „Zensusdiskriminierung“, etwa in seinem Buch „Die Sprache des Imperiums“. Mit dieser Präzisierung stellte er die Bedeutung der Überwindung der Diskriminierung aufgrund der vielfältigen Einschränkungen des Wahlrechts heraus. Es ging ihm dabei vor allem um die Überwindung

der Hürden im Bereich der formellen Beteiligungsrechte, also von Diskriminierungen, die von Linken oft übersehen oder – im Vergleich mit den materiellen, sozialen Rechten – als weniger bedeutsam, da als selbstverständlich vorausgesetzt, verkannt werden. Ein Nachteil dieser Betonung der zensusbedingten Diskriminierung ist aber, daß die vielfältigen anderen klassenbedingten Diskriminierungen, etwa im Bereich der Arbeit, dadurch leicht aus dem Blick geraten können.

Die Überwindung der drei großen Diskriminierungen – ein bis heute nicht abgeschlossener Prozeß

Die Überwindung der drei großen Diskriminierungen wurde nach Losurdo „durch eine doppelte Bewegung möglich: Mit den zahlreichen und großen Revolutionen von unten, die sich sowohl in den kapitalistischen Metropolen als auch in den Kolonien abspielten und die sich oft an der Oktoberrevolution und an der kommunistischen Bewegung inspirierten, haben sich Revolutionen von oben gekreuzt, die initiiert wurden, um neue Revolutionen von unten zu verhindern.“ Eine solche „Revolution von oben“ stellten in Deutschland die Bismarckschen Sozialreformen dar. Sie gewährten zumindest einen gewissen Schutz vor Krankheit, Altersarmut und Arbeitslosigkeit. Politisches Ziel war es dabei, die aufstrebende revolutionäre Arbeiterbewegung zu schwächen. Den Proletariern sollte gezeigt werden, daß sich ihre grundlegenden Lebensbedürfnisse auch ohne Revolution verwirklichen ließen. Eine vergleichbare Konstellation entstand in den 50er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. Soziale Reformen wurden sowohl von unten durch kämpferische Gewerkschaften erkämpft – etwa mit dem Gesetz zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Andere sozialpolitische Maßnahmen wie die Einführung der beitragsbezogenen Rente verdanken ihre Einführung hingegen einer „Revolution von oben“: Die CDU/CSU-Bundesregierung führte sie ein, um den Einfluß der Gewerkschaften und der oppositionellen SPD zu schwächen. Sozialpolitische Zugeständnisse wurden aber auch gemacht, damit sich klassenbewußte Kräfte in der Bundesrepublik nicht die Stellung der Werktätigen in der DDR als Vorbild nehmen konnten. Bei Tarifverhandlungen hörte man dennoch oft die Klage der Vertreter des Kapitals, daß „die DDR ständig mit am Tisch sitze“. Mit der Niederlage des Sozialismus in Europa begann ein Prozeß der De-Emanzipation, der in allen drei Bereichen zu neuen Einschränkungen und Diskriminierungen führt. So beschreibt Losurdo etwa den „Kampf um das Wahlrecht“ als eine „schwierige Geschichte, die noch nicht zu Ende ist“. In vielen Ländern – vor allem in den USA – wurden in den letzten Jahren zahlreiche neue Wahlrechtseinschränkungen geschaffen, die es vor allem den sozial und rassisch Diskriminierten schwierig oder sogar unmöglich machen, ihr Wahlrecht in Anspruch zu nehmen. Eine besondere Form der Entdemokratisierung stellt die immer häufigere Übertragung nationalstaatlich verankerter demokratischer Entscheidungsrechte an multinationale Organisationen wie die Europäische Union dar.

Die Überwindung der drei großen Diskriminierungen ist für Domenico Losurdo von zentraler Bedeutung und stellt seine wichtigste strategische Botschaft dar. In dem Buch „Das 20. Jahrhundert begreifen“ wird diese als eigenständiges Kapitel unter der Überschrift „Die zeitgenössische Demokratie als Überwindung der drei großen Diskriminierungen“ behandelt. In seinem Werk „Wenn die Linke fehlt ... Gesellschaft des Spektakels, Krise, Krieg“ heißt es hierzu: „Historisch ist die Linke aus dem Zusammentreffen von realen Protest- und Befreiungskampfbewegungen mit der Theorie entstanden, die sich der kritischen Analyse der bestehenden Ordnung widmet. Zwischen dem Ende des 19. und dem Anfang des 20. Jahrhunderts hat die Linke, oft inspiriert von den Lehren von Marx und Engels, sich mit mehr oder weniger Geschlossenheit und Kohärenz an drei Fronten des Klassenkampfes geschlagen, nämlich für die politische und soziale Befreiung der unteren Klassen, die Emanzipation der Frauen und gegen Kolonialherrschaft und Kolonialkriege.“ Und sie hat dabei eine Reihe wichtiger Erfolge erzielt. Trotz der epochalen Niederlage des europäischen Sozialismus kann daher von ihrem Scheitern nicht die Rede sein.

Andreas Wehr
Berlin

*Quelle: <https://www.andreas-wehr.eu/scheitern-oder-niederlage-2.html>
Dort finden sich auch die Angaben zu den Zitaten.*

Andreas Wehr ist Autor von Büchern und Artikeln zu Europa, Philosophie und Geschichte sowie zur aktuellen Politik. Er ist Mitbegründer des Marx-Engels-Zentrums in Berlin.

Herzliche Glückwünsche unserem Freund

Lutz Jahoda

aus Heidensee, der am 18. Juni seinen 96. Geburtstag begeht.

Deine Verse, lieber Lutz, garniert mit den Collagen von Ill Diagnostico, sind seit langem ein „Markenzeichen“ des „RotFuchs“. RF-Leser, die Dich noch als Schauspieler, Entertainer und Sänger aus DDR-Tagen kennen, freuen sich, Dir mit Deinen stets ins Schwarze treffenden politischen Texten in unserer Zeitschrift wiederzubegegnen.

Wir danken Dir aufrichtig dafür, daß Du uns Deine Arbeiten zur Verfügung stellst, die von Deiner ungebrochenen Schaffenskraft, Deinem großen Können, Deinem politischen Scharf- und Weitblick zeugen.

Im Namen der großen „RotFuchs“-Gemeinschaft wünschen wir Dir vor allem stabile Gesundheit und alles erdenklich Gute.

Redaktion und Vorstand

Der Überlegenheitsdünkel des Westens bröckelt

Wenn ich im Internet unterwegs bin, fällt mir gerade in letzter Zeit auf, daß immer mehr Schreiber fassungslos die Frage stellen: „Wie konnte es soweit kommen?“

Es ist offensichtlich, daß der alte Geist der Herrenrasse in der BRD nie wirklich verschwunden war, sondern nur modifiziert, den politischen Umständen nach 1945 geschuldet, in neuer Verpackung daherkommend, lebendig geblieben ist.

Nach 1945 war man sich in der BRD darüber im klaren, daß das Wort „Rasse“ als Beschreibung für die Überlegenheit dessen, was man „westliche Zivilisation“ nannte, diskreditiert war. Doch das änderte nichts daran, daß man vom Gefühl der Überlegenheit nicht lassen konnte und wollte. Jahrzehntlang wiegte man die Menschen in der BRD in der scheinbaren Gewißheit, in allem die Besten zu sein. Deutsche Gesetze, Normen, Produkte und natürlich deutscher Fleiß waren immer besser als anderswo. Besonders den in östlicher und südlicher Richtung beheimateten Völkern gegenüber fühlte sich die Alt-BRD per se überlegen, und diesen Überlegenheitsdünkel tarnte man oft genug mit einer gönnerhaften „Die können ja nichts dafür“-Haltung, die dann auch noch als Toleranz und Offenheit verkauft wurde. Den BRD-Bürgern wurde suggeriert, nur sie selbst lebten in einer echten Demokratie, nur das eigene Land blühte, nur hier gab es Rechtsstaatlichkeit und Freiheit. Man ersetzte das Wort „Rasse“ durch den Begriff „Werte“, die allein das bundesdeutsche System repräsentiere. Indem man anderen Völkern deren Wertanspruch absprach, etablierte sich sozusagen durch die Hintertür eine neue Rassenlehre, ohne daß die meisten Menschen im Westen merkten, wie tief rassistisch diese Haltung eigentlich war. Man kam gar nicht mehr auf die Idee, das andere Kulturen auch andere legitime Wertvorstellungen haben konnten. Die Fixierung auf die Werteideologie des Westens hatte außerdem den Vorteil, daß deren scheinbare Verwirklichung im Ermessen eigenen Handels lag. War die alte Herrenrasselehre der Nazis noch eine Frage der Geburt, auf die man im Grunde keinen Einfluß hatte, so waren Werte eine im Laufe des Lebens durch die eigene Haltung erworbene moralische Erbschaft, die man, wo immer es geraten schien, zur Schau stellen konnte.

Der neue Werterassismus war ein Wohlfühlrassismus, der einem Genugtuung und Behaglichkeit versprach. Und wie gesagt, die anderen „konnten ja nichts dafür“, wenn sie einfach nicht begreifen wollten, was jedem westlichen Wertegemeinschaftsbewohner völlig klar war: Nur hier gibt es den Platz an der Sonne. Die neue Volksgemeinschaft als Wertegemeinschaft war und ist, wie auch die alte Volksgemeinschaft nach 1933, ein ausgesprochen exklusiver Club. Das haben Rassenideologien eben so an sich.

Im Erfinden immer neuer Werte waren und sind die Grünen besonders kreativ, ebenso in ihrem missionarischen Eifer bei deren Durchsetzung, die jedem Jesuitenkolleg die Schamesröte ins Gesicht treiben würde. Seltenerweise sind es oft Werte, die gegen die

Meinung der Mehrheit in der Bevölkerung auf geradezu penetrante Weise durchgesetzt werden. Sei es der Genderirrsinn, der eine alte Kultursprache zerstört, oder das Erfinden neuer Geschlechter, ohne die die Menschheit jahrtausendlang wunderbar ausgekommen ist. Interessant ist, daß diese Werte nie Brücken bauen, sondern trennen und daß sie stets nur Scheinlösungen anbieten für Probleme wie die Geschlechterungerechtigkeit, die der „Wertegemeinschaft“ immanent sind.

Wie allen Rassenideologien fehlt auch dem Werterassismus die Fähigkeit zu selbstkritischer Analyse und Distanz zum eigenen Anspruch. Man betrachtet nicht sich selbst, sondern immer nur andere.

Und hier sind wir schon beim Paradoxum des Werterassismus. Sein oben genannter Vorteil gegenüber dem biologischen Rassismus ist zugleich sein größter Nachteil und der Nachteil des biologischen Rassismus sein entscheidender Vorteil: Der Rassist, der glaubt, per Geburt überlegen zu sein, muß seine Überlegenheit nicht ständig beweisen. Er ist es eben per Geburt und Ahnenpaß und damit basta! Der Werterassist wird an der Umsetzung der eigenen Wertansprüche von anderen kritisch gemessen. Und damit sieht es für den Westen nicht gerade gut aus. Die Augen der Welt sind längst auf den meilenweiten Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit gerichtet und das Bild, das der Wertewesten dabei abliefern, ist nicht gerade schmeichelhaft. Der sich ständig Selbstbeweihräuchernde ähnelt längst dem Kaiser ohne Kleider. Die bröckelnde Fassade wird inzwischen nur noch mühsam mit immer abstruseren Lügen, durch Selbstbetrug, Doppelmoral und Heuchelei aufrechterhalten und hält der kritischen Überprüfung derer, die man früher geringschätziger als „Dritte Welt“ und als rückständigen Osten bemitleidete, längst nicht mehr stand. Es ist mit Sicherheit kein Zufall, daß es nun der Westen ist, der Mauern an seinen Grenzen errichten muß, der kritische Medien verbietet und die eigenen gleichschaltet sowie Andersdenkende verfolgt und diffamiert. Alles, was er früher anderen vorwarf und bis heute vorwirft, trifft auf ihn selbst zu. Diese Zeichen der Schwäche und des Zerfalls sind ein untrüglicher Beleg dafür, daß die Lebenslügen von der Überlegenheit der eigenen Werte nur noch für die taugen, die unbedingt an diese Lügen glauben wollen, und mit jeder neuen Lüge sägt er am Ast der eigenen Existenz, weil die Täuschungen immer größer werden müssen und immer unglaubwürdiger, um sich von einer Krise zur nächsten zu retten und die Realität so lange wie möglich auszublenden.

Die Mission funktioniert bestenfalls noch nach Innen. In den Augen der Welt ist sie nur noch ein schlechter Scherz. Wer im Namen seiner Werte Städte wie Bagdad und Belgrad bombardiert und Millionen in Kriegen durch Gewalt, Hunger und Not tötet, taugt nicht gerade als Botschafter der edlen Ansprüche, mit denen er so gerne andere in arroganter Selbstherrlichkeit traktiert. Er ist das abstoßende Bild des Dorian Gray, der am Ende durch die Realität

vernichtet wird, der er sich unvermeidlich stellen muß.

Die Wahrheit ist, daß ein Gesellschaftssystem, das auf Profit aufbaut, nur einen Wert kennt – den Kontostand. Und zur Wahrheit gehört auch, daß ein auf Ausbeutung der Welt errichtetes Gesellschaftsmodell keine verbindenden Werte repräsentieren kann und es auch gar nicht will. Es ist unfähig, mit anderen in Gleichberechtigung und Frieden zu leben, unfähig zur Demokratie, zur Toleranz und zu einem Dasein auf gleicher Augenhöhe in der Gemeinschaft der Völker.

Am Ende wird die Blase platzen und die Mission scheitern. Die Realität wird sich Eintritt verschaffen. Die Welt ist da draußen und nicht hier drin im Westen, wo man sich nur noch einigelt und in dümmlicher Phrasendrescherei und Kraftprotzerei übt, um das eigene drohende Scheitern zu kaschieren. Kinder schließen manchmal die Augen, um das, was ihnen Angst macht, nicht sehen zu müssen. Es ist aber da. Irgendwann muß das Kind die Augen wieder öffnen. Wenn die Menschen im Westen mit der Erkenntnis konfrontiert werden, daß das Gefühl eigener Überlegenheit ein Betrug war, wird das Erwachen sicher traumatisch sein. Wir sollten dann nicht schadenfroh sein, denn auch die Menschen, die nie etwas anderes gekannt haben als die westliche Propaganda, sind betrogen und belogen worden und in meinen Augen Opfer einer menschenverachtenden Ideologie, deren Zeit abläuft.

Ulrich Guhl
Strausberg

Am 18. Juni begeht Oberst a.D.

Wilfried Nagel

aus Berlin seinen 85. Geburtstag, zu dem wir ihm von ganzem Herzen gratulieren.

In den Luftstreitkräften der Nationalen Volksarmee der DDR nahm er als Politoffizier hohe Verantwortung wahr und blieb auch nach der Konterrevolution unserer Sache treu. Bis heute tritt er mit Leidenschaft und Überzeugungskraft allen Verleumdungen und Diffamierungen der DDR entgegen. Sein fundiertes marxistisch-leninistisches Wissen bringt er in die Bildungsarbeit der Regionalgruppe Marzahn-Hellersdorf ein, deren langjähriger Vorsitzender er ist.

Wir danken Dir, lieber Wilfried, für die Unterstützung, die Du dem „RotFuchs“ seit Jahren gewährst, und für Dein Engagement, durch das die Marzahn-Hellersdorfer Gruppe zu einem Anziehungspunkt für viele Linke, Antifaschisten und Friedensfreunde geworden ist.

Alles Gute, lieber Freund!

Redaktion und Vorstand

Eine DEFA-Dokumentation klagt an

Am 19. Mai 1958 wurde in Warschau – im Hotel Warszawa – in Anwesenheit des Botschafters der DDR in der Volksrepublik Polen, Josef Hegen, eine 35-Millimeter-schwarzweiß-Filmdokumentation vorgeführt, die für politischen Aufruhr in Westdeutschland und Großbritannien sorgen sollte. Ihr Titel war „Unternehmen Teutonenschwert“. Produziert hatte sie in der Regie von Annelie und Andrew Thorndike das DEFA-Studio für Wochenschau und Dokumentarfilm in der Hauptstadt der DDR. Günter Rücker schrieb die Kommentare, Paul Dessau komponierte die Musik. Es war der zweite Film der Thorndikes in der Reihe „Archive sagen aus“. Am 6. Juni 1958 war Kinostart in den Lichtspieltheatern der DDR. Rund zwei Millionen Menschen sahen ihn dort innerhalb von drei Wochen. Am 6. August 1959 strahlte ihn der Deutsche Fernsehfunke aus. 1958 erhielt er den Heinrich-Greif-Preis der DDR und beim Internationalen Filmfestival in Karlovy Vary im selben Jahr den Hauptpreis der Jury.

Inhalt des Kompilationsfilms (aus Archiv-Material montiert) ist die politische Lebensgeschichte des Hitler-Generals Dr. Hans Speidel (1897–1984). Wer war dieser Mann, den Adenauer 1950 zu seinem militärischen Berater berief und der in seinem Auftrag als „Sachverständiger“ bei den Verhandlungen über die Aufnahme der BRD in die NATO fungierte und der dann 1957 zum Oberbefehlshaber der Alliierten Landstreitkräfte Europa-Mitte mit Sitz in Paris ernannt wurde? Dort verfügte er über Raketen und Atomwaffen und setzte die atomare „Vorwärtsstrategie“ bei der NATO durch, womit das gesamte Territorium der Bundesrepublik in das Atomkriegskonzept integriert wurde. 1964 wurde er pensioniert, blieb aber als „Sonderberater der Bundesrepublik in NATO-Fragen“ aktiv, obwohl er als höchster Offizier der Bonner NATO-Armee scheußlichster Verbrechen überführt worden war.

Denn Speidel war 1940/41 Chef des Stabes beim deutschen Militärbefehlshaber in Paris, verantwortlich für die Ermordung Hunderter Geiseln und die Deportation Tausender Juden. Jacques Duclos, Sekretär des ZK der KPF, hatte daher in einer schriftlichen Anfrage an Premierminister Michel Debré die französische Regierung dringend aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, damit Speidel von seinem Posten als NATO-Oberkommandierender abgesetzt wird.

Der Film der Thorndikes zeigt Speidel in Aufnahmen aus Nazi-Wochenschauen und mit Filmmaterial aus Frankreich, Polen, der Sowjetunion sowie mit zahlreichen Fotografien. Archivdokumente mit seinen Unterschriften sollen seine Verstrickung in das „Unternehmen Teutonenschwert“ belegen. Dabei handelte es sich um eine Aktion, die 1934 von Hermann Göring angezettelt und von Speidel und seinen Komplizen in Paris und Marseille ausgeführt wurde: Ermordet wurden der jugoslawische König Alexander I. und der französische Außenminister Barthou. Das war ein Auftrag Hitlers, der in Barthou u. a. ein Hindernis für seine Eroberungspläne erblickte. Er war beunruhigt, weil der Franzose einen „Ost-Locarno-Pakt“ vorgeschlagen

und mit großer Energie verfolgt hatte. Speidel war damals in Paris Agent des deutschen faschistischen Geheimdienstes unter diplomatischem Deckmantel. Belegt wird das in dem Film durch eine eidesstattliche Aussage des früheren Wehrmachtsgenerals Rudolf Bamber, der damals beim militärischen Nachrichtendienst tätig war. Als Leiter der Abteilung III der Abwehr befaßte er sich mit Spionageabwehr, Infiltration und Landesverrat. Nach seiner Gefangennahme 1944 und Internierung



Filmpostkarte

im Lager 27/I in Krasnogorsk trat er dem Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) bei, wurde einer seiner aktivsten Mitstreiter und am 27. Juli 1944 Mitunterzeichner des Aufrufs der 17 Generale. Nach seiner Rückkehr in die DDR arbeitete in der Hauptverwaltung Ausbildung des Ministeriums des Innern und wurde Chefinspekteur der Volkspolizei. 1953 pensioniert, widmete er sich der Militärwissenschaft und Militärpolitik und wurde aktives Mitglied der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere (AeO).

Der Film ist eine spannende, aufrüttelnde Dokumentation mit zahlreichen sehr plausiblen Fakten. Über die Aufführung in Karlovy Vary berichtete damals der Journalist Günter Stahne am 19. Juli 1958 für die Tageszeitungen der DDR: „Nachdem die ersten Meter des Films liefen, entstand eine Atmosphäre, die ich bisher hier noch nicht erlebt habe. Es war, als ob die Vertreter von 42 Nationen, aus vier Erdteilen kommend, den Atem anhielten, um jedes Detail dieser Dokumentation zu verstehen. Gebannt verfolgte jeder das Geschehen auf der Leinwand, jenen Aufstieg eines kleinen Spions namens Dr. Hans Speidel zum heutigen General der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa. In dieser atemlosen Stille hätte man das Fallen einer Stecknadel vernahmen können.“

Speidel fühlte sich durch die Dokumentation angegriffen und ging juristisch gegen sie vor. In seinen Erinnerungen bezeichnete er sie 1977 als Satyrspiel, mit dem ihm übel mitgespielt worden sei. Seine Anwälte hätten aber in einem langwierigen Prozeß den Verleumdern das Handwerk gelegt, der Film sei daraufhin angeblich nicht mehr gezeigt worden.

Annelie und Andrew Thorndike beauftragten damals ihrerseits Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul, Anzeige gegen Speidel beim Oberstaatsanwalt des Landgerichts Bonn zu erstatten. Denn Speidel hatte behauptet, „Unternehmen Teutonenschwert“ beruhe auf Fälschungen. Öffentliche Aufführungen wurden durch das Bonner Gesamtdeutsche Ministerium in der BRD untersagt.

Allerdings wurde der Film (Englischer Titel „Operation Teutonic Sword – The Archives Testify“) auch in London vor der Presse, Mitgliedern des Unterhauses und Diplomaten gezeigt. Speidel hatte versucht, das mit einer Beleidigungsklage zu verhindern. Seine Rechtsanwältin konnten jedoch der Darstellung seiner Verbrechen nichts entgegenzusetzen. Sie beschränkten sich auf den Versuch, Speidels schlechten Ruf und seine Vergangenheit nicht vor Gericht zu verhandeln. Die Filmgesellschaft „Plato“, die den Film in England verbreitete, bestand aber darauf, daß das britische Publikum den antifaschistischen Film zu sehen bekam. Dabei half eine juristische Besonderheit: In England haben Stadt- und Gemeinderäte das Recht, jeden von der Zensur abgelehnten Film in ihrem Bereich öffentlich zu zeigen. So gab zum Beispiel die Stadt Coventry den Film zur Aufführung frei und zeigte ihn in einem der größten Filmtheater der Stadt, dem „Continental“ zwei Wochen lang. Auf Verlangen der Öffentlichkeit mußte das um acht Tage verlängert werden. Täglich wurden zwei Aufführungen, sonnabends sogar vier gegeben.

In ungewöhnlich scharfer Form protestierte damals die konservative Londoner Abendzeitung „Evening Standard“ in einem Leitartikel gegen die Weigerung der britischen Zensurbehörde, den DEFA-Dokumentarfilm in Großbritannien zur öffentlichen Vorführung zuzulassen. Die Vergangenheit eines deutschen Generals sei von höchstem und gerechtfertigtem Interesse. Nach einem langwierigen Gerichtsverfahren gab ein Londoner Gericht 1962 Speidel Recht. Es bezweifelte die Echtheit von drei im Film verwendeten Briefen aus dem Jahr 1934. Allerdings hatte das DEFA-Studio für Wochenschau und Dokumentarfilme schon im April 1959 erklärt, die Echtheit dieser Briefe sei über jeden Zweifel erhaben. Vor allem aber stünden sie nicht im Zusammenhang mit den Verbrechen Speidels im Zweiten Weltkrieg, um die es im Film vor allem geht. Speidel selbst wagte nicht, alle anderen Dokumente und Tatsachen außer den drei Briefen zu bestreiten und bestätigte so selbst, daß er für die Verbrechen verantwortlich war: die Massenmorde während der Okkupationszeit in Frankreich, seine maßgebliche Rolle bei Verwüstungen und Morden in der Sowjetunion, sein Verrat an den Teilnehmern des Attentats vom 20. Juli 1944, vor allem an General Erwin Rommel. Man habe niemals erwartet, daß Speidel freiwillig seine Verbrechen eingestehet.

Der Film fragte damals: Was geschieht, wenn Leute wie Speidel Atomwaffen in die Hände bekommen? Die Frage ist aktueller denn je.

Dr. Michael Polster
Berlin

Deutsche Filmpropaganda im Ausland 1918 – die Auslands GmbH

Während des 1. Weltkrieges entwickelte sich der Film aus einer Jahrmarktsbelustigung zu einer Wirtschaftsmacht. Eine besondere Rolle spielte dabei die 1917 gegründete Universum Film AG (Ufa), die im Laufe der nächsten Jahrzehnte zur zentralen Filmmacht Deutschlands und Europas wurde.

Schon kurz nach ihrer Entstehung begann die Ufa mit einer Expansion ins Ausland. Dazu nahm sie Kontakt zur Deutschen Lichtbild-Gesellschaft e. V. (DLG) auf, mit der sie am 29. Juni 1918 die Auslands GmbH mit Sitz in Berlin gründete.

Die 1916 entstandene DLG verfolgte das Ziel, planmäßige Werbearbeit für Deutschlands Kultur, Wirtschaft und Fremdenverkehr im In- und Ausland durch das Bild, insbesondere durch bewegliche (Filme) und stehende Lichtbilder, auf „nationaler, gemeinnütziger Grundlage“ zu betreiben.

Die neugebildete Auslands GmbH wollte sich mit der Produktion und dem Vertrieb von Filmen befassen, die vornehmlich ins Ausland, vor allem in die Balkanstaaten und den Vorderen Orient, exportiert werden sollten. Das Gesellschaftskapital betrug 20 000 Mark. Davon übernahm die Ufa 13 000, die Deutsche Lichtbild-Gesellschaft 7 000 Mark.

Die Auslands GmbH versorgte nunmehr Rumänien, Bulgarien, die Türkei, Holland, die Schweiz, die Ukraine, Polen, das lettische Gebiet Kurland und Finnland „im größten Maßstab“ mit deutschen Spiel-, Kultur- und Wirtschaftsfilmen.

In Vorbereitung auf die neue Gesellschaft einigten sich Ufa und DLG im April 1918. Die unbestrittene Führung in der Auslands GmbH hatte die Ufa. Die DLG wurde auf die Auslandspropaganda durch Industrie-Filme beschränkt. Die Ufa verzichtete zugunsten der DLG auf die Herstellung von Wirtschaftspropagandafilmen. Für das Inland übernahm die Ufa die Verbreitung dieser Filme der DLG und verpflichtete sich insbesondere, sie in ihren Theatern zu zeigen. Die DLG erklärte sich bereit, dabei entstehende eventuelle Verluste mitzutragen. Von größter Tragweite war nach Einschätzung der DLG aber die vorgesehene Gemeinsamkeit der Arbeit im Ausland, die bei der Kapitalkraft beider Gesellschaften endlich dazu führen dürfte, „dem deutschen Film auf dem Weltmarkt eine den größten „feindlichen Filmunternehmungen mindestens gleichwertige Stellung zu verschaffen“.

Auf der Sitzung des Arbeitsausschusses der Ufa am 12. April 1918 informierte der Direktor der Deutschen Bank und Mitglied des Aufsichtsrates der Ufa Emil Georg von Stauff, „daß die Ufa im nationalen Interesse sowie in der Erwartung guter geschäftlicher Erfolge die Organisation in Rußland und auf Balkan mit aller Kraft in Angriff nehmen wird.“ Der Ufa-Vorstand erhielt die Vollmacht, in Osteuropa, Rußland eingeschlossen, vor allem Lichtspieltheater mit örtlicher und internationaler Ausstrahlung anzukaufen. Am 27. April 1918 teilte die Ufa dem Regierungsrat Dr. von Gierke

vom Reichswirtschaftsamt mit: „Mit unseren Bestrebungen in der Ukraine verfolgen wir sehr wichtige deutschnationale Interessen. Wie aber die noch vor kurzem sich bis nach Deutschland hinein erstreckende Expansion ausländischer Filmunternehmen bewiesen hat, kann Politik durch den Film nur von einer festen wirtschaftlichen Grundlage aus betrieben werden. Es gilt für uns, in der Ukraine eine Organisation zu schaffen, die nach außen hin nicht als deutschnationales Unternehmen erkenntlich, gute deutsche Filmerzeugnisse dorthin absetzt und zu diesem Zweck dort selbst Verleih-Organisationen und Theater ankauft oder begründet, welche Filme dann leihweise abgegeben werden.“ In der Ukraine, die 1918 von deutschen Truppen besetzt war, wurden 1918 fünf Niederlassungen gegründet und Verträge mit fast allen ukrainischen Filmtheatern abgeschlossen. In Kiew mußte jedes Theater 60 Prozent deutsche Filme spielen und jedem deutschen Spielfilm einen deutschen Propagandafilm anfügen.

Am 13. Juni 1918 zeigte sich der Aufsichtsrat der Ufa zur Bewilligung weitaus höherer Mittel für die Auslandsexpansion bereit. Die ursprünglich für den gesamten osteuropäischen Raum vorgesehenen drei Millionen Mark wurden jetzt allein den Ufa-Ambitionen in der Ukraine zugestanden. Jeweils zwei Millionen Mark stellte man für Sowjetrußland und Polen bereit, drei Millionen für Investitionen in der Türkei und im kaukasischen Raum, weitere zwei Millionen für Aktivitäten in Schweden, Dänemark und Norwegen sowie eine Million Mark für Finnland.

Auf der am gleichen Tag anberaumten Sitzung des Arbeitsausschusses gab Stauff dem anexionistischen Charakter dieser großangelegten Aktivitäten unmißverständlich Ausdruck. Er wies insbesondere darauf hin, daß Gewicht darauf zu legen sei, „daß die Beteiligungen unserer Gesellschaft nicht nur die einfache Majorität, sondern diejenige Majorität sichern muß, durch die sie nach Gesetz oder Statut volle Verfügung über die Gesellschaft auch für den Fall der Auflösung oder Fusion erhalten wird.“

Am 21. September 1918 informierten Hauptmann von Theobald von der Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung und Leutnant Michaelis als Vertreter der Ufa die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes darüber, daß die Sowjetregierung die Einfuhr von Filmen monopolisiert habe und Abschlüsse mit Privatfirmen daher zur Zeit nicht getätigt werden könnten. Dagegen mache der Ausbau der Organisation der Filmpropaganda in der Ukraine weiter große Fortschritte. Es wurden Niederlassungen in Kiew, Odessa und Charkow errichtet.

Bereits im Frühjahr 1918 hatte die Ufa eine Reihe von Tochtergesellschaften auf dem Balkan und in der Türkei eingerichtet. In Bukarest wurde eine rumänische Aktiengesellschaft mit einem Kapital von einer Million Lei gegründet, in die die Ufa zwei von ihr gemieteten Filmtheater und ein noch in Aussicht genommenes

Kino einbrachte. In Bulgarien wurden etwa drei Millionen Mark investiert. Meist waren es Aktienmajoritäten in bulgarischen Aktiengesellschaften, wobei ein Strohmännchen die deutschen Interessen vertrat. In Sofia wurde die Aktienmajorität des „Théâtre Moderne“ erworben, das auch über ein Verleihgeschäft verfügte. Damit sollte der in Bulgarien stark in Erscheinung tretende österreichische Einfluß zurückgedrängt werden.

In der Türkei wurden in Istanbul das Amphitheater, das Théâtre Royal und die Kinos Palas und Kosmograf gemietet. Souad Bey, ein türkischer Beauftragter der Ufa, ging nach Smyrna, um dort für die Ufa ein Theater zu erwerben. Für den Balkan beschloß die Ufa-Leitung im November 1918, als die bevorstehende militärische Niederlage Deutschlands nicht mehr zu übersehen war, das Geschäft nicht abzubauen, sondern die Mieten weiter zu bezahlen. Die Unternehmen in der Türkei sollten in Treuhandverwaltung abgegeben werden. In Polen erwarb die Ufa 60 beziehungsweise 50 Prozent des Aktienbesitzes der Filmtheater Korso und Sphinx in Warschau.

Die Erwartungen, die die Ufa an Unternehmungen in Ost- und Südosteuropa knüpfte, konnten sich aber infolge des Kriegsausgangs nicht erfüllen, da gerade diese Geschäftsgebiete zeitweilig vom Stammunternehmen abgeschnitten blieben und noch lange unter den Wirkungen des Kriegsausgangs zu leiden hatten. Ein Gegengewicht zu den Schwierigkeiten bei den Auslandsinteressen in Osteuropa bildete die günstige Entwicklung bei Theater- und Verleihunternehmungen in der Schweiz, in Skandinavien und Holland, an denen sich die Ufa weiterhin in maßgeblicher Weise beteiligte.

Durch ihre Beteiligungen an der Apollo Film AG in Wien, der Corvin-Filmfabrik AG in Budapest und an der Budapester Projektograf AG gewann die Ufa Einfluß auf den österreichischen und den ungarischen Markt. Ihrem Verleih und ihren Kinos kamen die ausländischen Produktionen zugute, und für eigene Filme erschloß sie neue Absatzmärkte. Am 8. Mai 1918 berichtete die ungarische Zeitung „Pesti Napló“ unter der Überschrift „Die Ufa in Ungarn“: „... Die Ufa begann mit einem Stammkapital von 25 Millionen Mark, hat aber jetzt schon mehr als 80 Millionen Mark für Investitionen verwendet. In Deutschland gehören ihr 100 Kinos ... Es ist nur natürlich, daß die Ufa ihren Blick bei ihrer zielbewußten und gierigen Einverleibungsarbeit auch auf die junge ungarische Filmindustrie richtet. So wie sie überall mit Haut und Haaren Filmfabriken, Filmverleihanstalten und Kinos ankauft, versucht sie sich mit dem starken Druck ihres mächtigen Körpers in der Filmwelt Ungarns festzusetzen ... Die Ufa ist also jetzt schon Herr über die sieben größten Lichtspieltheater Ungarns. Die Hand der Ufa ist lang und mächtig ... So arbeiten die Deutschen. Den Filmkrieg haben sie schon gewonnen.“ Den „Großen Krieg“ verloren sie allerdings.

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Die Arbeiterklasse im Kampf gegen das Sozialistengesetz

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

26. Oktober 1978

Um 1884 tauchte in Zürich, dem Erscheinungsort des „Sozialdemokrat“ – das war das Zentralorgan der verbotenen deutschen Arbeiterpartei – ein Berliner Polizeispitzel auf, der sich durch besonderen Eifer bei den Genossen verdächtig machte. Um möglichst enge Verbindung mit dem Stab der Redaktion und der Expedition des Blattes zu bekommen, täuschte der Mann Intimkenntnisse vor und bezeichnete den Leiter der Expedition, Julius Motteler, als „Roten Postmeister“. Damit wurde – Ironie der Geschichte – von einem Spitzel ein Ehrenname geprägt, der symbolhaft war für revolutionäre Standhaftigkeit, für Mut, Erfindungsreichtum im Kampf gegen die herrschenden Klassen, symbolhaft für Hingabe an die Sache der Arbeiterklasse in jenem zwölfjährigen Kampf gegen Bismarcks Sozialistengesetz, das am 21. Oktober 1878 in Kraft getreten war.

Mut und Hingabe für die Sache der Arbeiterklasse gehörten freilich dazu, angesichts der Zerschlagung aller Organisationen, des Verbotes aller Versammlungen und aller Druckschriften neue Ansatzpunkte für die Arbeit der Partei zu finden.

Die proletarische Solidarität war die Basis erster entscheidender Schritte unter dem Ausnahme-gesetz. In Leipzig bildete sich unter Leitung von August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Hasenclever ein Unterstützungskomitee, das bis 1880 faktisch die Leitung der Partei darstellte. Für die Unterstützung brotlos gewordener Redakteure und Buchdrucker der Parteizeitungen, verfolgter Sozialdemokraten und dann auch der ausgewiesenen Genossen wurden bis zum 1. August 1880 insgesamt 37 310 Mark gesammelt – angesichts der miserablen ökonomischen Lage der Arbeiter eine bedeutende Leistung!

Vor allem aber zeigte sich, daß die Masse der Parteimitglieder nicht aufgab. Schon am 17. November 1878 schrieb Wilhelm Liebknecht an Friedrich Engels: „Die momentan zerrissenen Fäden sind meist wieder geknüpft und der Zusammenhalt vollkommen gesichert ... Unsere Leute benehmen sich wirklich glorios.“ Sicher war Liebknechts Bericht sehr optimistisch; denn vielerorts waren die Sozialdemokraten auf die neue Situation kaum vorbereitet; die Verbindung untereinander wurde erst allmählich wieder hergestellt. Doch in wichtigen Zentren der Partei, z. B. in

Braunschweig, Leipzig, Dresden, Chemnitz, hatten erfahrene Genossen frühzeitig für eine Umorientierung der Mitglieder gesorgt. Wilhelm Bracke, einer der Mitbegründer der Partei, hatte bereits am 22. Oktober 1878 dazu aufgerufen, die verschiedenen Möglichkeiten zur Arbeit zu nutzen. Die Sozialdemokraten, so hieß es im Aufruf, werden, „was auch immer kommen möge, jene eiserne Ruhe bewahren, die unsere Stärke gewesen ist und sein wird: wir werden leben“.

Trotz des einsetzenden Polizei- und Justizterrors entfaltete sich unter schwierigsten Bedingungen eine rege Parteiarbeit. Der Zigarrenarbeiter Julius Bruhns berichtet in seinen Erinnerungen: „In den Werkstätten der Arbeiter, besonders bei den Zigarrenmachern, merkte man von Kirchhofsruhe nicht viel ... Nachdem man sich ein wenig an das Gesetz und die durch dasselbe geschaffene Situation gewöhnt hatte, wurden ganz selbstverständlich die auf den Index gesetzten Schriften aus dem Besitz der einzelnen auf die Bude gebracht und vorgelesen. Und um so häufiger vorgelesen und um so gründlicher diskutiert, als sie jetzt, nach dem Fortfall der sozialistischen Tagesliteratur, ja die einzige Gelegenheit boten, sich mit dem Sozialismus zu beschäftigen. Daß diese Verletzung des Gesetzes, die in Hunderten von Arbeitsstätten der Zigarrenmacher verübt wurde, jemals zur Kenntnis der Behörde gekommen, jemals einen Verräter gefunden hätte, habe ich nie erfahren.“

Wurde auf diese Weise zunächst der Zusammenhalt der sich kennenden Genossen garantiert, so entstand im Lauf der Zeit in fast allen größeren Städten eine illegale Organisation auf der Basis des Systems der Vertrauensmänner. In Wohngebieten wurde ein Vertrauensmann gewählt oder bestimmt, der wiederum Verbindung mit einem Genossen eines Stadtgebietes hatte. Sehr oft entstand aus einer Reihe von Vertrauensmännern ein Komitee, das die Leitung der illegalen Organisationen in Städten wie etwa Berlin, Leipzig oder Hamburg darstellte. Dabei achtete die Führung der Partei darauf, keine das ganze Reichsgebiet umfassende illegale Organisation aufzubauen, da die Gefahr des Eindringens von Spitzeln zu groß war. Wie funktionstüchtig das System der Vertrauensmänner war, zeigte sich bei der Beisetzung des populären Parteiführers August Geib, der am 1. August 1879 in Hamburg gestorben war. Innerhalb von 46 Stunden fanden sich 100 000 Arbeiter zu einer der

größten Demonstrationen ein, die Hamburg je gesehen hatte. Die Masse der aktiven Parteimitglieder suchte sehr bald nach Erlaß des Sozialistengesetzes in legalen Vereinen eine politische Heimstatt. So entstanden Gesangs- und Theatervereine, Arbeiterbildungsvereine wurden gegründet. Der Berliner Polizeipräsident berichtete im Dezember 1880, daß allein in Leipzig in 40 Klubs und Vereinen ca. 1600 Sozialdemokraten organisiert seien. Einer der größten legalen Vereine, der Leipziger „Fortbildungsverein für Arbeiter“, hatte bereits 1879 400 und 1890 ca. 1100 Mitglieder. Dazu kamen spezifische Aktionen wie die Teilnahme an öffentlichen Wahlversammlungen. Später, als wieder gewerkschaftliche Organisationen zugelassen wurden, fanden viele Sozialdemokraten dort ein Betätigungsfeld.

Im Zusammenwirken der verschiedenartigen Organisationen und der Tätigkeit der Abgeordneten der Partei entwickelte sich ein Grundelement der Arbeit der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz, das in den Erfahrungsschatz der internationalen Arbeiterbewegung einging: die Verbindung von legaler und illegaler Arbeit, die sogenannte Antigeheimbundtaktik. Es ging darum, die Parteiarbeit unter dem Sozialistengesetz nicht „auf das Niveau kindischer Konspirationsspielerei hinabzwingen“ zu lassen, wie Julius Motteler, der „Rote Feldpostmeister“, einmal schrieb.

Durch diese Taktik, die Verbindung von legaler und illegaler Arbeit, wurde es möglich, die Organisation der Sozialisten unter den Bedingungen der Ausnahmegesetzgebung aufrechtzuerhalten, den Kampf der Arbeiter um ihre elementaren sozialen Rechte zu unterstützen, für die Erweiterung der Rechte des Volkes eine breitere Basis zu finden und letztlich eine immer größere Zahl von Arbeitern mit den Zielen der Partei vertraut zu machen.

So wichtig die illegale Organisation in den Städten und Gemeinden auch war, so notwendig sich die Kontakte der Genossen in den legalen Vereinen erwiesen, so bedeutungsvoll die Reden der Reichstagsabgeordneten der Partei für die Orientierung der Parteimitglieder waren – die gesamte Erfahrung der organisierten Arbeiterbewegung wies darauf hin, daß die Partei eine Zeitung brauchte. Schon am 30. November 1878 hatte Liebknecht an Engels geschrieben: „... wir brauchen ein Organ im Ausland“. Das im Dezember 1878 in Brüssel herausgegebene kleine Blatt „Die Laterne“ konnte die anstehenden Aufgaben nicht bewältigen.

Die in London unter Leitung von Johann Most erscheinende Zeitung „Freiheit“ geriet in anarchistische Bahnen. Nach langen Vorbereitungen erschien am 28. September 1879 in Zürich die Probenummer des künftigen Zentralorgans der Partei – „Der Sozialdemokrat“.

In der Schweiz erschien die Zeitung legal, sie konnte also offen, ohne Selbstzensur, veröffentlicht werden. In Deutschland wurde sie illegal verbreitet, durch ein System von Vertrauensleuten des „Sozialdemokrat“, dem die Polizei geradezu machtlos gegenüberstand. Bereits am 29. Dezember 1879 mußte der Berliner Polizeipräsident von Madai in seinem Bericht feststellen, diese Zeitung sei um so gefährlicher, „als das Blatt in seiner Eigenschaft als erklärtes Zentral-Parteiorgan nicht nur fortwährend Anweisungen und Winke der Führer bringt, sondern auch in den aus allen Landesteilen Deutschlands einlaufenden Korrespondenzen ein genaues Bild von dem Stand und den Fortschritten der Bewegung im ganzen Lande gibt. Der Modus der Verbreitung der Zeitung macht die rechtzeitige Beschlagnahme fast unmöglich.“

In der Tat wurde die Zeitung zu einem entscheidenden Mittel der Führung der Partei, der Propagierung sozialistischen Gedankengutes und nicht zuletzt der engen Verbindung von Mitgliedern und Parteiführung. Sie konnte diese bedeutende Funktion bei der Organisierung und Erziehung der Arbeiter vor allem deshalb erlangen, weil ihre Verbindung mit den Arbeitern selbst ergänzt wurde durch den Beistand von Marx und vor allem von Engels. Schon zur Gründung des Organs hatten sie mit ihrem „Zirkularbrief an die Führer der Partei“ wesentlich beigetragen. Friedrich Engels veröffentlichte nicht nur eine große Zahl von Beiträgen im „Sozialdemokrat“, sondern er wurde geradezu zum Chefberater der Redaktion. In seinen Briefen und ab 1888, als die Redaktion nach London übersiedeln mußte, in persönlichen Gesprächen nahm Engels zu theoretischen wie zu taktischen Problemen Stellung; er beriet die Redaktion bei zentralen politischen Entscheidungen, in Fragen des Stils wie auch bei der Auswahl des Feuilletons. Die enge Zusammenarbeit von Friedrich Engels mit der Redaktion des „Sozialdemokrat“ und mit den Führern der Partei wie August Bebel und Wilhelm Liebknecht gewann

auch insofern an Bedeutung, als der erfolgreiche Widerstand der Partei gegen die Bismarcksche Unterdrückungspolitik zugleich von Auseinandersetzungen in der Partei begleitet war. Schon zu Beginn des Sozialistengesetzes trat eine kleinbürgerliche Gruppierung auf, die den revolutionären Zielen der Partei abschwören wollte. Eine andere Gruppe geriet mehr und mehr ins Fahrwasser des Anarchismus. Zwar konnte der Einfluß dieser Kräfte bald zurückgedrängt werden, doch in der Reichstagsfraktion versuchten einige führende Sozialdemokraten, Mitte der 80er Jahre eine kleinbürgerlich-reformistische Politik durchzusetzen, die zwar auch gegen das Ausnahmegesetz gerichtet war, die revolutionäre Grundposition der Partei jedoch zeitweilig in Gefahr brachte.

Um 1880/81 mußten die herrschenden Kreise einsehen, daß der Terrorfeldzug gegen die Arbeiterklasse nicht zum Ziel geführt hatte. Man versuchte es nun mit der Taktik des „Zuckerbrotes“: Die Sozialpolitik wurde verbessert – mit Gesetzen über Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung. Verbunden mit einem etwas größeren Spielraum, insbesondere für die soziale Bewegung der Arbeiter – man sprach von der sogenannten milden Praxis – sollte diese Taktik die Partei von den Arbeitern isolieren, die Proletarier an die Politik der herrschenden Klassen binden. Die Antwort der Mehrheit der Arbeiterklasse war allerdings eindeutig: „Gegen Zuckerbrot und Peitsche“ – das wurde zur Losung des Kampfes. Die revolutionäre Führung der Partei setzte ihre Politik fort, verbreitete weiterhin die marxistischen Prinzipien und entwickelte zugleich gegen die Almosenpolitik der Regierung ein umfassendes Programm zum Schutze der Arbeiter vor verstärkter Ausbeutung. Ein Gesetzentwurf vom 29. Januar 1885, den vor allem August Bebel ausgearbeitet hatte, entsprach den Forderungen nach dem Zehnstundentag, dem Achtstundentag für Jugendliche, dem Verbot von Sonntags- und Nachtarbeit und einem umfassenden System der Überwachung der Arbeitsverhältnisse. Die mehrfache Ablehnung solcher Forderungen durch Regierung und bürgerliche Parteien stellte die angebliche Arbeiterfreundlichkeit der herrschenden Klassen ins rechte Licht. Und umgekehrt:

Gerade die Wahrnehmung solcher elementarer Interessen der Arbeiter durch die revolutionäre Sozialdemokratie war die Voraussetzung für das Einbeziehen immer breiterer Schichten in den Kampf gegen das Ausnahmegesetz, die Voraussetzung auch für die Aufnahme der Lehre von Marx und Engels. Als sich die Zahl der sozialdemokratischen Wählerstimmen von 311 000 im Jahre 1881 auf 763 000 im Jahre 1887 erhöhte, als schließlich 1885 eine sich mehr und mehr ausbreitende Streikwelle begann, wurde immer deutlicher, daß die Politik des Sozialistengesetzes gescheitert war. Trotz verschärften Terrors breitete sich die Organisation der Partei aus, entwickelten sich die Gewerkschaften. Im Mai 1889 schließlich brach der bis dahin größte Massenstreik in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aus, der Bergarbeiterstreik, an dem insgesamt 150 000 Bergleute beteiligt waren.

Ende 1889 Anfang 1890 debattierte der Reichstag erneut über eine Verlängerung des Sozialistengesetzes. Die Parteien der herrschenden Klassen wollten es angesichts der eklatanten Mißerfolge der Regierung und der Unzufriedenheit der arbeitenden Massen nicht mehr wagen, das Gesetz zu verlängern. Das war zugleich der Anfang vom Ende des Kanzlers. Wenn auch vordergründig Querelen innerhalb der herrschenden Clique als Ursache für Bismarcks Sturz erscheinen mochten, die eigentliche Ursache dafür war die Veränderung im Kräfteverhältnis der Klassen, die wesentlich durch den Aufschwung der sozialistischen Bewegung verursacht worden war. Unter diesen Bedingungen suchten die herrschenden Klassen nach neuen, veränderten Kampfmethoden. Am 25. Januar 1890 verweigerte der Reichstag die Verlängerung des Sozialistengesetzes, am 30. September 1890 trat es außer Kraft. Die deutsche Arbeiterbewegung hatte einen großen Sieg errungen. Sie hatte bewiesen, daß das Proletariat seinem historischen Auftrag im Ringen um den gesellschaftlichen Fortschritt auch unter den härtesten Bedingungen nicht entsagt. Eine neue Phase des Kampfes begann – mit großen Erfolgen, gekennzeichnet aber auch durch scharfe Auseinandersetzungen vor allem mit dem Reformismus in der deutschen Arbeiterbewegung.

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Juni!

Zum 96. Geburtstag

Vera Tenner (Berlin), am 26. Juni

Zum 95. Geburtstag

Hugo Jensch, (Pirna) am 20. Juni

Zum 94. Geburtstag

Wilhelm Möller (Leipzig) am 7. Juni

Zum 93. Geburtstag

Irene Marcinkowski (Dassel) am 6. Juni

Zum 92. Geburtstag

Roger Reinsch (Berlin) am 29. Juni

Zum 91. Geburtstag

Joachim Spinler (Potsdam) am 10. Juni

Prof. Dr. Werner Roß (Schulzendorf) am 22. Juni

Zum 90. Geburtstag

Fred-Dieter Schlicke (Dresden) am 8. Juni

Hasso Wiegmann (Berlin) am 10. Juni

Klaus Kukuk (Berlin) am 13. Juni

Zum 85. Geburtstag

Karl-Heinz Mohn (Hoyerswerda) am 2. Juni

Dr. Roland Wötzel (Leipzig) am 3. Juni

Edgar Kühne (Halle) am 16. Juni

Herbert Röhrs (Rostock) am 26. Juni

Zum 80. Geburtstag

Gerd Heimann (Woltersdorf) am 6. Juni

Wolfgang Reinsch (Berlin) am 9. Juni

Harald Puff (Großbadegast) am 17. Juni

Helge Schmidt-Heß (Neubrandenburg) am 23. Juni

Gunnar Pothmann (Rostock) am 28. Juni

Zum 75. Geburtstag

Jürgen Heinrich (Berlin) am 10. Juni

Zum 70. Geburtstag

Gerhard Brandel (Dietzenbach) am 2. Juni

Wieland König (Neustadt in Holstein) am 8. Juni

Renate Weinbrecht (Chemnitz) am 13. Juni

Zum 65. Geburtstag

Wolfgang Günther (Schweinfurt) am 14. Juni

Roland Wittenberg (Eberswalde) am 23. Juni

Zum 60. Geburtstag

Jens Müller (Werder/Havel) am 9. Juni

Andreas Maluga (Bochum) am 9. Juni

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.

Über die Standhaftigkeit eines deutschen Jungkommunisten

In der Innenstadt Remscheids erinnert ein in den Gehweg eingelassener Gedenkstein an ihn. „Hier wohnte Artur Becker, Jg. 1905, Flucht 1933, UdSSR/Frankreich, Internationale Brigaden, von Gestapo ermordet 16.5.1938“, ist dort zu lesen. Nach der Annexion der DDR hatten die neuen alten Machthaber umgehend versucht, das Andenken an Artur Becker im öffentlichen Raum zu tilgen. Unzählige Straßen und Schulen im Osten Deutschlands wurden umbenannt, in Jena, Oranienburg und Rostock gibt es sie noch, die Straßen mit seinem Namen. In Delitzsch eine Oberschule, die seinen Namen trägt, in Prenzlau eine Grundschule. In Lichtenberg eine Gedenktafel, in Spremberg ein Denkmal. Am 12. Mai 1905 in einer Arbeiterfamilie geboren, war der gelernte Schlosser bereits mit 15 Jahren zum Kommunistischen Jugendverband (KJVD) und mit 17 zur KPD gestoßen. Gerade 21 Jahre alt geworden, wurde er Vorsitzender des Bezirks Niederrhein des KJVD. In dieser Funktion nahm er im September 1928 am V. Weltkongress der 1919 unter dem Dach der von der Komintern gegründeten Kommunistischen Jugendinternationale (KJI) teil und berichtete dort über seine Erfahrungen in der Jugendarbeit. Zwei Monate später fiel ihm die Aufgabe der Vertretung des KJVD im Exekutivrat der KJI zu. Zusammen mit seiner Ehefrau Gertrud, die er 1928 geheiratet hatte, bezog Artur Becker eine Wohnung in Berlin-Hohenschönhausen. Anlässlich des 11. Kongresses des KJVD in Berlin (September 1929) wurde Artur Becker in das Zentralkomitee des Jugendverbandes gewählt. An der Zielbestimmung des Jugendverbandes, der Gewinnung des fortschrittlichen Teils der sozialdemokratischen Jugend für eine Einheitsfront gegen den Faschismus, hatte er entscheidenden Anteil. 1931 übernahm er den Vorsitz des KJVD.

Innerhalb des Jugendverbandes kam es zu Auseinandersetzungen mit den Vertretern der sogenannten Neumann-Gruppe, die mit Parolen wie „Liquidierung der SA!“ die angestrebte Einheitsfront linksradikal hintergingen, Artur Becker verlor Ende 1931 den Vorsitz. Ernst Thälmann, der die Tendenz zum individuellem Terror bekämpfte, stellte sich gegen diese Entwicklung, was im Mai 1932 in den Aufruf der KPD zur Gründung einer Antifaschistischen Organisation mündete. Deren einzige Losung: der Kampf gegen Faschismus und Krieg, unabhängig von organisatorischen Zugehörigkeiten. Becker, der bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 als jüngster Abgeordneter ins Parlament gewählt worden war, wurde rehabilitiert. Unmittelbar nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler (30. Januar 1933) ging Becker nach Frankreich, wo er im Auftrage der KJI bereits im Juni 1933 an der Vorbereitung der Jugendkonferenz des antifaschistischen Arbeiterkongresses in Paris mitwirkte und am 22. September 1933 auf dem ebenfalls dort einberufenen Weltjugendkongress gegen Krieg und Faschismus

eines der zentralen Referate hielt. Artur Becker arbeitete unermüdlich an der Schmiebung der antifaschistischen Einheitsfront, hielt das Einleitungsreferat auf der internationalen Konferenz der Jugend für Frieden, Freiheit und Fortschritt 1935 und wirkte als Mitglied des Exekutivkomitees der KJI bei den Beratungen des VI. Weltkongresses vom 26. September bis 11. Oktober 1935 in Moskau mit. In Spanien spitzte sich die Situation nach dem Wahlsieg der Volksfront am 6. Februar 1936 und dem Putsch der Generäle gegen die Zweite spanische Republik am 17. Juli 1936 zu. Elf Tage später entsandten die italienischen Faschisten unter Mussolini Luftwaffeneinheiten und Truppenteile nach Spanien, Hitler schickte Flugzeuge der „Legion Condor“ und über 100 Panzer samt Besatzung zur Unterstützung der Putschisten. Der glühende Internationalist und Antifaschist Artur Becker wußte, wo ab jetzt sein Platz war.

Bereits im April 1937 gehörte Artur Becker, zusammen mit dem späteren Bundeskanzler Willy Brandt, zu den Unterzeichnern eines Aufrufs an die Jugend zur Unterstützung des spanischen Volkes. Im August des gleichen Jahres betrat er selbst spanischen Boden. Die folgenden Monate Artur Beckers beschreibt eindrucksvoll das von der DEFA 1971 produzierte dreiteilige biografische Portrait. Mit eingefügten Rückblenden auf frühere Ereignisse im Leben des Remscheider Kommunisten erzählt Regisseur Rudi Kurz vom unermüdlichen Einsatz des jungen Kommunisten. Rudi Kurz, der bis zu seinem Tod im Oktober 2020 zu den Autoren des „RotFuchs“ gehörte, hatte 1969 bereits das Leben von Beckers Kameraden im Thälmann-Bataillon, Hanns Beimler, verfilmt. Für Artur Becker stand im Herbst/Winter 1937/1938 vor allem die Jugendarbeit mit der „Vereinigten Sozialistischen Jugend Spaniens“ (JSU) und die Bildungsarbeit in der XI. Internationalen Brigade im Mittelpunkt. Bislang hatte er nicht an Kampfhandlungen teilgenommen.

Das änderte sich im März 1938, als er die Funktion des Parteisekretärs der XI. Internationalen Brigade übernahm, zu einer Zeit, als die militärische Lage für die Zweite Spanische Republik nahezu aussichtslos erschien. Die Schlacht von Teruel, die von Dezember 1937 bis Februar 1938 andauerte, hatte große Teile der republikanischen Streitkräfte aufgerieben, die Truppen Francos standen kurz vor dem Mittelmeerstädtchen Vinaròs. Erreichten sie es, wäre dadurch Katalonien vom Rest des republikanischen Territoriums abgetrennt worden. Seit dem 7. März 1938 tobte die nationalistische Aragon-Offensive im Norden Spaniens. Die Schwäche der republikanischen Truppen nach dem Verlust von Teruel nutzen die mit Luftunterstützung der italienischen Aviazione Legionaria und der Legion Condor vorrückenden Faschisten aus und brachten den Truppen Rotspaniens empfindliche Niederlagen bei. Nach gesicherter

Quellenlage steht fest, daß sich Artur Becker spätestens seit Ende März 1938, unweit der katalonischen Stadt Gadesa, bei einer kämpfenden Einheit des Thälmann-Bataillons befand. Das Bataillon hatte die Aufgabe, den Rückzug der Interbrigade in diesem Frontabschnitt zu decken. Während eines Scharmützels traf ihn eine franquistische Kugel, er wurde gefangengenommen und nach Burgos überstellt, direkt in das vor den Toren der Stadt gelegene Konzentrationslager San Pedro de Cardena, ein früheres Kloster, das die Faschisten 1936 zu einem Gefangenenlager umgebaut hatten. Tausende republikanische Antifaschisten spanischer Nationalität und – beginnend mit dem April 1938 – auch Angehörige der Interbrigaden wurden hier unter menschenunwürdigen Umständen gefangen gehalten. Ihr Schicksal verschlug sie meist in das Zwangsarbeiterbataillon Nr. 75.

Nicht wenige wurden durch Francos Standgerichte exekutiert oder in das etwa 90 km entfernte KZ Miranda de Ebro gebracht. Die in Burgos stationierte Geheimpolizei der Legion Condor, die Abteilung „S/88/lc“, war ein Vorläufer der nach Vorbild der Gestapo operierenden „Geheimen Feldpolizei“ (GFP), deren reguläre Einheiten ab Anfang August 1939 im Rahmen des geplanten Überfalls auf Polen aufgestellt wurden. In enger Zusammenarbeit mit der franquistischen Geheimpolizei („Servicio Informacion Policia Militar“), ließ sich die Abteilung S/88 gefangene deutsche Interbrigadisten zum Verhör überführen. So geschah es auch Artur Becker. Vereinzelt Berichten zufolge, soll Becker, auch unter Folter, bis zuletzt seine Identität geheimgehalten haben. Nach wochenlangen Verhören wurde er erschossen. Die Täter sind unbekannt geblieben, wie auch sein tatsächlicher Todestag.

Der Rostocker Geschichtsprofessor Karl-Heinz Jahnke schreibt: „Eindeutig belegt ist die Gefangennahme am 1. April 1938. Gleiches gilt nicht für das Todesdatum vom 16. Mai 1938“. Das Todesdatum entstammte einer Meldung, die – wie Jahnke festgestellt hat – Monate später in Frankreich verbreitet wurde. Die Erschießung von Antifaschisten nach deren Verhör entsprach der Praxis der Geheimpolizei. In den Nürnberger Nachfolgeprozessen (1947) gegen Mitglieder des Oberkommandos der Wehrmacht sind solche Exekutionsbefehle bekannt geworden: „Zivilpersonen, die hinreichend der Spionage, Sabotage oder des Partisanentums verdächtig sind, sind nach Vernehmung (...) zu erschießen“. Der deutsche Dichter Stephan Hermlin erinnerte 1951 an den Ermordeten: „Artur Becker, der Jungkommunist aus der Schule Ernst Thälmanns, der Organisator eines neuen Verbandes einer neuen Jugend, ist eines der teuersten unter so vielen teuren Opfern, die die deutsche Arbeiterklasse auf spanischer Erde für die eine, gleiche Sache hingegeben hat.“

Ihr Leben war Kampf für den Frieden

Elisabeth Monsig, „Betty“ nannten sie alle, wurde am 1. Januar 1924 in Köln geboren und starb 99jährig am 7. März 2023 in Schwedt. Tausende kannten die „Rote Oma“. Wer ihr begegnete, dem fielen sofort ihr wacher Verstand und ihre soziale „Ader“ auf. Sie war voller Lebenserfahrung und Humor. Nie wurde sie müde, sich für Frieden und soziale Gerechtigkeit, gegen Krieg und Armut einzusetzen.

Betty kannte sich aus im Klassenkampf. Sie kam aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR, die zu ihrer Heimat wurde. Nach der Konterrevolution gab sie nicht auf. Sie verfaßte Texte – einige davon finden wir auf der CD „Gereimtes & Ungereimtes von der roten Oma“ – und fertigte Karikaturen an, die sie in Verkaufsstellen und Wartezimmern

verteilte. Auch ihren kleinen Opel schmückte sie damit.

Ihr Zeichen war die Friedenstaube. Mit ihr, den Texten und Zeichnungen zog sie von Montagsdemo zu Montagsdemo, von Kundgebung zu Kundgebung, von Versammlung zu Versammlung.

Betty hatte viel zu erzählen. Peter Richter aus dem Efeuhaus in Grunewald bei Tempin schrieb das Buch „Elisabeth, ein Leben für den Frieden“. Es erschien 2020 im Verlag BoD – Books on Demand, Norderstedt.

Als wir uns am 14. April auf dem Friedhof in Gartz an der Oder von Betty verabschiedeten, waren Lieder und Bettys Stimme zu hören. Die „Kinderhymne“ von Bertolt Brecht und das Gedicht „Frauentag“ von Elisabeth Monsig waren dabei.

Mütter, ihr habt stets die Kinder geboren. Wie oft schon habt ihr sie im Kriege verloren. Die Kriegstreiber haben mit euch kein Erbarmen, denn auf den Schlachtfeldern liegen nur die Armen. Sie haben nicht unsere Heimat geschützt, sondern nur dem gierigen Kapital genützt.

Wenn nun ein Kind das Licht der Welt erblickt, schwört, daß ihr es nie auf ein Schlachtfeld schickt!

Sorgt, daß sie nie zu Mördern werden!
Ihr seid die Garanten für den Frieden auf Erden.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Juni

■ Regionalgruppe Rostock

Am 2. Juni um 15 Uhr spricht Uwe Hiksich zum Thema: **Die weltpolitische Situation und die Gefahren für die Realisierung der Klimaziele**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Halle

Am 6. Juni um 15 Uhr spricht Dr. Lothar Schröter (Militärhistoriker und Buchautor) zum Thema: **Rußland in der globalen geostrategischen Abwehr?**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Güstrow

Am 8. Juni um 16.00 Uhr spricht der Vorsitzende des „Rotfuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Die Rolle der bürgerlichen Medien in der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung**

Ort: Güstrow, Thünenweg 32, Objekt der Volkssolidarität

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 9. Juni um 15 Uhr: Dr. Diether Dehm (Autor, Liedermacher und linker Politiker) singt politische Lieder und stellt sein neues Buch vor.

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Berlin-Treptow-Köpenick

Am 15. Juni um 17 Uhr spricht Uwe Trostel (1992–2004 Berater in Rußland und der Ukraine) zum Thema: **Mythos „Russische Gefahr“**

Ort: Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

■ Regionalgruppe Bernau

Am 17. Juni um 15 Uhr – Offene Mitgliederversammlung – Beratung zur Arbeit der Regionalgruppe im II. Halbjahr 2023

Ort: „Stadtmauertreff“, An der Stadtmauer 12, 16321 Bernau bei Berlin (ehemals AWO-Treff)

■ Regionalgruppe Dresden

Am 17. Juni um 10 Uhr spricht Gretl Danner (KAZ) zum Thema: **Zur aktuellen Stellung des deutschen Imperialismus**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 20. Juni um 18 Uhr spricht Dr. Arnold Schölzel, Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Kampf für den Frieden ist Klassenkampf**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 22. Juni um 17 Uhr gibt Frank Tröger (Freidenker) eine Diskussionsgrundlage zum Thema: **Aktuelle Krisen im Verhältnis Mensch-Natur**

Ort: Soziokulturelles Zentrum QUERBEET, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 22. Juni um 15 Uhr spricht Prof. Dr. sc. techn. Reinhard Schiffel zum Thema: **Die Umwelt- und Klimapolitik der Bundesregierung**

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70 (Eingang über Steremat), 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 24. Juni um 10 Uhr: Mitgliederversammlung

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Gera

Am 24. Juni um 14 Uhr spricht Thomas Elstner (Gera) zum Thema: **Brachte die NATO den Krieg in die Ukraine?**

Ort: Gaststätte Steinweg 1, 07545 Gera

■ Regionalgruppe Potsdam

Am 27. Juni um 18 Uhr spricht die Vorsitzende des Deutsch-Chinesischen Freundschaftsvereins e.V. Petra Lehmann zum Thema: **China und die neue multipolare Weltordnung**

Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcenter), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe Falkensee

Am 27. Juni um 19 Uhr spricht Uwe Trostel zum Thema: **Bedroht Rußland militärisch NATO-Staaten und rechtfertigt der Krieg Rußlands gegen die Ukrainer eine drastische Steigerung der Rüstungsausgaben für die Bundeswehr und für die NATO?**

Ort: Begegnungsstätte der Linken, Bahnhofstraße 74, 14612 Falkensee

■ Regionalgruppe Berlin-Hohenschönhausen

Am 28. Juni um 18 Uhr spricht Anja Mewes, Vorsitzende des Vereins Friedensglockengesellschaft Berlin e.V., zum Thema: **Erfahrungen und Schlußfolgerungen bei der Formierung einer breiten Friedensbewegung**

Ort: Nachbarschaftshaus im Ostseevierviertel, Ribnitzer Straße 1 B, 13051 Berlin

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 28. Juni um 18 Uhr: Gesprächsrunde mit Genossinnen und Genossen der Kommun. Organisation (KO) und des Kommun. Aufbaus (KA) zu ihrem Selbstverständnis

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 30. Juni um 15 Uhr spricht Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (polnischer Politologe) zur **politischen Situation in Polen.**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)



LESERBRIEFE

Verlogenheit entlarven!

Befreiung vom Faschismus, zwei Worte, die deutsche Politiker vermeiden, in den Mund zu nehmen. Faschismus schon gar nicht. Nationalsozialismus wird er buchstabiert – wegen des Sozialismus. Nun entsorgen die in braun getauchten Grünen die Geschichte ganz. Faschismus, faschistoid kommt ihnen jetzt locker über die Lippen, denn sie meinen Rußland und Putin damit. Eine Claudia Roth maß sich an, die im Museum Karlshorst in Berlin dargestellte Historie neu zu erfinden. Nach „Putins Krieg“ wird Befreiung gestrichen. Das alliierte Rußland habe sich aus der westlichen „Friedensgemeinschaft“ verabschiedet. Es gab demnach drei Jahrzehnte keine mörderischen Kriege von USA, NATO und westlicher Wertegemeinschaft?

Sind Mehrheiten wieder so dumm gemacht worden? Blinder Haß, unhistorisch, verlogen, erobert Straße und Stammtische nicht ohne Erfolg mit grenzenloser Dummheit.

Von Faschismus der Russen reden und Faschisten und Verehrungen der Bandera-, Asow-, Edelweiß-SS-Tradition samt aller Symbolik nicht sehen zu wollen oder nennen zu dürfen, ist das die verordnete Medienfreiheit? „Gedenken erkämpfen“ titelte die junge Welt am 8. Mai. Für verordnetes Gedenken in 40 Jahren DDR sollen wir uns schämen?

Gedenken kommt von Denken. Gerade das sieht Freiheit heute nicht vor. Dummdreist gipfelt Politik im Vergessen, was seit 2014 in der Ukraine inszeniert wurde und gegen wen Krieg geführt wird. Generationen von Russen, Kinder, Enkel wissen, was deutscher Faschismus war, der aus deren Köpfen nicht zu löschen ist. Von mehr als 800 Jahren slawischer Geschichte weiß im Land der Dichter und Denker kaum einer. Der dritte Versuch soll gelingen. Einige glauben wieder daran.

Der Hauptfeind steht auch heute im eigenem Lande. Wer den Krieg gewollt hat und den Frieden verhindert, das müssen wir an die Menschen bringen.

Roland Winkler, Aue

Unvergessen: Tag der Befreiung

Am 8. Mai 1945 kapitulierte das faschistische Deutschland bedingungslos. Spätestens an diesem Tag endete für Millionen Menschen in den Konzentrationslagern und Kriegsgefangenenlagern sowie besetzten Ländern existentielle Furcht und maßlose entwürdigende Unterdrückung. Befreit vom faschistischen Regime um den Preis von Millionen Toten und Verwundeten wurde auch Deutschland. Derer, die zu unserer Befreiung beigetragen haben, zu gedenken, sollte unser

aller Herzensangelegenheit sein und dem Staat Verpflichtung, alles zu tun, um den antifaschistischen Auftrag „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!“ zu erfüllen.

Aber warum ist der 8. Mai nicht ein bundesweiter Feiertag, so wie es guter Brauch in der DDR war? Warum schaut man weg, wenn Denkmäler in osteuropäische Staaten, die an die Kämpfer gegen den Faschismus erinnern und mahnen, abgerissen werden?

Warum steht die Bundeswehr an den Grenzen Rußlands, was hat sie da zu suchen?

78 Jahre nach dem 8. und 9. Mai legen EU und NATO die Axt an alles, was mit und nach dem Sieg über den Faschismus vereinbart worden war. In Deutschland wird demonstrativ eines der größten NATO-Manöver „Defender 2023“ stattfinden.

Warum verweigert sich die Bundesregierung, im Wissen um die vernichtende Wirkung eines kriegerischen Konflikts in Europa, einer konsequent friedenspolitisch orientierten Außenpolitik?

Raimon Brete, Chemnitz

Der 9. Mai 2023 im Ehrenmal Berlin-Treptow

Ich war wie jedes Jahr am 9. Mai im Treptower Ehrenmal. Diesmal war vieles völlig anders. Es begann damit, daß in den Medien mißverständliche Informationen verbreitet wurden, ob absichtlich oder aufgrund des Durcheinanders der Verlautbarungen der Berliner Justizorgane sei dahingestellt. Jedenfalls waren zeitweise mehr Polizisten vor Ort als Besucher. Man fragt sich, was diese denn beschützen sollten, die Russen vor den Ukrainern oder umgekehrt? Das schienen die eingesetzten Polizisten selbst nicht gewußt zu haben, wie Gespräche mit ihnen zeigten. So konnte man groteske Situationen erleben. Eine Besucherin wurde z. B. von einem Polizisten zugeführt, weil sie verdächtigt wurde, das Georgsband zu tragen. Nachdem das nicht nachgewiesen werden konnte, wurde ein „Zivilist“ herangeholt, der dann meinte, eine andere Person als Trägerin des Georgsbandes erkannt zu haben. Es waren also „zivilisierte“ Spitzel unterwegs. Eine andere Frau wurde angehalten und aufgefordert, ihr weißes Halstuch zu entfernen, weil sie eine blaue Jacke und darunter einen roten Pullover trug. Diese Kombination könnte die russische Flagge symbolisieren, wurde behauptet. Zum anderen habe ich beobachtet, wie Polizisten an der Mutter Heimat Besucher belehrten, daß man das Georgsband im Freiraum des Parks nicht offen tragen dürfe, das dürfe man nur direkt an der Krypta, anschließend müsse man das wieder abnehmen.

Ein weiterer Besucher mußte Papier-Winkelemente der sowjetischen Fahne gegen Ausstellung eines Protokolls abgeben. Deutscher Beamtenzirkus in feinsten Ausführung. Nun sind die Handlungen der Polizisten das eine, das andere ursächliche Übel das Gebaren der bundesdeutschen, hier im besonderen der Berliner Justiz.

Offensichtlich leben wir in einem Deutschland, das wieder einmal auf Revanche aus ist, das sich dem US-Amerikanismus vorbehaltlos unterordnet und die Nazis in der Ukraine feiert.

Reiner Neubert, Berlin

Was haben Makejew und die FAZ gemeinsam?

Am 8. Mai 2023 jährte sich zum 78. Mal der Tag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus primär durch die Rote Armee der Sowjetunion.

Laut Tagesschau vom 8. Mai 2023, 20 Uhr, hat Deutschland des Endes des Zweiten Weltkrieges mit über 60 Millionen Tote gedacht, ohne den Hauptfaktor der Beendigung des Massentötens zu benennen. Gezeigt wurden Bilder der Kranzniederlegung durch Berlins Regierenden Bürgermeister Wegner in Begleitung des ukrainischen Botschafters Makejew in der Neuen Wache. Es wurde mitgeteilt, daß der Botschafter ganz bewußt darauf verzichtet habe, Kränze und Blumen an sowjetischen Mahnmalen niederzulegen. Folglich wurde auch kein einziges sowjetisches Mahnmal ins Bild gesetzt. Makejew, die Tagesschau und die Frankfurter Allgemeine, das Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse, können sich da die Hand reichen. Mit keiner Zeile erwähnte diese großbürgerliche Zeitung des Finanzkapitals den 8. Mai vor 78 Jahren, dafür war der Aufmacher betitelt mit „Der Tag des Königs“. Statt der über 60 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges zu gedenken, wurde die Hauptsorge der Monarchisten herausgestrichen, ob ein Mißgeschick die Krönungsfeierlichkeiten eines 74jährigen nach anglikanisch-religiösem Ritus mit heiligem Öl hätte trüben können. Nicht das 20. Jahrhundert stand in dieser Mai-Ausgabe der Zeitung im Mittelpunkt, sondern das finsterste Mittelalter. Auch auf Seite 2 unten, wo in jeder Ausgabe unter der Rubrik: 'Die Stimme der anderen' Auszüge aus ausländischen Zeitungen abgedruckt werden, wurde aus einer italienischen, einer englischen und einer tschechischen Zeitung zitiert, dreimal ging es um die Krönungsfeierlichkeiten am 6. Mai 2023 in London, ohne daß auch hier der Polizeieinsatz gegen Republikaner zu Wort kam. Der Zweite Weltkrieg darf nicht erwähnt werden, wenn sich die NATO-Strategen im Krieg gegen Rußland befinden. Da muß ein dichter Schatten auf Rußland liegen, denn aus dem Reich des bösen Putin darf kein Lichtstrahl aus Moskau zu den Völkern Europas durchkommen. Die Wahrheit aber ist: Die Soldaten, die den größten Tag der Erleichterung in der Weltgeschichte herbeigekämpft hatten, stammen aus einem Land, in dem die Staatsgewalt von bewaffneten Arbeitern und Bauern ausging. Das werden die Völker der Welt niemals vergessen, mögen die Volksfeinde auch noch so sehr Tatsachen manipulieren und die Menschen für dumm verkaufen.

Heinz Ahlreip, Hannover

Heute nach Deutschland zu blicken, macht keine Freude

Denn wie im letzten Jahr wurde dafür gesorgt, daß am Treptower Ehrenmal in Berlin nicht gefeiert werden durfte. Sowjetische und russische Fahnen, auch das Georgsband, alles wurde verboten. Und es ist noch schlimmer als im vergangenen Jahr – ukrainische Fahnen sind erlaubt, auch im Treptower Park.

Die Unterstützung des Kiewer Regimes ist wichtiger als die Wahrnehmung der historischen Wahrheit. Der *Spiegel* hat zum 8. Mai erklärt, Deutschland wäre nicht vom Hitlerfaschismus befreit worden, da so viele Deutsche dafür gewesen seien.

Wenn morgen das Regime in Kiew fällt und die Erziehung zum Haß beendet wird, dann mag es wohl sein, daß Jugendliche, die mit der Bandera-Ideologie aufgewachsen sind, sich nicht befreit fühlen werden. Aber sie würden dennoch befreit, weil ihnen die Möglichkeit gegeben wäre, als Mensch unter Menschen zu leben und sie vor

der Gefahr bewahrt würden, im Namen eines Wahns zu Verbrechen zu werden.

Im Mai 1945 mögen das viele noch nicht verstanden haben. Doch Filmaufnahmen von den ersten Weltjugendfestspielen z. B. zeigen, mit welchem Enthusiasmus junge Menschen, die dazu erzogen worden waren, alle anderen Völker zu verachten, nun die Freundschaft der Völker feierten und langsam begriffen, daß eine Welt des Friedens erst möglich wird, wenn der Faschismus niedergedrungen ist. Dafür stand die DDR solange sie existierte.

Heute ist es bitter zu sehen, wie sehr die damaligen Verlierer wieder auftrumpfen. Wenn sie könnten, würden sie die sowjetischen Denkmäler in Deutschland genauso niederreißen wie in Polen, im Baltikum und in der Ukraine. Sie zu schänden, genügt ihnen nicht. Sie nutzen den Krieg in der Ukraine, um offen ihre Sympathie für Faschisten zu demonstrieren und alles, was an ihre Niederlage erinnert, aus der Öffentlichkeit zu verbannen.

Der 9. Mai 1945 war der Tag, der es ins kollektive Gedächtnis einschrieb: Die Menschheit bewegt sich nach vorn. Es mag Hindernisse geben, entscheidliche Rückfälle, aber sie bewegt sich nach vorn. Heute tut sie es, indem Dutzende Länder nicht länger den Geboten eines Hegemons folgen, sondern sich als Gleiche miteinander verbünden. Es ist eine neue Befreiung, und wenn viele hier das heute nicht begreifen, ändert das nichts daran.

Liane Kilinc, Moskau

Gegen Größenwahn und Krieg

Finnlands Aufnahme in die westliche Militärallianz ist „wirklich ein historischer Tag“, sagte Stoltenberg. Ja, es ist geschafft. Mit Finnland verfügt die Allianz über das größte Grenzgebiet zum Nachbarn Rußland. Darauf haben die NATO-Strategen seit Jahrzehnten hingearbeitet. Jetzt ist der Weg frei, um die Ostflanke der NATO mit allem zur Verfügung stehenden Kriegsgerät und Kampfgruppen schlagkräftig wie nie aufstellen zu können. Westliche Politiker gehen bewußt das Risiko einer Konfrontation mit russischen Kräften ein. Dialog und Verhandeln sind da nicht erwünscht, auch keine Forderungen von Friedens- und Klimaaktivisten. Vielmehr bereitet sich die Militärallianz mit der Übung „Air Defender 2023“, auch über dem Luftraum Ostdeutschlands, darauf vor, im Machtkampf des Westens gegen Rußland, US-Einheiten schnell an die Ostflanke heranzuführen zu können. An der Übung sind etwa Zehntausend Soldaten aus 18 Staaten, darunter Deutschland, und über 200 Bomber, darunter modernste US-Kampfbjets, beteiligt. Das sind Dimensionen, die alle bisherigen NATO-Übungen übertreffen.

Ernst Jäger, Panketal

Kompaß der Klassiker bleibt aktuell

Der „RotFuchs“ veröffentlichte in seiner Januar-Ausgabe einen Erinnerungsartikel an Markus Wolf. Für interessierte Leser des RF, die etwas mehr über sein Leben und Wirken erfahren möchten, empfehle ich sein Buch „Spionagechef im geheimen Krieg – Erinnerungen“. Wolf schreibt darin: „Im vereinten Deutschland wurde und wird versucht, mit Hilfe der Justiz und auf anderen Wegen bei der Aufarbeitung der Geschichte Rechnungen zu begleichen, damit am Ende nur eine Sicht übrig bleibt. Ich meine aber, ... daß eine Geschichtsschreibung, die diesen Namen verdient, nicht nur von den Gewinnern verfaßt

werden darf.“ Widerspruch muß ich allerdings zu einer Aussage im Epilog machen. Darin formuliert er auf Seite 488: „Ob ihnen bei ihrem Weg der gute alte Marx noch eine Richtschnur sein kann ...“ Wolf spricht damit die „künftigen Idealisten“ für die Gestaltung einer gerechteren Gesellschaftsordnung an.

Ich bin absolut davon überzeugt, daß der „Kompaß“ auf diesem Weg die Lehren von Marx, Engels und Lenin sind, bei deren Anwendung natürlich die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen zu beachten sind.

Reinhardt Koblichke, Aschersleben

Wann wird die Regierung abgesetzt?

Angesichts der permanenten Völkerrechtsbrüche durch die einseitigen Sanktionen gegen Rußland, der Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und der offenen Beteiligung am Krieg sowie der inzwischen nur noch dümmlich daherredenden Außenministerin Baerbock, die Strafrecht und Völkerrecht „pur“ nicht auseinanderhalten kann und Deutschland ins Abseits aller Diplomatie verbannt, angesichts der Speichelleckerei bei der US-Administration und der völligen Vernachlässigung der Interessen der deutschen Bevölkerung dabei, angesichts der desaströsen Wirtschaftspolitik von einem „Blinden“, der Schul-, Gesundheits- und Rentenpolitik usw. usf. ist die Absetzung der Regierenden längst überfällig. Der „Cum ex“-vergeßliche Bundeskanzler ist eine Zumutung, wobei zu ahnen ist, daß noch Schlimmeres nachzukommen droht (März, Söder und Konsorten). Auch der neue SPD-„Kriegsminister“ eifert mächtig in seinem Amt, fernab vom „Frieden schaffen ohne Waffen“ und den berühmten „Schwertern“, die als „Pflugschare“ nützlich wären, ganz zu schweigen davon, daß Waffenproduktion und Krieg Klima-Killer Nr. 1 sein dürften. Statt dessen steht er dem antirussischem Narrativ sehr nahe („der böse Russe lauert an den Landesgrenzen und unerkannt schon vor jeder Wohnungstür in Deutschland“). Aber das Personalübel in staatlichen Führungsetagen ist deutlich größer. Viele Bundestagsabgeordnete verlassen sich in ihrer Meinungsfindung auf die „freien“, von wenigen Konzernen beherrschten Privatmedien und die vom Volk „subventionierten“, fast jede Schweinerei des Westens deckenden, Staatsmedien und schauen zu, wie die Pressefreiheit unterdrückt wird. Der Bundespräsident labert in Warschau davon, daß „wir Deutschen um unseren Auftrag wissen“ würden, als er zum Jahrestag des Warschauer Aufstandes dort sprechen darf. Daß er tatsächlich um den Auftrag weiß, ist angesichts der kriegstreibenden Rolle Deutschlands in der Ukraine seit 2013/14 und der Zusammenarbeit mit ukrainisch-faschistischen Kräften nicht anzunehmen. So sehr abgedroschen er die salbungsvollen Worthülsen aus seinem Munde fließen läßt, kann nur markant, kurz und bündig mit Brecht kommentiert werden: „So was häßt einmal fast die Welt regiert! (Hier war Hitler gemeint! – R.L.) Die Völker wurden seiner Herr, jedoch, daß keiner uns zu früh da triumphiert: Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“

Renato Lorenz, Berlin

Erinnerungen an die rote Oma

Als wir, mein Mann und ich, im August 2017 zum ersten Mal mit nach Mala Upa fuhren, wurde ich auf eine ältere Frau mit langen weißen Haaren aufmerksam. Sie zog ihren Nachbarn immer

wieder ins Gespräch und redete leidenschaftlich auf ihn ein. Später erfuhr ich, daß diese Mitreisende die „rote Oma“ war. Da wir diese Reise erstmalig mitmachten, interessierte mich alles und ich wurde von den vielen Gesprächen um mich herum abgelenkt. In den folgenden Tagen kam auch ich mit der roten Oma ins Gespräch. Ich war erstaunt, daß es dieser Frau gelang, in kürzester Zeit ihr interessantes und wahrhaft wechselhaftes Leben darzustellen. Aus der BRD mit ihren zwei Kindern in die DDR übersiedelnd, hat sie sich schnell auf die neue Situation eingestellt und begann mit großem Elan, für sich und ihre Kinder eine neue Zukunft aufzubauen. Gleichzeitig war sie immer gesellschaftlich aktiv. Ihren Namen „rote Oma“ nahm sie dankend von ihren neuen Genossen und Kollegen entgegen. Sie fühlte sich zeitlebens diesem Namen verbunden und verstand ihn als Auszeichnung und Verpflichtung. Seit Mala Upa verband uns eine Freundschaft, die ihr Ansporn war, all ihre Erfahrungen aus den beiden aktiv erlebten Gesellschaftsordnungen und den, wie sie oft zu mir sagte, eigenen Erfahrungen mit so unterschiedlichen Menschen zu teilen. Ihre Teilnahme an den Reisen nach Mala Upa waren ihr so wichtig, daß sie trotz ihres hohen Alters und der Strapazen, sie war am 1.1.1924 geboren, jede Fahrt mit Gleichgesinnten erleben wollte. So war sie sehr traurig, daß sie 2022 an der Fahrt nicht teilnehmen konnte. Wir haben lange Telefongespräche geführt, und sie wollte alles über die Fahrt wissen. Sie versprach, im neuen Jahr unbedingt wieder mitzufahren. Ihr unerwarteter Tod machte einen Strich durch dieses Vorhaben.

Geertje Eilenberger, Leipzig

Nachtrag

Zu dem Beitrag von Ralf Hohmann im RF 303 über die „Angst des BRD-Machtapparats vor dem Programmwurf der KPD 1968“ sei noch folgende Ergänzung gestattet:

Die westdeutsche Justiz war so beunruhigt, daß sie den Programmwurf mit 55.000 Exemplaren in der Druckerei in Neumünster beschlagnahmte und deren Einziehung durch die Staatsanwaltschaft beantragt wurde. Darüber wurde am 29. und 30. Mai 1969 vor dem Landgericht Flensburg verhandelt. Dieses kam zu der Erkenntnis, der Entwurf sei verfassungsfeindlich, wobei kein einziger Zeuge dazu gehört wurde. Dennoch lehnte das Gericht die von der Staatsanwaltschaft verlangte Einziehung der Druckexemplare ab, da nicht auszuschließen sei, dass sie der „staatsbürgerlichen Aufklärung“ dienen könnten. Nach einer Revision der Staatsanwaltschaft hiergegen und der Befassung des Bundesgerichtshofs mit der Sache - der das naturgemäß anders sah - mußte nach Zurückverweisung im Oktober 1969 in Flensburg neu verhandelt werden. Diesmal sollten Zeugen und Sachverständige gehört werden, wogegen sich die Staatsanwaltschaft nachhaltig wandte. Das Verfahren endete am zweiten Verhandlungstag mit einem Eklat, da die Staatsanwälte nach kritischen Äußerungen von Rechtsanwalt Kaul den Gerichtssaal verließen und nicht mehr zurückkehrten. Dadurch platzte der Prozeß. Das Verfahren mußte ausgesetzt werden und wurde letztlich nie fortgesetzt.

RA Ralph Dobrawa, Gotha



Internationaler Kindertag am 1. Juni: Tanz unterm Friedensbaum



„RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF als Printausgabe genügt ein Anruf bei

Rainer Behr: 030-98 38 98 30

Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung
per E-Mail:

vertrieb@rotfuchs.net

■ Regionalgruppe Harz

Am 30. Juni um 16 Uhr spricht Prof. Dr. sc. techn. Reinhard Schiffel zum Thema:
„Die Umwelt- und Klimapolitik der Bundesregierung“

Ort: Burchadikloster, Am Kloster 1,
38820 Halberstadt

Veranstaltungen Juli

■ Regionalgruppe Schwerin

Am 6. Juli um 16 Uhr spricht die Politikerin Prof. Dr. Christa Luft zum Thema: **Von der Zeitenwende zum Epochenumbbruch – Symptome, Kritik und Schlußfolgerungen für linke Politik**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Str. 38,
19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Rostock

Am 8. Juli um 10 Uhr: Mitgliederversammlung

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen,
Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda

Rico Jalowietzki
Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Holger Michael
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Wolfgang Dockhorn
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: WDockhorn@t-online.de

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.